Sächsische Staatszeitung

Zeitweise Nebenblätter: Landtagsbeilage, Synodalbeilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Alters- und Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung): Hofrat Doenges in Dresden.

Nr. 4. | Dienstag, 7. Januar nachmittags | 1919.

Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Geschäftsstelle, Große Zwingerstraße 16, sowie durch die deutschen Postanstalten 5 M. vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf. — Erscheint nur Werktags. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574. — Postscheckkonto Nr. 26956.

Ankündigungen: Die 1spaltige Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 50 Pf., die 2spaltige Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 1 Mark, unter Eingesandt 2 Mark. Preisermäßigung auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vormittags ½10 Uhr.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung
über die Vereinigung der Rittergüter und Freigüter mit benachbarten Gemeinden vom 31. Dezember 1918.

I.

(1.) Die zurzeit keinem Gemeindebezirke angehörigen Rittergüter und Freigüter (§ 79 Absatz 1d der Landgemeindeordnung) haben sich mit benachbarten Gemeindebezirken zu vereinigen.

II.

(2.) Die Amtshauptmannschaften, in deren Bezirk Rittergüter oder Freigüter liegen, haben die Vereinigungsverhandlungen umgehend anzuregen und zu leiten. Ist bei den Verhandlungen eine Stadt mit revidierter Städteordnung beteiligt oder kommen Veränderungen der Bezirksverbandsgrenzen in Frage, so hat auf Antrag eines Beteiligten die zuständige Kreishauptmannschaft die Leitung der Verhandlungen zu übernehmen.

(3.) Bei allen Verhandlungen ist darauf hinzuwirken, daß ein Ausgleich aller berechtigten Interessen beider Teile erfolgt.

(4.) Für die Genehmigung der Vereinbarungen über die Vereinigung gelten die Vorschriften in §§ 6 und 3 der revidierten Städteordnung, Artikel I der Städteordnung für mittlere und kleine Städte und in § 7 Absatz 1 der Landgemeindeordnung sowie in § 2 des Bezirksverbandsgesetzes.

III.

(5.) Kommt es bis Ende des Jahres 1919 zu keiner Übereinstimmung der Beteiligten über die Ausgleichsbedingungen oder über die Vereinigung selbst, so sind die Verhandlungsunterlagen dem Ministerium des Innern vorzulegen.

IV.

(6.) Das Ministerium des Innern wird ermächtigt, nach diesem Zeitpunkte Rittergüter und Freigüter, deren Vereinigung mit Gemeindebezirken unterblieben ist, auch ohne Zustimmung der Beteiligten einem oder mehreren Gemeindebezirken zwangsweise hinzuzuschlagen.

(7.) Vor der Zwangsvereinigung ist dem Besitzer des gemeindefreien Guts und der Gemeindevertretung, soweit dies nicht bereits geschehen ist, Gelegenheit zu geben, ihre Ausgleichsforderungen geltend zu machen. Über diese Forderungen hat eine vom Ministerium des Innern beauftragte Behörde mit den Beteiligten zu verhandeln.

(8.) Kommt es dabei zu keiner Einigung, so hat über die streitigen Punkte die nächste Aufsichtsbehörde, die beiden Beteiligten vorgesetzt ist, nach billigem Ermessen zu entscheiden. Gehören die Beteiligten verschiedenen Kreishauptmannschaften an, so beauftragt das Ministerium des Innern eine Kreishauptmannschaft mit der Entscheidung.

(9.) Die Kreishauptmannschaft entscheidet unter Mitwirkung des Kreisausschusses, die Amtshauptmannschaft unter Mitwirkung des Bezirksausschusses. Vor der Entscheidung hat die Kreishauptmannschaft die beteiligten Bezirksausschüsse zu hören.

(10.) Gegen die Entscheidung ist Rekurs an die nächsthöhere Aufsichtsbehörde zulässig.

(11.) Die Entscheidungen sind schriftlich zu begründen. Die entscheidenden Behörden können Zeugen und Sachverständige vernehmen oder vernehmen lassen und die Beteiligten zur Vorlegung von Urkunden, Geschäftsbüchern und Akten auffordern. Fehlt es anderen Mitteln zur Ergründung der Wahrheit, so kann Bekräftigung der tatsächlichen Angaben durch Versicherung an Eidesstatt verlangt werden.

(12.) Urkunden, von denen im Verhandlungs- oder Entscheidungsverfahren Gebrauch gemacht wird, sind dem sächsischen Urkundenstempel nur insoweit unterworfen, als sie es ohne diesen Gebrauch sein würden.

(13.) Nachdem die Entscheidung rechtskräftig geworden ist, spricht das Ministerium des Innern durch Verfügung die Vereinigung des selbständigen Gutsbezirks mit der Gemeinde aus. Die Vereinigung gilt als am Tage der Verfügung erfolgt.

V.

(14.) Mit der Selbständigkeit im Sinne der Gemeindeordnungen erledigen sich für die mit Gemeinden verschmolzenen Rittergüter usw. auch die Sondervorschriften, die in dem Bezirksverbandsgesetz, dem Wegebaugesetz und in den Gesetzen über die Einkommen-, Schul- und Kirchensteuern für die Rittergüter oder die selbständigen Gutsbezirke enthalten sind. Ebenso entfällt für die Besitzer der verschmolzenen Güter das Recht, Sitz und Stimme im Schul- und im Kirchenvorstande zu haben.

VI.

(15.) Für die Vereinigungsverhandlungen, die erstinstanzliche Entscheidung und die Entschließungen des Ministeriums des Innern wird keine Gebühr erhoben. Bare Verläge, die im Entscheidungsverfahren entstanden sind, können ganz oder teilweise solchen Beteiligten auferlegt werden, die mit ihren bis zur Entscheidung aufrecht erhaltenen Ansprüchen erheblich zu weit gegangen sind.

VII.

(16.) Diese Bekanntmachung hat Gesetzeskraft.

Das Gesamtministerium. 172

Buck, Fleißner, Geyer, Dr. Gradnauer, Lipinski, Schwarz. 2294d II G

Bekanntmachung.

Auf Grund von § 12 Ziffer 1 und 5 in Verbindung mit § 15 Absatz 3 und § 17, Nr. 2 der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 15. September 1915 in der Fassung vom 6. Juli 1916 wird angeordnet:

Verboten ist bis auf weiteres das **Beheizen**

1. von **Theatern** jeder Art, einschließlich der Kinematographen-Theater und von **Zirkusgebäuden**,
2. von **Sälen und Räumen** für den Gebrauch als **Konzert-** und **Vortragsstätte**, für die Abhaltung von **Festlichkeiten** jeder Art, einschließlich der Familienfestlichkeiten und Tanzstunden,
3. von **Kirchen**.

Für die unter 1. und 3. genannten Verbraucher und für die unter 2. genannten Zwecke dürfen bis auf weiteres weder Kohlen noch das in öffentlicher Bewirtschaftung stehende aus sächsischen Forsten stammende Brennholz von den Versorgungsbezirken freigegeben werden.

Die **Vorstände der Kommunalverbände** (Kohlenversorgungsbezirke) werden **ermächtigt**, den unter 1. genannten Unternehmungen die Beheizung mit vorhandenen Kohlenvorräten insoweit **freizugeben**, als dies zur Erwärmung der im Gebäude befindlichen Wohnungen und Diensträume, zur Erhaltung der zur Ausübung des Gewerbes unterhaltenen Tiere und zum Schutze gegen den Verderb technischer Einrichtungen nachweislich notwendig ist.

Ob und in welchem Umfange die durch das vorstehende Heizungsverbot freiwerdenden Vorräte für andere Hausbrandzwecke in Anspruch genommen werden sollen, bleibt dem Ermessen der Vorstände der Kommunalverbände überlassen.

Die Vorstände der Kommunalverbände können die ihnen hiernach zustehende Befugnis auf die Vorstände der zu ihrem Kommunalverband gehörenden Gemeinden übertragen, dafern den Vorständen der betreffenden Gemeinden bereits allgemein die Regelung der Kohlenverteilung für ihren Bezirk übertragen worden ist.

Mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis zu 1500 M. wird bestraft, wer dem vorstehend erlassenen Verbote zuwiderhandelt. 24 III AK.

Dresden, am 7. Januar 1919. 163

Arbeits- und Wirtschaftsministerium.

Gestohlene

und unrechtmäßig erworbene

Bekleidungsstücke der Heeresverwaltung schänden den Träger und den deutschen Namen.

Reichsverwertungsamt, Berlin W 8, Friedrichstrasse 56.

123

Gemäß § 2 Abs. 3 der Bundesratsverordnung vom 24. Januar 1918 über Bier und bierähnliche Getränke in der Fassung vom 6. September 1918 (Reichsgesetzblatt S. 55, 1101) wird im Auftrage des Ministeriums des Innern über den

Zwischenhandel (Verlag, Großhandel) mit inländischem Bier oder inländischen bierähnlichen Getränken,

soweit beide von **außerhalb** des Ortes der Geschäftsniederlassung des Zwischenhändlers bezogen werden, für den Bezirk der Kreishauptmannschaft folgendes bestimmt:

Den jeweilig für die erwähnten Getränke geltenden Höchstpreisen darf der Zwischenhändler folgende Beträge zuschlagen:

1. Die tatsächlichen Auslagen für Fracht vom Herstellungsorte ab und für Rücksendung der leeren Fässer bis zu diesem,
2. die etwa örtlich erhobene Biersteuer,
3. für allgemeine Geschäftsunkosten einschließlich Rollfuhrkosten und Gewinn höchstens 14 M. für ein Hektoliter. In diesem Betrag sind alle etwaigen Kommissions-, Vermittlungs- und ähnliche Gebühren, sowie alle Arten von Aufwendungen des Zwischenhändlers enthalten.

Bei Weitervertrieb an Unternehmer, welche ebenfalls Zwischenhändler im obigen Sinne sind, darf nur die entsprechende Bahn- und Schiffsfracht zugeschlagen werden.

Im übrigen darf der sich aus Vorstehendem ergebende Höchstsatz der Unkosten von den am Vertrieb beteiligten Gliedern **insgesamt nicht überschritten** werden.

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Bekanntmachung werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Vorräte erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht (§ 9 der eingangs genannten Verordnung).

Diese Bekanntmachung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Chemnitz, am 30. Dezember 1918. 3392 b IV

Die Kreishauptmannschaft. 125

Bekanntmachung, die Anmeldung für den einjährig-freiwilligen Militärdienst betreffend.

Die innerhalb des Zwickauer Regierungsbezirks aufhältlichen, im Besitze der Deutschen Reichsangehörigkeit befindlichen jungen Leute, welche behufs der Erlangung der **Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst** an der voraussichtlich im Monat März 1919 hier stattfindenden Frühjahrsprüfung teilnehmen wollen, werden hiermit aufgefordert, ihr **Gesuch um Zulassung zu dieser Prüfung** unter genauer Angabe des Standes und Aufenthaltsortes und der Wohnung **schriftlich bis längstens zum 1. Februar dieses Jahres** bei der unterzeichneten Prüfungskommission für Einjährig-Freiwillige einzureichen.

Diesen Gesuchen sind beizufügen:

1. das Geburtszeugnis,
2. die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters mit der Erklärung, daß für die Dauer des einjährigen aktiven Dienstes die Kosten des Unterhaltes mit Einschluß der Kosten der Ausrüstung, Bekleidung und Wohnung von dem Bewerber getragen werden sollen. Statt dieser Erklärung genügt die Erklärung des gesetzlichen Vertreters oder eines Dritten, daß er sich dem Bewerber gegenüber zur Tragung der bezeichneten Kosten verpflichte und daß, soweit die Kosten von der Militärverwaltung bestritten werden, er sich dieser gegenüber für die Ersatzpflicht des Bewerbers als Selbstschuldner verbürge.

   Die **Unterschrift** des gesetzlichen Vertreters und des Dritten, sowie die **Fähigkeit** des Bewerbers, des gesetzlichen Vertreters oder des Dritten zur Bestreitung der Kosten ist **obrigkeitlich zu bescheinigen.** Übernimmt der gesetzliche Vertreter oder der Dritte die in dem vorstehenden Absatze bezeichneten Verbindlichkeiten, so bedarf seine Erklärung, sofern er nicht schon kraft Gesetzes zur Gewährung des Unterhalts verpflichtet ist, der **gerichtlichen oder notariellen Beurkundung.**
3. Ein bis auf die neueste Zeit und tunlichst weit zurückreichendes Unbescholtenheitszeugnis, welches für Zöglinge höherer Lehranstalten auf die Zeit des Besuches einer solchen von dem Rektor oder Direktor, auf die nachfolgende Zeit aber, wie für alle anderen jungen Leute, von der Polizeibehörde des jeweiligen Aufenthaltsortes oder der vorgesetzten Dienstbehörde auszustellen ist, und
4. ein selbstgefertigter Lebenslauf.

In den Zulassungsgesuchen ist auch anzugeben, in welchen **zwei fremden Sprachen** der sich Meldende geprüft zu werden wünscht, **ferner ob, wie oft und wo er sich einer Prüfung über die wissenschaftliche Befähigung** für den einjährig-freiwilligen Militärdienst vor einer Kommission **bereits unterzogen hat.**

An die zur Prüfung zuzulassenden Bewerber wird von hier aus rechtzeitig schriftliche Vorladung ergehen.

Bezüglich des Umfanges der Prüfung und der an die Prüflinge zu stellenden Ansprüche wird auf den Inhalt der der Wehrordnung als Anlage 2 zu § 91 beigefügten **Prüfungsordnung** zum einjährig-freiwilligen Dienste hingewiesen.

Nach § 89 der Wehrordnung muß die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst **spätestens bis zum 1. Februar des ersten Militärpflichtjahres** (d. h. **desjenigen Kalenderjahres, in welchem das 20. Lebensjahr vollendet wird**) nachgesucht werden; vom vollendeten 17. Lebensjahre ab kann sie nachgesucht werden, die frühere Nachsuchung darf nur ausnahmsweise zugelassen werden.

Zwickau, den 3. Januar 1919. 1. II

Prüfungskommission für Einjährig-Freiwillige im Regierungsbezirke Zwickau

(umfassend die amtshauptmannschaftlichen Bezirke Auerbach, Oelsnitz, Plauen, Schwarzenberg und Zwickau). 124

Ministerium des Innern.

Der Rechtsanwalt Max Theodor Müller in Dresden ist mit der Dienstbezeichnung Regierungsamtmann als ständiger juristischer Hilfsarbeiter (polizeilicher Vollzugsbeamter) bei der Polizeidirektion zu Dresden angestellt worden.

Ernennungen, Versetzungen usw. im öffentlichen Dienste.

Im Geschäftsbereiche des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts. Erledigt: a) 2 ständ. Lehrerstelle in Cotta. Koll.: oberste Schulbehörde. 1500 M. vom Schul-, 150 M. vom Kirchendienst, st. Amtswohnung, sowie die gesetzl. Berg. für Turn- od. Fortbildungsschulunterricht; b) 2. ständ. Lehrerstelle in Sporbitz. Koll.: oberste Schulbehörde. 1500 M.

Gehalt, sowie entspr. Wohnungsgeld. Dem Lehrer wird Möglichk. geg., Fortbildungsschulunterr. an der Verbands-Forth.-Schule in Zschachwitz zu ert. Bewerbungen für a und b mit den nötigen Beilagen bis 18. Jan. an den Bezirksschulinspektor zu Pirna —; ständ. Lehrerstelle an der 8stuf. Schule zu Jmnitz-Kotzschbar. Kol.: oberste Schulbehörde. Das gesetzl. Grundg h. und 240 M. Wohnungsgeld für unverh., 360 M. für verh. Stelleninh. Gesuche mit allen gesetzl. Beil. bis 31. Jan. an deck Bezirksschulinspektor für Leipzig II.

(Amtliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Ankündigungsteile.)

Nichtamtlicher Teil.

Warenumsatzstempel und Umsatzsteuer.

Das Reichsschatzamt hatte bisher den Standpunkt vertreten, daß in Fällen, in denen eine Warenlieferung vor dem Inkrafttreten des Umsatzsteuergesetzes (dem 1. August 1918) oder bei den unter die Sicherungsverordnung fallenden Luxusgegenständen vor dem 5. Mai 1918 erfolgt ist, auch dann kein umsatzsteuerpflichtiger Umsatz vorliege, wenn das Entgelt erst während der Geltungsdauer des Gesetzes (oder der Sicherungsverordnung) dem Lieferer zugeht. Diese Auslegung hatte zur Folge, daß Lieferungen, die vor dem 1. August 1918 ausgeführt worden sind, aber später bezahlt werden, weder der Umsatzsteuer noch auch — von den Ausnahmefällen des § 81 des Reichsstempelgesetzes in der Fassung des Warenumsatzstempelgesetzes abgesehen — dem Warenumsatzstempel unterworfen werden konnten.

Diese Auffassung hat das Reichsschatzamt jetzt aufgegeben, nachdem der Reichsfinanzhof durch Beschluß vom 25. November 1918 sich zu der Frage dahin gutachtlich geäußert hat:

Sind Lieferungen oder sonstige Leistungen, die ihrer Art nach unter das Umsatzsteuergesetz vom 26. Juli 1918 fallen, vor dem Inkrafttreten des Gesetzes bewirkt worden, so ist die Steuerpflicht nach diesem Gesetze begründet, wenn für sie nach seinem Inkrafttreten Entgelte vereinnahmt worden sind.

Für Lieferungen, die ihrer Art nach unter die Bekanntmachung des Reichskanzlers über Sicherung einer Umsatzsteuer auf Luxusgegenstände vom 2. Mai 1918 fallen und für die das Entgelt in der Zeit vom 5. Mai 1918 bis 31. Juli 1918 entrichtet worden ist, besteht die Umsatzsteuerpflicht nur, wenn auch die Lieferung nach dem 4. Mai 1918 erfolgt ist.

Aus diesem Rechtssatze hat der Reichsfinanzhof für die Anwendung des Warenumsatzstempelgesetzes und des Umsatzsteuergesetzes in der Übergangszeit nachstehende Folgerungen gezogen:

A. Für die allgemeine Umsatzsteuer und für die erhöhte Umsatzsteuer, soweit keine Rücklagepflicht nach der Bekanntmachung vom 2. Mai 1918 eingeführt ist, ist Stichtag der 1. August 1918. Es handelt sich zunächst um die Fälle, in denen die Lieferung vor diesem Tage, die Zahlung nach dem 31. Juli 1918 geleistet worden ist.

a) Der Steuerpflichtige versteuert sowohl unter der Geltung des Warenumsatzstempelgesetzes wie unter der Geltung des Umsatzsteuergesetzes nach Zahlungen: Für die Lieferung war kein Warenumsatzstempel zu entrichten, die Zahlung ist umsatzsteuerpflichtig (Normalfall).

b) Der Steuerpflichtige versteuert unter der Geltung beider Gesetze nach Lieferungen: Von der Lieferung ist Warenumsatzstempel zu entrichten, die Zahlung kommt für die Umsatzsteuer nicht in Betracht.

c) Der Steuerpflichtige versteuerte bis 31. Juli 1918 nach Lieferungen, seitdem versteuert er nach Zahlungen. Die Lieferung war umsatzsteuerpflichtig, die Zahlung unterliegt der Umsatzsteuer. Auf diese wird jedoch der entrichtete Warenumsatzstempel nach § 42 Abs. 4 angerechnet.

d) Der Steuerpflichtige versteuerte bis 31. Juli 1918 nach Zahlungen, seit 1. August 1918 ist er zur Versteuerung nach Lieferungen zugelassen. Es erwächst weder Warenumsatzstempel noch Umsatzsteuer. Dieses Ergebnis kann aber die Oberbehörde verhindern, indem sie in entsprechender Anwendung von § 44 Abs. 1 Satz 3 der Ausführungsbestimmungen die Genehmigung der Besteuerung nach Lieferungen nur unter der Bedingung erteilt, daß für die nach dem 31. Juli 1918 für frühere Lieferungen eingehenden Zahlungen noch Warenumsatzstempel entrichtet wird.

B. Soweit nach der Bekanntmachung vom 2. Mai 1918 eine Rücklagepflicht eingeführt ist, gilt als erster Steuerabschnitt die Zeit vom 5. Mai bis 31. Juli 1918. Zahlungen, die in dieser Zeit für frühere Lieferungen geleistet sind, sind, da für solche Lieferungen keine Rücklagepflicht bestand, nicht umsatzsteuerpflichtig. Für sie ist jener Zeitraum also nicht der erste Steuerabschnitt. Erst Zahlungen, die nach dem 31. Juli 1918 bis 31. Dezember 1918 auf Lieferungen aus der Zeit vor dem 5. Mai 1918 von Gegenständen der in der Sicherungsverordnung erwähnten Art geleistet worden sind oder geleistet werden, fallen, als im ersten Kalenderjahre im Sinne von § 42 Absatz 1 und § 16 Abs. 1 bewirkt, unter die Geltung des Umsatzsteuergesetzes. Für die Steuerpflicht solcher Zahlungen oder der Lieferungen, für welche solche Zahlungen geleistet sind, gilt das unter A Gesagte.

Ist dagegen in den in Rede stehenden Fällen in der Zeit vom 5. Mai bis 31. Juli 1918 die Zahlung für frühere Lieferung geleistet worden, so gilt folgendes:

a) Der Steuerpflichtige versteuert unter beiden Gesetzen nach Zahlungen: Die Lieferung unterlag nicht dem Warenumsatzstempel, von der Zahlung ist nicht Umsatzsteuer, wohl aber Warenumsatzstempel zu erheben.

b) Der Steuerpflichtige versteuert durchgängig nach Lieferungen: Die Lieferung war warenumsatzstempelpflichtig, die Zahlung ist steuerfrei.

c) Der Steuerpflichtige hat bisher nach der Lieferung versteuert und entrichtet vom 5. Mai 1918 ab die Luxussteuer nach Zahlungen. Es verbleibt bei der Versteuerung der Lieferung nach dem Warenumsatzstempelgesetz. Eine Umsatzsteuerpflicht nach der Zahlung kommt nicht in Frage.

d) Der Steuerpflichtige versteuerte bisher nach Zahlungen, seit 5. Mai 1918 ist er für die Luxusgegenstände zur Lieferungsversteuerung zugelassen. Da die gelieferte Ware nicht in die Umsatzsteuererklärung aufzunehmen ist, verbleibt es bei der Versteuerung der Zahlung nach dem Warenumsatzstempelgesetz, während die Lieferung steuerfrei bleibt.

Bemerkt sei, daß Fälle, wie vorstehend zu c und d dargestellt, kaum vorkommen können.

C. Ist umgekehrt auf eine dem 31. Juli 1918 bewirkte Lieferung vor dem 1. August 1918 eine Zahlung geleistet worden, so regelt sich für die unter Aa bis d unterschiedenen Fälle die Besteuerung folgendermaßen:

zu a: die Zahlung war warenumsatzstempelpflichtig; die spätere Lieferung löst keine Umsatzsteuer aus.

zu b: Von der Zahlung ist kein Warenumsatzstempel zu erheben. Die spätere Lieferung ist umsatzsteuerpflichtig.

zu c: Es ist weder Warenumsatzstempel noch Umsatzsteuer zu erheben. Die Oberbehörde kann dem nicht abhelfen, da die Versteuerung nach Zahlungen mit dem Inkrafttreten des Umsatzsteuergesetzes am 1. August 1918 von Gesetzes wegen eintritt. § 44 Abs. 2 der Ausführungsbestimmungen gilt nur für Änderungen in der Besteuerungsart während der Geltung des Umsatzsteuergesetzes.

zu d: Es erwächst sowohl Warenumsatzstempel als auch Umsatzsteuer. Eine Anrechnung ist nicht vorgesehen. Der Steuerpflichtige hat aber keinen Anlaß, sich über diese Härte zu beschweren, da die Zulassung zur Versteuerung nach Lieferungen in seinem freien Belieben steht.

D. Wurde auf eine nach dem 4. Mai 1918 bewirkte Lieferung von Luxusgegenständen der in der Bekanntmachung vom 2. Mai 1918 erwähnten Art vor dem 5. Mai 1918 eine Vorauszahlung gemacht, so ergeben sich für die Besteuerung der Vorauszahlung die gleichen Folgen wie zu C, nur daß als Stichtag der 5. Mai 1918 statt des 1. August in Betracht kommt. Denn für derartige Lieferungen gilt, da für sie nach jener Bekanntmachung eine Rücklagepflicht eingeführt wurde, gemäß § 42 Abs. 2 die Zeit vom 5. Mai bis 31. Juli 1918 als erster Steuerabschnitt nach § 16 Abs. 2 des Umsatzsteuergesetzes, womit gesagt ist, daß dieses Gesetz für jene Lieferungen am 5. Mai 1918 in Kraft getreten ist.

Deutsches Reich.

Zu den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen.

Zur Auslieferung unseres Eisenbahnmaterials.

Berlin, 6. Januar. Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Die Abfahrt der auf dem Bahnhof Jarotschin stehenden leeren Eisenbahnwaggons, die gemäß des Waffenstillstandsvertrages dem Oberkommando des Verbandes auszuliefern sind, ist durch die polnische Besatzung verhindert worden. Dadurch wird die Innehaltung der Waffenstillstandsbedingungen störend beeinflußt.

Graf Wedels Einspruch gegen die angeblichen Grausamkeiten unserer Truppen.

Wien, 4. Januar. Der deutsche Botschafter Graf Wedel wendet sich in der „Neuen Freien Presse" gegen die Äußerungen des englischen Obersten Cunningham im „Neuen Wiener Journal", daß die Deutschen so grausam seien, daß niemand mit ihnen zu tun haben wolle und antwortet darauf: Unsere Feinde stehen auf dem naiven Standpunkte, daß es die natürliche Folge des Krieges sei, wenn sie töten und zerstören, daß aber die Deutschen grausam sind, wenn sie das gleiche tun. Wenn die Feinde offene deutsche Städte mit Fliegerbomben heimsuchen, bei solcher Gelegenheit in Karlsruhe über 100 deutsche Kinder bei einer Zirkusvorstellung töteten und verletzten, hieß es: C'est la guerre. Wenn dagegen deutsche Flieger feindliche Festungen bombardierten, ist es unerhörte Brutalität. Die Engländer ließen in mehreren nachgewiesenen Fällen die Mannschaften gesunkener Unterseeboote, welche sie leicht retten konnten, ertrinken. Der Baralongfall war keineswegs der einzige: C'est la guerre. Keinem deutschen Kriegsschiff kann man dagegen auch nur einen einzigen Fall solcher unmenschlichen Grausamkeiten nachweisen. Die Verbündeten schossen in Frankreich und Belgien französische und belgische Städte mit ihren Kathedralen rücksichtslos zusammen. C'est la guerre. Wo aber die Deutschen zerstörten, war es unerhörte Brutalität. Trotzdem versuchten wir Deutsche, die Kathedralen und Kunststätten zu retten, letztere in sichere Plätze zu bringen, sodaß die französischen Zeitungen jetzt wiederholt meldeten, diese und jene Schätze seien wieder aufgefunden worden. Über die grausame Behandlung der deutschen Gefangenen wird von der deutschen Waffenstillstandskommission eine Zusammenstellung beim Friedenskongreß vorgelegt werden. Welche ungeheuren Grausamkeiten die Deutschen in Frankreich erlitten, läßt sich nicht in vielen dicken Bänden beschreiben. Die Engländer sollen es vermeiden, von Grausamkeiten zu reden. Ihre Brutalität im Burenlande, Alexandrien und Sudan sind historisch festgelegt. Dagegen wisse die Geschichte von deutschen Grausamkeiten nichts zu melden. Denn die unbewiesenen Anklagen der Feinde aus diesem Kriege sind Geschichtchen aber keine Geschichte.

Die Vorbereitungen zu den Friedensverhandlungen.

Paris, 6. Januar. Über die Zahl der an der Friedenskonferenz teilnehmenden Parlamentarier liegen noch keine endgültigen Beschlüsse vor. Indessen werden Frankreich, die Vereinigten Staaten, England, Italien und Japan je 5, Belgien und Serbien je 3, Griechenland und Portugal je 2 Abgeordnete entsenden. Dazu kommen noch die neutralen Länder, welche die Beziehungen zu den Zentralmächten abgebrochen haben. Außerdem werden Vertreter der Tschecho-Slowaken, Südslawen und Rumänen an der Konferenz teilnehmen. Da die bolschewistische Regierung von den Verbandsmächten nicht anerkannt wird, so ergibt sich hinsichtlich der Frage, wer diese Nation vertreten könnte, ob entweder angesehene russische Persönlichkeiten oder eine Interalliierten-Kommission. Jedenfalls würde dieser Vertretung nur beratender Charakter zukommen. Frankreich wird wahrscheinlich vertreten sein durch Clémenceau, Pichon, Kloß, Bourgeois und Tardieu. Marschall Foch als Generalissimus und Admiral Wemiß als Admiralissimus werden von Amts wegen an der Konferenz teilnehmen. Die neutralen Länder werden eingeladen werden, durch Bevollmächtigte ihre Ansichten hinsichtlich der Fragen bekanntzugeben, die ihre Interessen wesentlich berühren. Die Beschlüsse werden einstimmig, nicht nach der Stimmenmehrheit gefaßt werden.

Rio de Janeiro, 6. Januar. (Havas.) Die Delegation für die Friedenskonferenz ist an Bord des Schiffes „Curvello" abgereist.

Bildung eines Ausschusses für die Ausarbeitung eines Entwurfs der Reichsverfassung.

Berlin, 6. Januar. Unter Führung des Vereins Recht und Wirtschaft hat sich in Berlin ein Ausschuß gebildet, der bei Mitarbeit hervorragender Staatsrechtslehrer und Praktiker beabsichtigt, bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung den Entwurf einer Reichsverfassung auszuarbeiten. Dem Ausschuß gehören an: Ministerialdirektor a. D. Wirkl. Geh. Rat Lusensky als Vorsitzender, Prof. Dr. Erich Kaufmann und Geh. Justizrat Prof. Dr. Heinrich Triepel, die beiden bekannten Staatsrechtslehrer der Berliner Universität, ferner Regierungsrat v. Friedberg, Geh. Justizrat Prof. Dr. Lipp, Ministerialdirektor Wirkl. Geh. Oberjustizrat Kübler, Staatssekretär des Reichsjustizamts a. D. Wirkl. Geh. Rat Dr. Lisco, Geh. Oberregierungsrat E. Reinhardt, Regierungsrat Dr. Rathenau, als Schriftführer. Leider ist es infolge der gebotenen Eile und der bestehenden Verkehrsschwierigkeiten nicht gelungen, auch süddeutsche, namentlich bayrische Mitarbeiter, heranzuziehen. Der Ausschuß hofft, seine Arbeiten rechtzeitig fertigstellen und der Nationalversammlung sowie der Öffentlichkeit unterbreiten zu können.

Die Verwaltung der feindlichen Vermögen.

Berlin, 6. Januar. Die vor kurzem durch die Presse gegangene Mitteilung, daß Zinsen an den Treuhänder für das feindliche Vermögen vom 1. Januar 1919 ab nicht mehr zu entrichten seien, beruht auf einem Irrtum. Während mit Rücksicht auf den abgeschlossenen Waffenstillstand im allgemeinen feindliche Vermögen vom Treuhänder nicht mehr neu in Verwaltung genommen werden, bleibt die Zinsverpflichtung des § 7 der Treuhänderverordnung vom 19. April 1917 (R. G. Bl. S. 363) unverändert. Die Zinsen sind daher nach wie vor an den Treuhänder abzuführen. Im übrigen sind die Verwaltungsgrundsätze der Treuhänderverwaltung aus einem in Nr. 441 der „Deutschen Allg. Ztg." vom 17. Dezember 1918 (Abendausgabe) erschienenen Aufsatz zu ersehen.

Graf Hertling †.

Ruhpolding, 5. Januar. Graf Hertling ist gestern abend ¾10 Uhr nach sechstägigem Krankenlager hier verschieden. Die Beisetzung findet in München statt.

Am 31. August 1843 geboren, hat Georg Frhr. v. Hertling sich in einer erfolgreichen wissenschaftlichen und bald auch politischen Laufbahn große Verdienste erworben. 1875 wurde er zum erstenmal in den Reichstag gewählt, dem er bis 1890 und dann wieder von 1896 bis 1912 angehörte, wo er zum bayerischen Ministerpräsidenten berufen wurde. Sowohl im Reichstage wie im bayerischen Reichsrat, dem er seit 1891 angehörte, nahm er durch Beredsamkeit und diplomatisches Geschick, das von den Regierungen in Berlin und München wiederholt auch für besondere Missionen in Anspruch genommen wurde, eine führende Stellung ein. Anfang November 1917 wurde er dann als Nachfolger von Dr. Michaelis zum Reichskanzler ernannt. Dem im Sommer 1918 herannahenden Sturm war die Voraussicht wie die Kraft des fast fünfundsiebzigjährigen Staatsmannes nicht mehr gewachsen. Am 29. September trat Hertling von seinem Amte zurück.

Rücktritt sämtlicher preußischer Minister.

Berlin, 6. Januar. Auch die preußischen mehrheitssozialistischen Minister haben dem Zentralrat ihre Mandate zur Verfügung gestellt. Der Zentralrat wird sich über die Besetzung der preußischen Ministerien schlüssig werden, wenn die Berichte über die bisherige Amtsführung eingelaufen sind. Bekanntlich hatten auch die mehrheitssozialistischen Mitglieder der Reichsregierung Ebert, Scheidemann und Landsberg nach dem Ausscheiden der Unabhängigen ihre Ämter formell dem Zentralrat zur Verfügung gestellt.

Der Reichsbürgertag.

Berlin, 6. Januar. Im großen Sitzungssaale des preußischen Abgeordnetenhauses fand heute der Reichsbürgertag statt, zu dem 240 Delegierte aus allen Gauen Deutschlands erschienen waren. Vertreten waren 140 Städte. Der Vorsitzende des Bürgerrates Groß-Berlins, Dr.-Ing. Koch, eröffnete die Versammlung. Dann wurde in die Erörterung der Tagesordnung eingetreten. Als erster Redner sprach über das Thema der Aufgaben der Bürgerräte Dr. Kurt Köhler-Berlin, der darauf hinwies, daß die Schaffung der Bürgerräte als ein Protest gegen die Herrschaft irgendeiner Klasse aufzufassen sei. Der Gedanke der Nationalversammlung müsse als ein heiliges Gut in die Massen hineingetragen werden. Ein Zusammengehen mit den Arbeiter- und Soldatenräten empfehle sich vor der Wahl der Nationalversammlung nicht. Bis zur Einberufung der Nationalversammlung müßten die Bürgerräte die jetzige Regierung unterstützen, damit geordnete Verhältnisse geschaffen würden. Zu dem zweiten Punkt der Tagesordnung, die Wahlen zur Nationalversammlung, trat der Privatdozent Dr. Karstädt-Berlin vor allem für die Verbindung aller Wahllisten der bürgerlichen Parteien ein. Der zweite Berichterstatter zu diesem Punkte, Verlagsdirektor Georg Bernhard-Berlin, wies darauf hin, daß die Sozialdemokraten bereits die Listenverbindung mit den Bürgerlichen abgelehnt hätten. In der Aussprache verlangte u. a. der Abgeordnete Liebe-Dresden unbedingtes Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokraten bei den Nationalversammlungswahlen. Es wurde dann folgende Entschließung gegen eine Stimme angenommen:

„Die Bürgerräte treten nachdrücklich für die schleunigste Schaffung und Sicherung gesetzmäßiger Verhältnisse ein. Sie lehnen jede einseitige parteipolitische Vergewaltigung und gesetzlose Klassenherrschaft ab, weil sie zur kulturellen und wirtschaftlichen Lahmlegung unseres Volkes und unserer Zukunft führen. Wir erachten die Erhaltung eines arbeitsfreudigen und lebenskräftigen Bürgerstandes für die wirtschaftliche Gesundung und den kulturellen Aufstieg unseres Volkes für unentbehrlich."

Eine zweite Entschließung wurde ebenfalls gegen eine kleine Minderheit angenommen:

„Der Reichsbürgertag erwartet von den politischen Parteien den kraftvollen Schutz des Bürgertums; vor allem aber empfiehlt

er die weitestmögliche Verbindung der bürgerlichen Listen überall da, wo sie der Wahrung der inneren Reichseinheit und der nationalen Interessen nach außen dient."

Zu dem dritten Punkte der Tagesordnung: Reichseinheit, sprach Prof. Hötsch. Hierzu wurde eine Entschließung, die auf Reichseinheit und Aufrechterhaltung des Deutschen Reiches auf bundesstaatlicher Grundlage wie auf Bekämpfung aller Abtrennungsbestrebungen abzielt, einstimmig angenommen. Gleichzeitig einstimmig angenommen wurde weiter eine Entschließung, in welcher der Reichsbürgertag für das deutsche Volk das Recht der freien Selbstbestimmung der Nationen fordert und schärfsten Einspruch gegen die Vorwegnahme der Friedensentscheidung durch Annexionen, Vergewaltigungen in Ost und West erhebt. Als letzter Redner behandelte Konsul Marx die Frage des Reichsbürgerrates vom prinzipiellen Standpunkt. Er empfahl die Annahme folgender Entschließung: „Der Reichsbürgertag, wie er heute versammelt ist, konstituiert sich als Reichsbürgerrat und wählt eine Kommission, welche die leitenden Grundsätze a) für die Verfassung der Bürgerräte, b) für die Aufgaben derselben in ihren Grundzügen einheitlich für das Reich festsetzt." Auch diese Entschließung wurde einstimmig angenommen. Ferner wurde beschlossen, ein Telegramm an die deutsch-österreichische Regierung abzusenden. Damit war die Erörterung der Tagesordnung erledigt. Die Versammlung bestimmte als nächsten Versammlungsort Leipzig.

Hoover über die Ernährungslage Deutschlands und des übrigen Europa.

Paris, 6. Januar. Der Vorsitzende der amerikanischen Lebensmittelkommission Hoover gab einen Bericht über die Ernährungslage Europas, in dem er sagte: Wir haben über die Lage in Deutschland Untersuchungen angestellt, sind aber bisher noch nicht so weit, um irgendwelchen endgültigen Beschluß zu fassen. Die Bevölkerung Deutschlands hat sicher genug Vorräte, um eine Zeitlang auszuhalten, von der Versorgung mit Fett abgesehen, das ohne Zweifel sehr knapp ist. Die Festsetzung der Bedingungen und der Maßnahmen, die notwendig sind, um den befreiten Gebieten zu helfen, müssen indessen unsere erste Sorge sein. Sie umfaßt Länder mit etwa 125 Mill. Menschen. Damit in der Lebensmittellieferung während der Zeit der Untersuchung und der Schaffung der Organisation keine Verzögerung entsteht, haben wir durch gemeinsames Zusammenwirken des Kriegsamtes und der Lebensmittelverwaltung bis heute etwa 150000 t Nahrungsmittel nach verschiedenen europäischen Häfen gesandt. Daneben haben wir bisher monatlich 150 000 t nach Belgien und Nordfrankreich gegeben. Inzwischen senden wir gemeinsam mit unseren Verbündeten in die verschiedenen Länder Kommissionen, welche die Transportfrage untersuchen und danach trachten sollen, die Finanzfrage zu regeln. Das Transportproblem bietet außerordentliche Schwierigkeiten infolge der schlechten Zustände der Eisenbahnen und des rollenden Materials in den in Frage kommenden Gebieten. Daher entstanden nach der Landung von Lebensmitteln neue Schwierigkeiten. In Belgien und Nordfrankreich mußten wir für die Verteilung einen Dienst mit Lastautomobilen einrichten und werden wahrscheinlich auch in den anderen Ländern dieses Verfahren einschlagen müssen. Außerordentlich schwierig ist ferner die Finanzfrage. Die Ernährung Europas während der nächsten sechs Monate bildet ein großes ökonomisches Problem. Sie ist auch von allergrößter politischer Bedeutung, wenn wir Anarchie verhindern wollen. Wenn wir den Wunsch hegen, daß die Welt zu irgend einer Form ordnungsmäßiger Regierung zurückkehrt und wenn wir die Errichtung von Regierungen, mit denen wir Frieden schließen können, sichern wollen, müssen wir auf irgendeine Weise für die Nahrungsmittellieferung sorgen. Das Finanzproblem zerfällt in drei Hauptkategorien. 1. An Deutschland und einige Verbündete und Neutrale können wir die benötigten Nahrungsmittel in der Form eines richtigen Handelsgeschäftes gegen angemessene Bezahlung in annehmbaren Werten verkaufen; 2. sind es die befreiten Gebiete und einige Verbündete, denen Amerika nach den gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen zeitweilig Anleihen geben kann; 3. sind es Völker, die die Unterstützung Amerikas in erheblicher Weise benötigen, denen diese Unterstützung aber aus dem gegenwärtig verfügbaren Fonds nicht gewährt werden kann. Es erscheint den Verbündeten und der amerikanischen Regierung nur gerecht, daß, da ein großer Teil der Schwierigkeiten der befreiten Länder durch die rücksichtslosen Handlungen der deutschen Armeen verursacht ist, die Deutschen veranlaßt werden sollten, Schiffe für den Nahrungsmitteltransport nach diesen Gebieten zu stellen. Es wird zweifellos eine Vorbedingung für die Gewährung von Lebensmittelsendungen an Deutschland sein, daß deutsche Schiffe für die Versorgung aller befreiten Länder benutzt werden.

Die „Times" über die Ernährungslage Norddeutschlands.

London, 6. Januar. (Reutermeldung.) Die „Times" veröffentlicht einen Artikel über Lebensmittelzustände in Norddeutschland, der von einem Mitglied der verbündeten Marinekommission in den deutschen Gewässern verfaßt wurde und in welchem es u. a. heißt: Wenn die Lebensmittelverhältnisse im übrigen Deutschland nicht viel schlechter sind als in Oldenburg, Mecklenburg und Schleswig-Holstein, brauchen sich die Verbündeten mit ihrer Hilfe gewiß nicht zu beeilen. Ich bin überzeugt, daß keines der 20 oder mehr Mitglieder der verschiedenen Unterkommissionen, die viele hundert Meilen zurückgelegt haben und Zehntausende von Menschen ganz nahe sahen, von einem einzigen Falle äußerlich sichtbarer Unterernährung gehört haben. Sie sind vielmehr einstimmig der Meinung, daß die ganze Bevölkerung dieser Landstrecken sowohl in den Städten als auch auf dem Lande so gut wie normal ernährt ist. (Bemerkung der Schriftleitung: Eigentlich sollte der „Times" bekannt sein, daß Deutschland nicht für seine verhältnismäßig gering bevölkerten Agrargebiete, sondern für die Millionen minderbemittelter Bevölkerung der Industriestädte um amerikanische Lebensmittelhilfe gebeten hat.)

Besuch britischer Offiziere in deutschen Städten zur Untersuchung der Ernährungslage.

Berlin, 6. Januar. Dem Ersuchen des englischen Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission in Spaa, englischen Offizieren den Besuch verschiedener deutscher Städte zu gestatten, um dort die Unterlagen für die Nahrungsmittelversorgung und die Ernährungsfragen zu studieren, wurde deutscherseits stattgegeben. Die britischen Offiziere werden die Städte Berlin, Leipzig, Kassel, Hannover, Hamburg, München und eventuell auch andere deutsche Orte besuchen.

Abreise Radeks aus Berlin.

Berlin, 6. Januar. Nach Informationen der Reichsregierung hat der russische Delegierte Radek Berlin verlassen. Von einer Anwesenheit Joffes ist nichts bekannt. Die Reichsregierung hält diese Nachricht für erfunden.

Die Kommandogewalt im Heere.

Berlin, 6. Januar. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" erfährt von der Reichsregierung, daß hinsichtlich der auf dem Dezember-Kongreß der Arbeiter- und Soldaten-Räte festgelegten sieben Hamburger Punkte über die Kommandogewalt im Heere jetzt eine völlige Einigung des Rates der Volksbeauftragten mit dem Kriegsministerium erfolgt ist. Eine amtliche Mitteilung hierüber ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

Das Ergebnis der Wahl zur badischen Nationalversammlung.

Karlsruhe, 6. Januar. Das vorläufige Ergebnis der Wahl zur badischen Nationalversammlung ist in allen Wahlkreisen zusammen folgendes: 24 Demokraten, 35 Sozialdemokraten, 41 Zentrum, 7 Deutsch-Nationale. Von den Unabhängigen wurde niemand gewählt.

Die Selbständigkeitsbestrebungen der Lausitzer Wenden.

Prag, 4. Januar. (Meldung des Tschecho-slowakischen Pressebureaus.) Der Generalrat der Lausitzer Wenden in Bautzen erließ eine Proklamation, in der die Anerkennung der Lausitzer Wenden als einer Sondernation im Sinne des Wilsonschen Friedensprogramms mit der Beifügung gefordert wird, daß sich die Friedenskonferenz, an die der Nationalrat in dieser Angelegenheit herantreten wird, damit beschäftigen wird.

Ausbau des Grenzschutzes.

Berlin, 6. Januar. Die Beratungen der Reichsregierung und des Zentralrates, die unter Zuziehung des neuen Kriegsministers in den letzten Tagen stattgefunden haben, sind in allgemeiner Übereinstimmung beendet worden. Man hat sich angesichts der Ereignisse zu einem wesentlichen Ausbau des Grenzschutzes entschlossen. Am Dienstag wird der Aufruf an die Freiwilligen ergehen und es werden gleichzeitig die einschlägigen Bestimmungen über die Kommandostellen, die Höhe der Löhnung und die Art der Organisation veröffentlicht werden.

Das Ergebnis der Wahlen zum braunschweigischen Landtag.

Braunschweig, 6. Januar. Wie die „Landeszeitung" berichtet, wurden nach dem heute festgestellten amtlichen Ergebnis der Wahlen zum braunschweigischen Landtage insgesamt 212 283 Stimmen abgegeben. Es entfielen auf die Liste der Demokratischen Volkspartei 46 291 Stimmen (13 Sitze), auf die vereinigten übrigen Parteien 55 616 Stimmen (16 Sitze), auf die Liste der Sozialdemokraten (Richtung Scheidemann) 55 708 Stimmen (17 Sitze), und auf jene der Unabhängigen 51 648 Stimmen (14 Sitze). 29 bürgerliche Abgeordnete stehen somit 31 sozialistischen Abgeordneten gegenüber.

Gegen Steuereintreibungsversuche des polnischen Teilgebietslandtages in Posen.

Allenstein, 4. Januar. Die „Allensteiner Zeitung" meldet: Der Regierungspräsident erläßt folgende Bekanntmachung: Nach Zeitungsnachrichten hat der in Posen abgehaltene sogenannte Teilgebietslandtag einen Beschluß gefaßt, nach dem alle Polen und Polinnen, die innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches wohnen oder Grundeigentum besitzen, ferner alle Erwerbsgesellschaften, Aktiengesellschaften und Genossenschaften bis zum 15. Januar die polnische Nationalsteuer in Höhe von mindestens 100 Proz. der Staatseinkommensteuer zu zahlen haben. Für die Eintreibung der Steuer sollen die in allen Kreisen befindlichen polnischen Volksräte sorgen. Demgegenüber weise ich darauf hin, daß der erwähnte Beschluß jeder Rechtswirksamkeit entbehrt. Niemand ist verpflichtet, die Nationalsteuer zu entrichten. Keine staatliche Behörde darf bei der Einziehung mitwirken. Steuern dürfen nur auf Grund von Gesetzen erhoben werden. Wer ohne gesetzliche Ermächtigung Steuern erhebt, macht sich nach § 132 des Reichsstrafgesetzbuches strafbar. Auch vor freiwilliger Zahlung der Steuer warne ich, da der Ertrag zweifellos staatsfeindlichen Zwecken dienen soll.

Weiteres Vordringen der Polen.

Danzig, 6. Januar. Nach Meldungen aus Schneidemühl sind die Polen an der Bahnlinie Schneidemühl—Bromberg nicht weiter vorgedrungen. In Schneidemühl und Bromberg sind neue deutsche Truppen eingetroffen. Die Städte Kosten und Schrimm sind von den Polen besetzt.

Meseritz, 6. Januar. Die Lage hat sich in der Nacht auf heute aufs äußerste zugespitzt. Die Polen haben bereits die nur 6 km von Bentschen entfernt liegende Bahnstation Chroschnitz besetzt und von dort an das Kommando des Heimatschutzes in Meseritz das Ultimatum gestellt, bis heute mittag den Bahnhof Bentschen den Polen zu übergeben. Zu gleicher Zeit haben sie mit der etwa 25 Minuten vom Bahnhofe in östlicher Richtung entfernt liegenden Stadt Bentschen Verhandlungen wegen Übergabe der Stadt begonnen. Es muß hervorgehoben werden, daß Bentschen von 2800 Deutschen und 1800 Polen bewohnt wird. Die Verhandlungen wegen Räumung der Stadt schweben noch. Das polnische Ultimatum wegen der Übergabe der Stadt Bentschen hat das Kommando des Heimatschutzes abgelehnt. Den Truppen ist Befehl gegeben, den Bahnhof unter allen Umständen zu halten. Der Bahnhof Bentschen ist ein großer Eisenbahnknotenpunkt. Sollte derselbe in polnische Hand fallen, so ist nicht nur die Verbindung von hier nach Schlesien, sondern auch die Lebensmittelversorgung Frankfurt-Oder und Berlin und weiterer Gebiete des Reiches in Frage gestellt.

Die weitere Entwickelung der inneren Lage.

Neue Unruhen in Berlin.

Nürnberg, 6. Januar. Der „Fränk. Kurier" meldet aus Berlin: Vormittag 9 Uhr wurde ein Flugblatt der sozialistischen Mehrheitspartei verbreitet, in dem diese ihre Anhänger, Arbeiter, Bürger und Soldaten auffordert, die Arbeit zu verlassen und sofort nach dem Regierungsgebäude in der Wilhelmstraße zu kommen. In dem Flugblatte heißt es: Unsere Geduld ist jetzt zu Ende, wir wollen nicht länger von Irrsinnigen terrorisiert werden, denn Anarchie und Hunger würden die Folgen sein. Es steht zu erwarten, daß es heute wiederum zu Straßenkämpfen kommen wird. Von ihrem Ausgange dürfte es abhängen, ob die Regierung Ebert, Scheidemann am Ruder bleibt oder gestürzt wird. Zurzeit strömen bereits große Menschenmassen nach der Wilhelmstraße.

Die Besetzung der Zeitungen durch Spartakisten.

Der Sonderberichterstatter der Nürnberger Zeitung meldet über die Besetzung des W. T. B.: Der Angriff auf das W. T. B. erfolgte gestern abend ganz plötzlich. Ein nur lose zusammenhängender Demonstrationszug kam nach ½8 Uhr vom Gendarmenmarkt her die Charlottenstraße herunter, Zivilisten mit einzelnen anscheinend unbewaffneten Matrosen und Soldaten untermengt. Die Spitze bog in die Zimmerstraße ein und machte gegenüber der dortigen Einfahrt zum W. T. B. halt. Eine Deputation drang schnell ein, überwältigte und entwaffnete den dort stehenden Posten der Schutzwache. Der folgende stärkere Zug bemächtigte sich in derselben Weise des Haupteinganges in der Charlottenstraße, gewann schnell den Hof, überwältigte und entwaffnete dort die Schutzwache von 20 Mann in der nach dem Hofe zu befindlichen Wachtstube und besetzte mit Gruppen von je drei bis vier Soldaten, die fast nur mit Handgranaten bewaffnet waren, jeden Raum der politischen Redaktion und der anderen im Betriebe befindlichen Abteilungen des Unternehmens. Man suchte nach überall vermuteten natürlich nicht vorhandenen Waffen. Als Führer trat ein Matrose der Torpedodivision auf. In den gestrigen Abendstunden wurden außer dem W. T. B. fast sämtliche Berliner Zeitungen besetzt, z. B. das „Berl. Tgbl.", die „Voss. Ztg.", die „Morgenpost" und der „Lokalanzeiger". Anscheinend sind diese Akte bisher ohne blutige Zusammenstöße verlaufen. Wie wir hören, hat die Regierung bisher noch keinerlei sichere Maßnahmen zur Durchführung der Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn getroffen. Er ist zunächst weiter im Amt. „Die Rote Fahne", das Organ des Spartakusbundes fordert heute wieder zu einer Massendemonstration auf. Es wird damit gerechnet, daß die Spartakisten versuchen werden, die Regierung zu stürzen und daß es zu Zusammenstößen kommen wird. Wie wir erfahren, haben die revolutionären Berliner Arbeiter und Soldaten der Regierung das Ultimatum gestellt, sofort zu folgenden Beschlüssen des Reichskongresses der A.- u. S.-Räte Stellung zu nehmen und die von den A.- u. S.-Räten zum Gesetz erhobenen Beschlüsse sofort in Kraft treten zu lassen. 1. Sofortige Entwaffnung aller Offiziere. 2. Entfernung der Rangabzeichen. 3. Die örtliche Kommandogewalt liegt in den Händen der A.- u. S.-Räte. 4. Wahl der Führer durch die Mannschaften. 5. Völlige Auflösung der alten Armee, sofortige Entwaffnung reaktionärer Sonderformationen, Einführung einer bürgerlichen Volkswehr. 6. Gegen Kriegsministerium und Armee-Oberkommandos, welche die vom Kongreß gegebenen Gesetze für null und nichtig erklären, ist sofort Stellung zu nehmen.

Kampf in Wolffs Telegraphenbureaus.

Berlin, 6. Januar. (Meldung der „Frankfurter Ztg.".) Das Wolffsche Telegraphenbureau, das bis jetzt noch im Besitz der Spartakusanhänger ist, war heute morgen der Schauplatz eines Kampfes zwischen den Spartakusleuten und regierungstreuen Truppen. Die Regierungstruppen schossen mit Maschinengewehren, und die Anhänger der Spartakisten warfen mit Handgranaten.

Anschlag auf das Haupttelegraphenamt.

Berlin, 6. Januar. Während des gestrigen Tages, als der „Vorwärts" und die demokratischen Zeitungsredaktionen besetzt wurden, ist auch von den Spartakusanhängern versucht worden, das Haupttelegraphen- und Fernsprechamt in ihre Gewalt zu bekommen. Dieser Versuch ist an regierungstreuen Truppen gescheitert. Die Zahl der an den Demonstrationen für die Regierung beteiligten Anhänger der Deutschen Demokratischen Partei wächst an.

Der Vorwärts als Organ der Spartakisten.

Berlin, 6. Januar. Der „Vorwärts" ist heute früh in seiner Morgenausgabe als Organ der Revolutionären Arbeiterschaft von Groß-Berlin erschienen. Er veröffentlicht einen Aufruf, der die Arbeiter und Parteigenossen zu einer Demonstration um 11 Uhr in die Siegesallee auffordert.

Berlin, 6. Januar. Die Börse blieb heute wegen der Demonstrationsumzüge geschlossen.

Spandau in den Händen der Spartakisten.

Berlin, 6. Januar. Demonstrationszüge der Mehrheitssozialisten strömen zum Wilhelmsplatz. An den Fenstern der Reichskanzlei erschienen die Volksbeauftragten Scheidemann und Wissel und hielten Ansprachen. Die Vertrauensleute der Demonstranten wurden in die Reichskanzlei gerufen, wo ihnen mitgeteilt wurde, daß die Regierung mit Hilfe treuer Truppen und Unterstützung der Demonstranten den „Vorwärts" im Sturm wieder zu erobern versuchen würde. Außerdem wurde mitgeteilt, daß sich Spandau in den Händen der Spartakisten befindet. Das dortige Rathaus sei besetzt und die Arbeitermassen, die spartakistisch gesinnt seien, befänden sich im Anmarsch auf Berlin.

Einzelheiten der Vorgänge in Berlin.

Berlin, 6. Januar. Die „Deutsche Allgem. Ztg." bezeichnet die Nachricht, daß ein großer Teil der Gardetruppen zu den Bolschewisten übergegangen sei, für unzutreffend.

Berlin, 7. Januar. In Schloß und Marstall entwickelte sich gestern Mittag ein lebhaftes Treiben. Es war bekannt geworden, daß Liebknecht und Eichhorn im Marstall mit den Führern der Matrosen eine Unterredung hatten. Nun warteten Tausende auf das Ergebnis. Gegen 12 Uhr verließ Liebknecht den Marstall und flüch-

...te, um nicht von dem Jubel und den Sympathiekundgebungen seiner Anhänger erdrückt zu werden, in eine Droschke, die ihn nach der Siegesallee zu den dortigen Demonstranten führte. Unterdessen rollten Lastautos auf Lastautos heran, um Waffen und Munition nach dem Marstall zu bringen. Riesige Züge von Arbeitern nahten, um sich im Marstall mit Gewehren und Munition zu versehen und dann die kleinen Abteilungen ihrer Kameraden zu verstärken, welche die Vorwärtsdruckerei und andere Institute besetzt halten. Gegen ¾3 Uhr kam es auf dem Wilhelmsplatze beim Hotel Kaiserhof zu einem Zusammenstoß, wobei scharfe Schüsse fielen. Ein Toter und acht Verwundete wurden von Sanitätsautomobilen abgeholt. An der Kranzlerecke kam es Nachmittags, wie das „8 Uhr-Abendblatt" schreibt, zu einer kurzen Schießerei. Unter dem starken Tumult konnte nicht festgestellt werden, wieviel Verletzte es gab.

Nürnberg, 6. Januar. Ein Spezialtelegramm des „Fränkischen Kurier" meldet: Durch das Abdrängen von Tausenden von Menschen ist es dem Korrespondenten des „Fränkischen Kurier" gelungen, in die Reichskanzlei zu kommen, wo ein Leben herrscht, wie es das alte Gebäude noch nie gesehen hat. Mannschaften in Stahlhelm mit scharfen Patronen ausgerüstet bewachen das Gebäude, wo sich die Menge staut. Nur wenige dürfen bei der strengen Kontrolle die Tore passieren. Seit einer Stunde tagt das Kabinett, um entscheidende Schlüsse zu fassen, leider viel zu spät, denn die Menge wird des langen Wartens müde. Gegen ½2 Uhr wird es auf dem Platze in der Menge vor dem Gebäude lebendig. Die Spartakisten und die Unabhängigen rücken sowohl von der Potsdamer Straße wie von den Linden heran. Von allen Seiten laufen Gerüchte in der Reichskanzlei zusammen. Es ist kein Zweifel, daß die Demonstranten bei dem geringsten Widerstande Scheidemann und Ebert niederschießen wollen. Indessen werden dauernd in einer Nebenstraße der Wilhelmstraße, wo sich Waffendepots befinden, Soldaten ausgerüstet, um den Kampf gegen das wahnsinnige Treiben der Straßenhelden aufzunehmen. Man kann nicht sagen, daß die Haltung der Regierung besonderes Vertrauen einflößt. Unzweifelhaft haben die Spartakusleute das Abgeordnetenhaus und das Kriegsministerium besetzt, doch hat auf die Regierung die Besetzung keinen Eindruck gemacht. Kurz nach 1 Uhr erschien Ebert an einem Parterrefenster der Reichskanzlei, von der Menge jubelnd begrüßt. Er sagte: Die Regierung habe die Freiheit geschaffen und wolle das Selbstbestimmungsrecht des Volkes unter allen Umständen durchsetzen. Sie habe sich deshalb für die Nationalversammlung eingesetzt und werde ihre Durchführung erreichen. Die Beseitigung der Nationalversammlung sei aber das Ziel der Unabhängigen Sozialdemokraten, die diese Wahl mit Gewalt verhindern wollten. Wenn sie es wünschen, stehe eben Gewalt gegen Gewalt. Die Regierung werde ruhig ihre Prinzipien durchführen, die sie sich gesetzt hat. Ebert schloß mit einem Hoch auf die junge deutsche Republik. Stürmisch forderte die Menge dann Scheidemann heraus, der auch am Fenster erschien. Er mußte lange warten, ehe er zu Worte kommen konnte. Vor einer halben Stunde, sagte er, haben die Unabhängigen und die Spartakusleute den Tod von Ebert und mir beschlossen. Vor einer Stunde fuhr ein Wagen über die Linden mit einem Galgen, an dem zwei Puppen hingen, die Ebert und mich aufgehängt darstellten. (Lebhafte Pfuirufe unterbrachen den Redner.) Solche Bedrohungen sind uns gleichgültig. Sie lassen uns kalt. Wir haben am 9. November die deutsche Republik ausgerufen. Wir sind für das gleiche Recht aller eingetreten. Wir haben die Parität gefordert drei zu drei. Das war ein Fehler. (Lebhafte Bravorufe.) Die Mitarbeit der drei Unabhängigen Sozialdemokraten hat sich als schädlich erwiesen. Heute sind wir frei. Was braucht das deutsche Volk aber jetzt? Frieden und Brot? Es gibt uns aber kein Mensch Frieden oder Brot, ohne Ordnung, wenn diese Spartakusschweinerei weitergeht. Wir sind dann dem Hunger preisgegeben und die Kriegsjahre werden dann noch übertroffen werden. Wir haben gegen jene Diktatur gekämpft, wie auch gegen die Diktatur des Kaisers. Wir wollen aber auch keine Diktatur Liebknechts und Rosa Luxemburgs. (Lebhaftes Bravo bei den Zuhörern. Überall werden Rufe laut: Waffen, Waffen! Wir wollen uns nicht niederkartätschen lassen.) Sie sollen und müssen Waffen haben. Bleiben Sie treu bei der Sache. Wir werden unsere Pflicht bis zum letzten tun. Schwören Sie! (Die Menge bleibt etwa eine Minute mit abgenommener Kopfbedeckung stehen). Geben Sie diesem Schwur Ausdruck mit dem Rufe: „Es lebe die deutsche Republik".

Frankfurt a. M., 6. Januar. Die „Frankf. Ztg." meldet aus Berlin: In den späten Abendstunden laufen noch einzelne ergänzende Nachrichten ein: Die „Germania" meldet, daß die Anhänger der Spartakusgruppe das Spandauer Waffen- und Munitionsdepot gestürmt und an ihre Anhänger Waffen verteilt hatten. — Wie in den Nachmittagsstunden wird auch in den Abendstunden in den Straßen geschossen und mit Handgranaten geworfen. Über die Zahl der Verletzten und Toten ist bisher noch nichts bekannt. Die „Deutsche Allg. Ztg." meldet, daß man nicht nur die großen Berliner Verlage und den „Vorwärts" besetzt habe, sondern daß man sogar in Privathäuser eingedrungen sei und dort groben Unfug verübt habe. Die Privatwohnung des neuen Polizeipräsidenten Eugen Ernst sei gestürmt und besetzt worden. — Spartakusleute und Unabhängige wurden in der Umgebung des Alexanderplatzes in Bewaffnete und Unbewaffnete geschieden. Nur Bewaffnete und Munition Tragende dürfen nach dem Alexanderplatz ziehen.

Kriegsrat der Volksbeauftragten.

Berlin, 6. Januar. Heute mittag fand in der Reichskanzlei ein Kriegsrat der Volksbeauftragten statt unter Beteiligung der Mitglieder des Zentralrates der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Die Regierung beschloß, sofort mit allen ihr zu Gebote stehenden militärischen Machtmitteln einzugreifen und dem Treiben der Spartakusleute ein Ende zu setzen. Die Regierungstruppen werden mit elf Lastautos von allen Stadtteilen in das Stadtinnere befördert, wo sie in der Nähe der Reichskanzlei gesammelt werden. Im Innern der Stadt ist den Passanten die Weisung erteilt, so schnell wie möglich die Straßen zu verlassen. Alle Fenster müssen geschlossen sein. Die Regierung hat es abgelehnt, mit den Spartakusleuten zu verhandeln. Die beiden Parteien stehen sich in der Wilhelmstraße in 100 m Entfernung kampfbereit gegenüber.

Amtsenthebung des Berliner Polizeipräsidenten.

Berlin, 6. Januar. Der Polizeipräsident von Berlin Eichhorn ist seines Amtes enthoben worden.

Berlin, 6. Januar. Polizeipräsident Eichhorn weigert sich, sein Amt abzutreten. Er hat in einer Versammlung zum Widerstand gegen die Regierung aufgefordert. Die gegen ihn ausgesprochene Entlassung hat anscheinend das Unmögliche zustande gebracht, die Unabhängigen und die Spartakusleute zu vereinigen. Beide Parteien haben am gestrigen Sonntag ein Flugblatt ausgegeben und zu einer großen Massendemonstration gegen Eichhorns Entlassung aufgefordert. Infolge des Aufrufes der Unabhängigen und der Spartakusleute versammelten sich gestern in der Siegesallee ihre Anhänger zu einer Kundgebung gegen Eichhorns Entlassung. Mehrere Redner forderten die Bewaffnung des Proletariats, andere erklärten, daß sie entschlossen seien, die Nationalversammlung zu hindern. Ein Zug bildete sich und zog vor das Ministerium des Innern. Am Brandenburger Tor verbrannte man auf einem Scheiterhaufen eine Menge Flugblätter der Regierungspartei. Liebknecht sagte in einer Ansprache, daß an der Spitze des Reiches Verbrecher wie Ebert und Scheidemann ständen. Das Proletariat müsse sich bewaffnen und einen eisernen Ring um das Präsidium legen. Darauf zogen etwa 500 Anhänger des Spartakusbundes vor das Gebäude des „Vorwärts". Der Führer der Demonstranten erklärte, sie seien gekommen, um den „Vorwärts", der verlogene und hetzerische Artikel gegen Eichhorn gebracht hat, zu besetzen und in eigener Verwaltung herauszugeben. Redaktion und Druckerei wurden von den Spartakusleuten besetzt. Es wurde sofort ein Flugblatt gedruckt. Plötzlich machte jemand darauf aufmerksam, daß sich in dem gegenüberliegenden Gebäude das Propagandabureau der sozialdemokratischen Partei befand. Dieses wurde alsbald gestürmt, die gesamten Bureaueinrichtungen auf die Straße geworfen und verbrannt. Gegen ¾9 Uhr abends zogen Demonstranten nach der Charlottenstraße. Die dort befindliche Geschäftsstelle des Wolffbureau wurde von den Spartakusleuten besetzt.

Die Streikbewegungen der Bergarbeiter.

Waldenburg, 6. Januar. Hunderte von Bergleuten sind am Sonnabend in die Geschäftsräume des „Neuen Tageblattes" zu Waldenburg gewaltsam eingedrungen. Sie mißhandelten die Schriftleiter und das technische Personal durch Tätlichkeiten und verlangten sofortige Stillegung des Druckereibetriebes, Einstellung des Erscheinens der Zeitung und Entfernung des Hauptschriftleiters. Sie drohten ferner einen allgemeinen Ausstand der Arbeiter des Waldenburger Reviers an, falls die Forderungen nicht erfüllt würden.

Duisburg, 6. Januar. Die Streikbewegung unter den Bergarbeitern hat auch auf die linksrheinischen Zechen übergegriffen, auf denen ein Teil der Belegschaften ausständig geworden ist. Bisher sind die Zechen Diergart und Menissen in Mitleidenschaft gezogen worden. Als auf der Zeche Menissen eine Anzahl Streikender der Aufforderung der belgischen Sicherheitswache zum Auseinandergehen keine Folge leistete, machte diese von der Waffe Gebrauch, wobei ein Streikender verletzt wurde.

Mülheim, 6. Januar. Auf den Zechen Humboldt und Wiesche des Mülheimer Bergwerkvereins sind die Belegschaften mit in den Streik getreten. Auch die Belegschaft des Schachtes Kronprinz hat die Arbeit niedergelegt.

Eine gemeinsame Liste der bürgerlichen Parteien in Sachsen.

Die vereinigten bürgerlichen Parteien, die Deutschnationale Volkspartei und die Allgemeine Demokratische Partei für Sachsen, haben eine gemeinsame Liste aufgestellt, welche die folgenden Kandidaten enthält: Oberkonsistorialrat Superintendent Dr. Kötzsch, Dresden, Glasermeister Stadtrat Johannes Oskar Wetzlich, Dresden, Kaufmann Gustav Bernhard Curt Fritzsche, Dresden, Fabrikdirektor Max Lehnig, Niederlößnitz, Lehrerin Franziska Ohnesorge, Dresden, Gutsbesitzer Max Oskar Schreiber, Nischwitz, Fabrikdirektor Wilhelm Max Rockstroh, Kleinsedlitz, Eisenbahnsekretär Paul Lubeck, Dresden, Gutsbesitzer Johann Pietsch, Burk, Kaufmann Friedrich Kloß, Dresden, Frau Marie v. Carlowitz, Dresden, Stadtrat Oswin Schmidt, Freiberg.

Kandidaten der sozialdemokratischen Partei in Leipzig für die Nationalratswahl.

Leipzig, 6. Januar. In einer Versammlung des Parteivereins der sozialdemokratischen Partei in Leipzig wurden folgende Kandidaten für die Nationalratswahlen aufgestellt: Photograph Karl Pinkau, Arbeitersekretär August Lüttich, Lagerhalter Heinrich Lange, Frau Dr. Gradnauer-Dresden, Redakteur Alois Staudinger, Redakteur Richard Bahrdt-Groitzsch, Maurer Abicht-Wurzen, Lagerhalter Ernst Möller.

*

= Die in Berlin am 4. Januar ausgegebene Nr. 2 des Reichs-Gesetzblattes enthält: Bekanntmachung zu der Verordnung des Bundesrats über künstliche Düngemittel vom 3. August 1918, sowie Verordnung über den Verkehr mit Esel, Maultier- und Mauleselfleisch.

Ausland.

Kohlenmangel in Prag.

Prag, 6. Januar. (Meldung des Tschechoslowakischen Pressebureaus.) In Prag herrscht großer Kohlenmangel. Der Verkehr der Straßenbahn ist stark eingeschränkt und wird eingestellt werden, wenn nicht in letzter Stunde eine größere Menge Kohlen eintreffen wird. Eine gänzliche Einstellung des Gasverbrauches wird in den nächsten Tagen angeordnet werden.

Erkrankung des Grafen v. Czernin.

Wien, 6. Januar. Der frühere Minister des Äußeren Graf Czernin ist an einer Blinddarmentzündung erkrankt.

Die Lage in Litauen.

Berlin, 6. Januar. Der „Vorwärts" meldet: Am 4. Januar ist Wilna von deutschen Truppen geräumt worden. Ein Telegramm des Generalissimus Foch hatte darum ersucht, den Polen die Möglichkeit nicht zu unterbinden, Truppen nach Litauen zu werfen, um dem Vormarsche der Bolschewisten zu begegnen. Die Litauer haben ebenfalls um Waffen ersucht, um sich gegen die anrückenden Bolschewisten verteidigen zu können. Eine Verständigung zwischen Polen und Litauern ist bisher nicht erzielt worden.

Ein englisches Geschwader im Hafen von Helsingfors.

Helsingfors, 6. Januar. Ein englisches Geschwader, bestehend aus fünf Zerstörern, ankerte vorgestern im Hafen von Helsingfors zum Schutze der Transporte der Freiwilligen nach Estland.

London, 6. Januar. Dagegen erfährt das Reutersche Bureau: Das englische Auswärtige Amt hatte bis vorgestern abend noch keine Nachricht über eine Landung größerer britischer Streitkräfte in den baltischen Staaten erhalten. Ebenso ist nichts Wahres an der Berliner Nachricht, daß die Engländer dem Befehlshaber der deutschen Truppen in den baltischen Staaten ein Ultimatum gestellt und verlangt hätten, daß deutsche Truppen das Vorrücken der Bolschewisten aufhalten sollten. Nach einem soeben eingegangenen Telegramm verwenden die Bolschewisten in Estland 7000 Chinesen und rauben, brennen und morden.

Ein internationaler Gewerkschaftskongreß.

Paris, 6. Januar. Gemäß dem Beschlusse der internationalen Konferenz zu Leeds im Jahre 1916 hat der Sekretär des Allgemeinen Arbeitsverbandes Jouhaux Vertreter der Gewerkschaftszentralen eingeladen, an einem internationalen Gewerkschaftskongreß teilzunehmen, der zugleich mit der Internationalen Arbeiterkonferenz stattfinden wird. Jouhaux ersuchte den Sekretär der Niederländischen Gewerkschaftszentrale, die Zentralen von Deutschland, Österreich-Ungarn usw. einzuladen. Jede Nation kann zehn Delegierte entsenden. Bei der Abstimmung erhält jede Nation eine Stimme.

Die internationale Sozialistenzusammenkunft in Lausanne.

Bern, 6. Januar. Wie „Populaire" mitteilt, wird die Delegation der französischen Sozialistenpartei zur internationalen Sozialistenzusammenkunft in Lausanne wie folgt zusammengesetzt sein: Longuet, Presseman, Mistral, Cachin, Proissard, Laurion, Paul Fords, Verfeuil, Mayeras, Albert Thomas, Renaudel, Poisson, Dubreuil.

Roosevelt †.

Haag, 6. Januar. Holl. N. Bur. meldet aus New York: Expräsident Roosevelt ist heute gestorben.

Theodore Roosevelt war am 27. Oktober 1858 geboren. Seine Ausbildung erhielt er auf der Harvarduniversität in Boston. Früh trat er in die Verwaltungsbeamtenlaufbahn ein. 1895 wurde er vom Präsidenten Mc. Kinley zum Unterstaatssekretär der Marine ernannt. Beim Ausbruch des Spanischen Krieges trat er in das 1. berittene Freiwilligenregiment (Rauhreiter) ein; das glücklich bestandene Gefecht von Guasimas brachte ihm den Oberstitel. Ende 1898 wurde er zum Gouverneur des Staates New York gewählt. Nach Ermordung des Präsidenten Mc. Kinley wurde er zum Präsidenten gewählt. Im Sommer 1904 trat Roosevelt aufs neue in den Wahlkampf um den Präsidentenstuhl ein und siegte am 10. November gegen den Demokraten Parker. 1908 kandidierte er nicht wieder. An seiner Stelle wurde Taft gewählt, der am 4. März 1909 sein Amt antrat. Im Jahre 1912 ließ er sich von der von ihm neugegründeten Partei der Progressisten aufs neue für die Präsidentenwahl aufstellen. Die Wahl brachte eine Niederlage sowohl für Taft wie für Roosevelt. Wilson wurde mit überlegener Mehrheit zum Präsidenten gewählt.

Das Schicksal des früheren Deutschen Kaisers.

London, 6. Januar. Das Reuterbureau erfährt, daß in englischen amtlichen Kreisen nichts bekannt sei, was die Meldung des „Amsterdamer Telegraaf" über das Zustandekommen einer Einigung betr. die Stellung Kaiser Wilhelms zwischen der englischen und der niederländischen Regierung bestätigt.

Verhaftung eines Sinnfeinerabgeordneten.

London, 4. Januar. (Reuter.) Der Sinnfeinerabgeordnete für die Grafschaft Waterford wurde gestern in Thurles (Grafschaft Tipperary) verhaftet. Über den Grund ist nichts bekannt. Richard Cotter, der nach dem Sinnfeineraufstand gefangen und interniert war, ist ebenfalls wieder verhaftet worden.

Die Zurückziehung japanischer Truppen aus Sibirien.

London, 4. Januar. „Daily Expreß" meldet unterm 27. Dezember aus Tokio: Das Kriegsministerium gibt die Zurückziehung von 34000 Mann japanischer Truppen aus Sibirien bekannt und erklärt, daß Japan beabsichtige, seine in Sibirien stehenden Truppen auf das geringstmögliche Maß zu beschränken.

Die Versorgung Europas mit Lebensmitteln.

Paris, 4. Januar. Amtlich wird mitgeteilt, die Verbündeten und die Vereinigten Staaten hätten beschlossen, einen Rat, bestehend aus 2 Vertretern jedes Landes zu schaffen, um die Lebensmittelversorgung und Unterstützung der Neutralen und neu Befreiten oder feindlichen Gebiete zu organisieren. Die Vereinigten Staaten würden bei der Durchführung des Planes an der Spitze stehen und Hoover würde Generaldirektor sein.

Kleine politische Nachrichten.

London, 6. Januar. Das Reuter-Bureau erfährt, daß die englischen Seestreitkräfte infolge der Eisverhältnisse aus gewissen Teilen der Ostsee zurückgezogen wurden.

Paris, 6. Januar. Nach einer Havas-Meldung wurde Hauptmann Ladoux, der ehemalige Leiter des zweiten Nachrichtenbureaus des Kriegsministeriums, verhaftet unter der Beschuldigung, ein geheimes Schriftstück beseitigt zu haben. Dem „Journal" zufolge handelt es sich um den Brief einer Französin, die darin erklärt, daß einer ihrer nahen Verwandten ein deutscher Spion sei.

Paris, 6. Januar. Der „Temps" meldet aus Stockholm: Einem Telegramm aus Moskau zufolge ist der Vorsitzende der französischen Handelskammer in Petersburg an den Folgen der Leiden gestorben, denen er in bolschewistischen Gefängnissen ausgesetzt war.

Herausgegeben von der Geschäftsstelle der Sächsischen Staatszeitung. — Druck von B. G. Teubner. — Hierzu zwei Beilagen.

SLUB
Wir führen Wissen.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

= Das unterm 31. Dezember ausgegebene 25. Stück des Gesetz- und Verordnungsblattes für die Republik Sachsen enthält: Verordnung wegen Abänderung der Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz über die Tagegelder und Reisekosten der Staatsdiener; Verordnung über die Kosten und Gebühren in Tierseuchenangelegenheiten (S. Staatsztg. Nr. 302/18); Verordnung über die Aufhebung des Landtagsausschusses zu Verwaltung der Staatsschulden (S. Staatsztg. Nr. 286/18); Verordnung, die Sächsische Staatsschuldenverwaltung betreffend; Verordnung über die Erstreckung der Amtsdauer der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder von Einschätzungskommissionen für die Staatseinkommensteuer über den Ablauf der Wahlperiode 1917/18 hinaus (S. Staatsztg. Nr. 298/18); Bekanntmachung, die Auflösung der Ordenskanzlei betreffend (S. Staatsztg. 299/18); Militärstrafverfahren (S. Staatsztg. Nr. 283/18); Verordnung, die Einstellung des Erscheinens der Leipziger Zeitung betreffend (S. Staatsztg. Nr. 303/18); Verordnung zur Bestätigung einiger bisher ergangener Verordnungen, sowie Verordnung über die Wahlen zur Volkskammer der Republik Sachsen (Landeswahlgesetz) [S. Staatsztg. Nr. 301/18].

Mannigfaltiges.

Dresden, 7. Januar.

* Eine Begrüßung des 13. Jäger-Bataillons, das bekanntlich in kleinen Verbänden nach Dresden gekommen ist, fand gestern mittag auf dem Hofe der Jägerkaserne statt. Das Bataillon war in einem offenen Viereck mit dem Offizierkorps und der Fahne aufmarschiert. Außerdem hatten sich viele Angehörige der aktiven Mannschaften und auch zahlreiche ehemalige Jäger eingefunden. Im Namen der Stadt Dresden begrüßte Herr Stadtbaurat Fleck die tapferen Jäger und dankte ihnen für ihre glänzenden Waffentaten, um dann der gefallenen Kameraden zu gedenken. Er sprach die Hoffnung aus, daß die entlassenen Mannschaften dem Vaterlande auch fernerhin Liebe und Treue bewahren möchten. Im Namen des Bataillons dankte Hr. Major v. Watzdorf. Auch er sprach die Hoffnung aus, daß sich der alte Jägergeist auch dann bewähren werde, wenn es gelte, die jetzige Regierung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu unterstützen. Der Redner schloß mit einem Hoch auf die Garnisonstadt Dresden. Nachdem noch Hr. Sergeant Langer das Bataillon im Namen des Soldatenrates begrüßt hatte, war die schlichte Feier beendet.

* Ein Gemeindetag der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt fand Sonnabend nachmittag unter dem Vorsitze des Hrn. Gemeindevorstandes Scheibner (Deuben) im Dresdner Konzerthaus (Reitbahnstraße) statt. Zunächst fand eine eingehende Aussprache über die Erwerbslosenfürsorge statt, wobei die Mehrzahl der Gemeindevertreter die Ansicht vertrat, daß bei der Karenzzeit die Feiertage anzurechnen seien. Die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung habe am zweckmäßigsten in den Händen der Gemeinden zu verbleiben. Nachdrücklichst wurde gegen die außerordentlich hohen Lohn- und Unterstützungssätze Stellung genommen und geäußert, daß, wenn so unsinnig weiter gewirtschaftet werde, sowohl die Industrie als auch die Landwirtschaft völlig zugrunde gerichtet würde. Hr. Oberregierungsrat Dr. Herkloß betonte u. a., daß es von größter Wichtigkeit sei, die Wahlprotokolle so rasch als möglich — am besten noch am Wahltage (19. Januar) an das Wahlbureau zu senden, da es innerhalb vier Tagen nicht weniger als 1600 Listen zu bearbeiten habe. An die wertvollen Ausführungen des Hrn. Regierungsvertreters schloß sich ein lehrreicher Vortrag des Hrn. Direktors Prof. Dr. Schäfer über „Die Grundsätze der Verhältniswahl". Zum Schluß der Tagung wurde eingehend über die Gründung eines Wohnungsverbandes beraten. Es soll dadurch vermieden werden, daß kapitalschwache Gemeinden zu hoch belastet werden. Hr. Amtshauptmann Dr. Woelfer wies in längeren Ausführungen darauf hin, daß es weit zweckmäßiger sei, eine freiwillige Gründung, bei der die Gemeinden das Mitbestimmungsrecht hätten, ins Leben zu rufen, als eine zwangsweise Gründung durch das Ministerium abzuwarten. In der sich anschließenden Aussprache wurde eingehend für und wider die beabsichtigte Gründung debattiert.

= Die Hundesteuer auf das Jahr 1919 (20 M. für einen Hund, 30 M. für jeden weiteren) ist für die Hunde, die am 10. Januar gehalten werden, vom 25. bis zum 31. Januar, die Steuer für die im Laufe des Jahres angeschafften oder zugebrachten steuerpflichtigen Hunde binnen 14 Tagen und die Steuer für die im Laufe des Jahres steuerpflichtig werdenden jungen Hunde binnen 14 Tagen nach Ablauf der Säugezeit gegen Empfangsbestätigung und Steuermarke im Stadtsteueramte zu entrichten. Hunde, die auf öffentlichen Verkehrsräumen ohne eine Steuer- oder Freimarke am Halsbande betroffen werden, werden vom 1. Februar an weggefangen.

* Gestern vormittag 11 Uhr veranstaltete die Deutsche Volkspartei im Zirkus Sarrasani wiederum eine Wahlversammlung, die so stark besucht war, daß der Zirkus bereits vor Beginn der Versammlung gesperrt werden mußte. Die Leitung lag in den Händen des Herrn Oberlandesgerichtsrates Wahl. An erster Stelle sprach Se. Exzellenz Herr Staatsminister a. D. Dr. Heinze. Er hob hervor, daß es in der zwölften Stunde Not sei, uns auf unsere Pflicht zu besinnen. Deutschland sei zusammengebrochen, weil die früheren Leiter des Staates zu viel auf sich genommen hatten. Hierzu sei die Einkreisungspolitik gekommen, auch seien wir durch die anfänglichen Erfolge des Krieges blind gewesen. Trotzdem könnten wir stolz sein auf die Taten, die das deutsche Heer vollbracht habe. Jetzt sei es jedoch notwendig, daß wir uns auf uns selbst besinnen und daß wir uns nicht wegwerfen. Zweifellos hätten die Ereignisse der letzten Wochen großes Unglück über uns gebracht. Diese Ereignisse hätten ihren Ursprung in Rußland, das schließlich der Anarchie zutreibe. Wenn sich diese Anarchie auch noch auf Deutschland ausdehne, dann würde das Unglück noch größer für uns sein. Die Ereignisse in Polen seien nur durch unser mangelndes Nationalgefühl hervorgerufen worden (Lebhafte Zwischenrufe). Gegen die polnischen Feinde müsse eine Armee gebildet und ihnen entgegengesandt werden. Die jetzigen Machthaber müßten auch alles anwenden, um die vielen Untätigen wieder zur Arbeit anzuhalten. Auch sonst müsse die jetzige Regierung ihre Macht entfalten, wozu sie ein Heer brauche, in dem Disziplin und Autorität herrsche. Den führenden Offizieren müsse auch die nötige Achtung verschafft werden. Beim Wiederaufbau des Staates bedürfen wir auch der Kirche und der Religionsgemeinschaften. Die evangelischen und die katholischen Christen ständen fest hinter ihrer Kirche. Der Internationalismus habe im Kriege schmählichen Schiffbruch gelitten. Er fordere die Herren auf, die hier Spektakel machen und den Internationalismus vertreten, sich an ihre Freunde in England und Frankreich zu wenden, damit Deutschland keinen Schaden erleide. Jetzt sei die Hoffnung Deutschlands nur noch der Völkerbund (Großer Tumult). Als der Redner sagte, daß durch die Disziplinlosigkeit im Heere der Krieg verloren worden sei, erhob sich abermals ein andauernder Tumult. Dr. Heinze schloß mit dem Hinweise, daß wir uns mehr Nationalgefühl und Selbstbewußtsein zulegen müßten (Lebh. stürmischer Beifall). Der Vorsitzende Oberlandesgerichtsrat Wahl teilte mit, daß infolge des großen Andranges heute, Dienstag, abend eine zweite Versammlung im großen Saale des Gewerbehauses stattfinden solle. An zweiter Stelle sprach dann Frl. Dr. Lotte Schurig. Sie dankte der neuen Regierung dafür, daß sie den Frauen den Weg zum Wahlrechte geebnet habe. Die Berechtigung der anderen Parteien erkenne sie an: Jedermann müsse es klar sein, daß der neue Kurs nach der Freiheit gehe. Auch die Frauen seien bereit, das mitzumachen. Die Rednerin wandte sich gleichfalls gegen die Beschimpfung der Offiziere, die doch im Kriege ebenfalls voll ihre Pflicht getan hätten. Weiter trat sie ein für die Freiheit der Kirche und Schulen, für den weiteren Ausbau der sozialen Fürsorge, um mit der Hoffnung zu schließen, daß alle Frauen sich für eine bessere und glücklichere Zukunft unseres Vaterlandes einsetzen möchten. (Lebhafte Zustimmung.) Von starkem Beifall begrüßt ergriff dann Hr. Geh. Rat Prof. Dr. Cornelius Gurlitt das Wort. Er beleuchtete unser Verhältnis zu Deutsch-Österreich. Manches böse Wort sei bei uns über die Österreicher gefallen, und auch von dort aus würden mancherlei Vorwürfe gegen uns erhoben. Es liege dies namentlich daran, daß wir uns bis jetzt zu wenig um die Deutsch-Österreicher gekümmert hätten. Jetzt sei es notwendig, sich mit aller Energie für die Deutschen in Österreich einzusetzen. Die ganze Frage müsse vom Standpunkte der Freiheit aus betrachtet werden, doch dürfe man die Freiheit nicht mißbrauchen. Jedenfalls dürfe aber nicht zugegeben werden, daß ein fremdes Volk über die Deutsch-Österreicher herrsche. Deshalb fordere er alle Versammlungsteilnehmer auf, überall hierfür einzutreten. (Lebhafter Beifall.) An die Ausführungen der drei Redner knüpfte sich eine lebhafte, zum Teil recht stürmische Aussprache. Einige Redner sprachen für die Deutsche Volkspartei und einige für die Sozialdemokratische Partei. Ein weiterer Redner behauptete, er habe angeblich eine Anzahl Herren der Deutschen Volkspartei in einem hiesigen Hotel belauscht. Hierbei sei gesagt worden, man wolle es den Arbeitern, den Lumpen, schon zeigen. Als darauf Herr Oberlandesgerichtsrat Wahl die Versammlung schloß, brach ein gewaltiger Lärm los, und etwa 30 Matrosen, Soldaten und Zivilisten stürmten das Podium, um die Mitglieder des Vorstandes tätlich anzugreifen. Ein Herr stürzte zu Boden und einem anderen wurde der Hut vom Kopfe geschlagen. Auch an Exzellenz Dr. Heinze wollte man sich vergreifen, doch hatte dieser das Podium bereits verlassen. Nur mit Mühe gelang es, die Ruhe wieder herzustellen, worauf sich der Zirkus nach und nach leerte.

* Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer veranstaltete am Sonnabend unter dem Vorsitz des Hrn. Walter Leupold im Johanneshof eine Mitgliederversammlung, in der zunächst mitgeteilt wurde, daß vor etwa 14 Tagen nach einer in Bautzen abgehaltenen Versammlung der Anschluß des Hamburger Bundes an den Reichsbund vollzogen worden sei. Einstimmig wurde einer an den revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Dresden abgesandten Entschließung der Interessengemeinschaft der Kriegsbeschädigten-Organisationen zugestimmt, die im wesentlichen in folgenden Forderungen gipfelte: 1. Sofortiger Erlaß, wonach Kriegsbeschädigte zugunsten gesunder Kameraden aus ihren Stellungen nicht entlassen werden dürfen; 2. Entlassung des weiblichen Personals in allen staatlichen und Gemeindeverwaltungen und Betrieben, solange Kriegsbeschädigte erwerbslos sind; 3. Gleichstellung der Kriegsbeschädigten mit den Inhabern von Zivilversorgungsscheinen und Bevorzugung bei der Besetzung von Stellen; 4. Einstellung von Kriegsbeschädigten in alle amtlichen und privaten Fürsorgestellen als Berater und ausführende Organe; 5. Steuererleichterung; 6. Nachbewilligung von Entlassungsanzügen und Marschgeld für die Kriegsbeschädigten, die vor Beginn der Demobilisation entlassen wurden. Bei nicht ausreichenden Kleiderbeständen die Auszahlung einer Entschädigung von 150 M.; 7. Schaffung von genügenden Erholungsheimen unter Benutzung der leerstehenden Schlösser und Villen; 8. Überlassung fiskalischen Grund und Bodens zu Ansiedelungszwecken; 9. Überweisung von Leder aus Heeresbeständen zur Anfertigung und Reparatur von Schuhwerk für Kriegsbeschädigte und 10. Eintreten bei der Reichsregierung für sofortige Umgestaltung des Mannschaftsversorgungsgesetzes unter Wegfall der für kriegsbeschädigte Mannschaften den Offizieren gegenüber bestehenden Härten, Erhöhung der Teuerungszuschläge zu den Renten und Ausdehnung derselben auch auf Kriegsbeschädigte unter 50 Proz. Erwerbsfähigkeit, sowie Bereitstellung von Geldmitteln zur Gewährung von zinsfreien Darlehen für Ansiedelungen auf Grund der Kapitalabfindung.

* Der Verein städtischer Bureaubeamten (E. V.) trat vor einigen Tagen im Saale der Stadtbibliothek unter dem Vorsitze des Hrn. Oberbuchhalters Eichler zu einer stark besuchten Mitgliederversammlung zusammen. Aus dem Jahresberichte ging hervor, daß der Verein jetzt 1118 Mitglieder zählt. Die Oberbürgermeister Dr. Stübel-Stiftung verfügt jetzt über ein Kapital von 7413 M., von dessen Zinsen bedürftige Mitglieder des Vereins und deren Angehörige Kurbeihilfen erhalten sollen. Mit ehrenvollen Worten gedachte der Vorsitzende noch der im Laufe des vergangenen Jahres für das Vaterland Gefallenen und der verstorbenen Mitglieder. Die Teilnehmer an der Versammlung erhoben sich zum ehrenden Gedächtnis von ihren Sitzen. Hieran schlossen sich Berichte über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Als Kandidaten wurden die Herren Sekretäre Grase und Roitzsch vorgeschlagen. Zum Schlusse wurde noch das gegenwärtige Beamtenprogramm besprochen und eine Anzahl Änderungen in ihm angeregt.

* Die Vereinigung von Angehörigen Kriegsgefangener veranstaltete gestern im Saale des Logenhauses eine stark besuchte Versammlung, die sich mit der Lage der noch in Feindesland befindlichen Kriegsgefangenen beschäftigte. Nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden Geheimrat Hempel besprach Rechtsanwalt Dr. Heinemann die Rechtslage der Kriegsgefangenen und hob hervor, daß die Deutschen nicht länger als bis zum Friedensschlusse in der Gefangenschaft zurückbehalten werden dürfen. Hieran schloß sich eine längere Aussprache, worauf die Versammlung die nachstehende Entschließung einstimmig annahm: Die heute im Logenhaussaale zu Dresden versammelten Angehörigen deutscher Kriegsgefangener fordern einmütig, daß nicht nur Reichsregierung und Nationalversammlung, sondern das gesamte deutsche Volk mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auf baldigste und bedingungslose Heimsendung unserer Kriegs- und Zivilgefangenen dringen. Da Deutschland seine Gefangenen herausgibt, schließt schon der bloße Gedanke einer weiteren Festhaltung der gefangenen Deutschen eine empörende Verhöhnung aller Grundsätze der Menschlichkeit in sich.

* Im Gegensatze zu den Unruhen in Berlin ist der gestrige Tag in Dresden vollkommen ruhig verlaufen. Die Regierung hat alle Maßnahmen getroffen, um etwa entstehende Unruhen sofort zu unterdrücken und mit schärfsten Mitteln hiergegen einzuschreiten.

* Am 9. Januar abends ½8 Uhr findet im Vereinshause eine große öffentliche Wählerversammlung der Deutschnationalen Volkspartei statt, in der die Kandidaten der Deutschnationalen Volkspartei, Fabrikdirektor Max Lehnig und Stadtrat Oswin Schmidt, über das Thema „Deutschlands Not" sprechen werden. Der Eintritt ist frei.

* Der Wohltätigkeitsverein „Heitere Gesellschaft" veranstaltete gestern nachmittag im Kurfürsten- und Franziskaner-Saale des Italienischen Dörfchens seine diesjährige Weihnachtsfeier verbunden mit Christbescherung. Es wurden 20 alte Mütterchen und 14 Konfirmandinnen mit nützlichen Gaben und namhaften Geldspenden bedacht.

* Die Dresdner Gastwirtsangestellten haben einen Aufruf an die Besitzer der Fremdenhöfe, Kaffeehäuser und Gastwirtschaften in Dresden und Umgebung gerichtet. Sie wünschen zugunsten der heimgekehrten Kriegsteilnehmer männliche Bedienung an Stelle der weiblichen einzustellen, um die Arbeitslosigkeit der Kellner zu mildern und ihnen wieder Erwerbsgelegenheit zu bieten. Zur Forderung der Abschaffung der weiblichen Bedienung besonders in den Spezial-Ausschänken der Pilsner- und Bayerischen Bierstuben komme eine große Zahl der in Notlage befindlichen männlichen Gastwirtsangestellten in Frage. Hunderte von Kellnern seien vor dem Kriege im Auslande in Sommer- und Saisonstellen tätig gewesen und suchten jetzt wieder Erwerb in ihrem Berufe. Sie rechneten auf die Dankespflicht der Inhaber der oben erwähnten Betriebe und auf die Unterstützung des Publikums. Die gastwirtschaftlichen Betriebe würden ersucht, sich bis zum 10. Januar zu erklären, ob sie den Aufruf unterstützen oder nicht. Andernfalls müsse die Arbeitsgemeinschaft der Gastwirtsangestelltenverbände Dresdens jede Verantwortung ablehnen.

* Die Leitung der U.-T.-Lichtspiele bringt in dieser Woche einen glänzend ausgestatteten und sehenswerten Film: „Carmen", Drama in 6 Akten, frei nach Prosper Merimee, für den Film bearbeitet von Hanns Kräly. Die Regie liegt in den Händen von Ernst Lubitsch, während die Titelrolle von der namhaften Künstlerin Pola Negri dargestellt wird. Weiter wirken noch mit die Schauspieler Harry Liedke, Leopold von Ledebour und Grete Dierckx. Die Darstellung wird in stimmungsvoller Weise mit dem Vorspiel zur Oper „Carmen" eingeleitet. Dem Humor trägt die einaktige Komödie „Das schwarze Gespenst" mit Knoppchen in der Hauptrolle Rechnung. Einen hohen Genuß gewähren auch die Naturaufnahmen: Sommer in Jütland.

* 45000 Stück Zigaretten Marke „Ki-Zab" und „Huesco", sowie 17 Flaschen Sekt, Marke „Eckel", wurden in der Nacht zum 5. Januar aus einem Niederlagsraum im Hause Pöppelmannstraße 11 durch Einbruch gestohlen. Um aufklärende Mitteilungen ersucht die Kriminalpolizei.

Aus Sachsen.

Kundgebung gegen das weitere Zurückbehalten der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen.

Die Auskunftsstelle vom Roten Kreuz, Dresden-A., Trachenberg 31 (geöffnet Werktags von 10—4 Uhr), bietet gegenwärtig ein Spiegelbild des allgemeinen Volkswillens. In Scharen finden sich Männer und Frauen dort ein, um ihrer Entrüstung gegen ein längeres Zurückbehalten unserer Gefangenen Ausdruck zu verleihen. Nach vielen Tausenden zählen bereits die Unterschriften unter den ausliegenden Protesturkunden. Da sich der Andrang in den üblichen Geschäftsstunden nicht annähernd bewältigen läßt, werden Einzeichnungen am 7., 8. und 9. Januar bereits von ½9 Uhr an entgegengenommen. Die Einspruchsnoten, die unter Mitwirkung deutscher Delegierter verschiedenen neutralen Roten-Kreuz-Organisationen überreicht werden sollen, haben folgenden Wortlaut:

„Wir Unterzeichneten erheben schärfsten Einspruch gegen die Ausnutzung augenblicklicher Machtverhältnisse zum Schaden wehrloser Gefangener. Menschenwürdige Behandlung und eine möglichst rasche Erlösung aus den Ketten der Unfreiheit erscheint als das Gebot der Stunde. Als Deutschland, durch die Wucht der Verhältnisse gezwungen, auf die harten Bedingungen

des Waffenstillstandes einging, wurde ein baldiger gerechter Frieden erwartet. Inzwischen hat es aber den Anschein gewonnen, daß bis zum Abschluß der Verhandlungen noch viele Monate verstreichen werden. Eine Verlängerung des Martyriums unserer Gefangenen bis dahin muß, so meinen wir, jedem Unbeeinflußten als eine Schmach erscheinen, die vor der Menschheitsgeschichte nicht bestehen kann. Noch größere Empörung rufen die verbündeten Pressestimmen hervor, die eine Ausnutzung der Gefangenen zu Fron- und Sklavendiensten androhen. An die Roten Kreuz-Organisationen der neutralen Staaten, die sich der Gefangenenfürsorge während des lange dauernden Krieges vorbildlich annahmen, ergeht daher die dringende Bitte, unserem Einspruch in den Zeitungen ihrer Länder einen lauten, auch jenseits der Grenzen vernehmbaren Widerhall zu verschaffen. Mit besonderer Dankbarkeit würden wir Unterzeichneten es begrüßen, wenn auch die Roten Kreuz-Ausschüsse der verbündeten Staaten für die Bewegung gewonnen werden. Dem Sinne und den Bestrebungen des gesamten Internationalen Roten Kreuzes kann es nach unserer Auffassung nur entsprechen; wenn überall und mit jeglichen zu Gebote stehenden Mitteln für eine rasche Befreiung auch der deutschen Gefangenen eingetreten wird."

Der letzte Auslegetag wird rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Wie müssen die Stimmzettel für die Wahlen zur Nationalversammlung und zur Volkskammer aussehen?

Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem Kennzeichen versehen sein; sie sollen 9×12 cm groß und von mittelstarkem Schreibpapier sein. Die Namen auf den einzelnen Stimmzetteln dürfen nur einem einzigen der öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschläge entnommen sein. Es ist aber nicht erforderlich und durchaus nicht wünschenswert, daß so viel Namen auf den Stimmzettel geschrieben werden, als Abgeordnete zu wählen sind, daß also der ganze Wahlvorschlag abgeschrieben wird, vielmehr genügen auch wenige Namen, ja sogar ein einziger. Denn auch durch einen Namen, den man auf den Stimmzettel schreibt, wird erkennbar, für welchen Wahlvorschlag man stimmt, und darauf allein kommt es an. Die Verteilung der Mandate erfolgt nur auf die unveränderten Wahlvorschläge, und dem einzelnen Wahlvorschlag wird jeder Stimmzettel zugerechnet, der unzweifelhaft erkennen läßt, daß der Wähler diesen und keinen anderen Wahlvorschlag gemeint hat. Nur soll nicht jeder Stimmzettel ungültig sein, der nicht nach dieser einfachsten Regel ausgefüllt ist. Denn es gibt bekanntlich immer Leute, die in solchen Dingen ihren eigenen Kopf haben wollen. Deshalb ist bestimmt, daß die Hinzufügung von Namen, die auf keinem der eingereichten Wahlvorschläge stehen, unschädlich ist, wenn nur wenigstens ein Name aus einem der Wahlvorschläge auf dem Stimmzettel aufgeführt ist. Das Zuviel nützt also nichts, schadet aber auch nichts. Ungültig aber wird ein Stimmzettel, sobald Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen darauf stehen, oder nur solche, die in keinem Wahlvorschlag vorkommen. Denn für einen bestimmten Wahlvorschlag muß sich jeder Wähler entscheiden.

Es wird davor gewarnt, durch einen Zusatz etwa die Partei zu bezeichnen, welcher der Stimmzettel zugerechnet werden soll, weil eine solche Bezeichnung vielleicht von der Wahlprüfungskommission als ein unzulässiges Kennzeichen angesehen werden und daher zur Ungültigkeit des Stimmzettels führen könnte. Am besten beschränkt sich der Wähler darauf, den ersten oder einige wenige Namen eines bestimmten Wahlvorschlages ohne jeden Zusatz auf seinen Stimmzettel zu schreiben.

Dasselbe gilt auch für die Vervielfältigung der Stimmzettel durch die Parteien. Auch hier wird es sich empfehlen, sich auf den Aufdruck nur eines oder einiger weniger Namen des Wahlvorschlages zu beschränken. Würden die vorgedruckten Stimmzettel der Parteien sämtliche Namen der Vorschlagsliste enthalten, so ist, wie die Erfahrung bei früheren Verhältniswahlen zeigt, die Gefahr unehrlicher Machenschaften größer, als wenn der gedruckte Stimmzettel wenig Namen enthält. Es könnten zum Beispiel von böswilligen Gegnern Stimmzettel verteilt werden, die mit einem Wahlvorschlag gleichlautend beginnen, unter den vielen Namen aber einen Namen aus einem anderen Wahlvorschlag enthalten. Dies würde insbesondere bei den Landeswahlen, wo die Abgeordnetenzahl des Wahlkreises wesentlich größer als bei den Reichswahlen ist, von dem Wähler leicht übersehen werden, bei der Nachprüfung der Stimmzettel aber deren Ungültigkeit zur Folge haben. Nicht unzweckmäßig erscheint der Vorschlag, daß die Parteien bei der Drucklegung der Stimmzettel die örtlichen Interessen der einzelnen Stimmbezirke des Wahlkreises in der Weise berücksichtigen, daß jeweils ein bis drei Namen solcher Bewerber aufgedruckt werden, die den Wählern der betreffenden Gegend besonders bekannt sind.

*

* Ein Bund für unparteiische Erziehung zu politischer Betätigung (Landesgruppe Sachsen) hat sich hier in Dresden gebildet. In leichtfaßlichen Vorträgen sollen Frauen und Männer in Stadt und Land über die wichtigsten politischen Fragen streng sachlich, ohne jede Parteiagitation unterrichtet werden. Die Ausgabe von Broschüren soll die Arbeit vertiefen helfen. Die Tätigkeit soll nicht bloß vor Wahlen einsetzen, sondern dauernd fortgesetzt werden. Die Geschäftsstelle des Bundes befindet sich in Dresden, An der Kreuzkirche 1, I. Hier werden auch Mitgliederanmeldungen entgegengenommen und jede weitere Auskunft gern erteilt.

Theater, Konzerte, Vorträge.

* Mitteilungen der Sächsischen Landestheater. Wegen der erneuten Einschränkung des Straßenbahnverkehrs beginnt die Vorstellung im Opernhaus „Der fliegende Holländer" heute Dienstag bereits um 6 Uhr, Ende ¾9 Uhr. Im Schauspielhaus und auch im Opernhaus beginnen die Vorstellungen von heute nun täglich wieder um 6 Uhr, sofern nicht ein noch früherer Anfang ausdrücklich bekanntgegeben wird.

Schauspielhaus. Wegen Erkrankung Theodor Beckers hat Waldemar Staegemann, um die heutige Vorstellung von Schillers „Räubern" zu ermöglichen, die Rolle des Karl Mohr in letzter Stunde übernommen.

Sport.

Rasensport.

Fußball. Von den gestrigen Spielen endete das mit Spannung erwartete zwischen Dresdner Sportklub gegen Guts Muts unentschieden mit 1 : 1, nachdem Guts Muts bis zur Pause 1 : 0 errungen hatte. Ring siegte über Rasensport mit 3 : 0, Spielvereinigung über Sportlust mit 2 : 1. Brandenburg über Fußballklub 1893 mit 11 : 3, Sportverein spielte gegen Sportgemeinschaft unentschieden mit 1 : 1. Der Besuch war sehr zahlreich.

Volkswirtschaftliches.

Geldverkehr mit dem Ausland.

Aus vielfachen Beschwerden ist zu ersehen, daß in den beteiligten Kreisen noch nicht genügend bekannt geworden ist, daß ohne Genehmigung der Reichsbank deutsche Geldsorten und Banknoten bis auf weiteres nur im Betrage von 50 M täglich und bis zum Höchstbetrage von 150 M. monatlich über die Grenze ins Ausland mitgenommen oder verschickt werden dürfen. Für größere Beträge ist eine besondere Genehmigung der Reichsbank oder der Reichsbankstellen einzuholen. Es empfiehlt sich daher, vor Antritt einer Reise ins Ausland sich rechtzeitig entweder diese Genehmigung oder den nötigen Geldbetrag in ausländischer Währung zu beschaffen.

*

* Die **Dresdner Börse** war am Sonnabend auf den Aktienmärkten wieder sehr zurückhaltend, doch erhielt sich eine ziemlich feste Tendenz. Gesucht und teilweise etwas höher waren Rockstroh u. Schneider, Schubert u. Salzer, Sächs.-Böhm. Dampfschiff., Ernemann, Jürgensbrauerei, Deutsche Bierbr., Eßlinger, Deutsche Tonröhrenf., C. M. Hutschenreuther, Brockwitz Glasf., Strnewitzer Steinguß., Karl Teichert, Solbrig, Deutsche Kunstlederf., Linguerwerke und Bürker u. Knirsch. Deutsche Kognakbrennerei-Aktien lagen gedrückt. Der Anlagemarkt verkehrte bei gut behaupteten Kursen.

* **Neuwahl im Dresdner Börsenvorstand.** Für den aus Gesundheitsrücksichten als Vorstand der Börse zu Dresden zurücktretenden Kommerzienrat Konsul H. Mende wurde Bankier R. Mattersdorff, in Firma S. Mattersdorff-Dresden, zum Vorstand gewählt. Die Bankiers Kommerzienrat Mittasch, in Firma H. G. Läder-Dresden, und J. Heller, in Firma Philipp Elimeyer-Dresden, wurden zu stellvertretenden Mitgliedern des Vorstandes berufen.

* **Sächsische Automaten- und Türschließer-Akt.-Gesellsch., Dresden.** Die gestrige 12. ordentliche Hauptversammlung, der drei Aktionäre in Vertretung von 205 Stimmen beiwohnten, setzte den bei der Gesellschaftskasse und dem Bankhause Philipp Elimeyer sofort zahlbaren Gewinnanteil auf 5 % fest. Die satzungsgemäß aus dem Aufsichtsrate ausscheidenden Mitglieder wurden wiedergewählt.

h. **Prestowerke, Aktiengesellschaft in Chemnitz.** Die Hauptversammlung setzte den Gewinnanteil auf wieder 20 % fest. Die Verwaltung teilte auf Anfrage über die Lage des Unternehmens mit, daß dieses während des Krieges sehr gut vorwärts gekommen sei. Es sei so gewappnet, daß es mit Ruhe allem entgegensehen könne, was auch kommen möge.

h. **Horchwerke, Aktiengesellschaft in Zwickau.** Die Hauptversammlung setzte den Gewinnanteil auf 15 % fest und genehmigte die von der Verwaltung vorgeschlagene Kapitalserhöhung um 300 000 M. auf 3 300 000 M. zur Stärkung der Betriebsmittel. Die jungen Aktien, die für das laufende Geschäftsjahr dividendenberechtigt sind, werden vom Chemnitzer Bankverein zum Parikurse mit der Verpflichtung übernommen, sie den alten Aktionären zum gleichen Kurse im Verhältnis von 10 : 1 zum Bezuge anzubieten. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde Hr. Direktor Pilster von der Kommerz- und Diskontobank in Berlin.

Berlin, 4. Januar. **Börsenstimmungsbild.** Bei dem gestrigen niedrigen Kursstande zeigte sich kein weiteres Angebot an Ware. Anderseits war bei der herrschenden Unsicherheit bezüglich der Entwicklung der Verhältnisse nur geringe Unternehmungslust zu bemerken. Immerhin trat aber für einige gutfundierte Werte, so namentlich für chemische Papiere, einige Kauflust hervor, die die Kurse um einige Prozent hob. Am meisten zogen hieraus A.-G. für Anilinfabrikation und Höchster Farbwerke Nutzen, die 5 bez. 7 Proz. gewannen. Elektrizitätsaktien neigten zur Abschwächung. Hütten- und Bergwerksaktien waren im allgemeinen wenig verändert. Kleine Steigerungen hatten Bismarckhütte und Phönix aufzuweisen. Von Schiffahrtsaktien besserte sich Norddeutscher Lloyd etwas. Die Umsätze hielten sich meist in engen Grenzen. Am Anlagemarkt herrschte eine feste Haltung, besonders für 4 %ige deutsche Anleihen machte sich starker Begehr geltend, der auch zu Kursbesserungen führte. An der Börse erhielt sich die Festigkeit bis zum Schlusse. Man ist geneigt, die politische Lage etwas hoffnungsvoller anzusehen. Nur russische Werte waren abgeschwächt.

Berlin, 4. Januar. **Amtliche Devisenkurse.** Niederlande (für 100 Gulden): 340 G., 340½ Br., Dänemark (für 100 Krone G., 218 G., 218½ Br., Schweden (für 100 Kronen nord.): 240¼ G., 241¼ Br., Norwegen (für 100 Kronen nord.): 229¾ G., 230¼ Br., Helsingfors (für 100 finnische M.): 81¼ G., 81¾ B., Schweiz (für 100 Frcs.): 172¼ G., 172½ Br., Österreich-Ungarn (für 100 Kronen österr.): 53,20 G., 53,30 Br., Bulgarien (für 100 Leva): — G., — Br., Konstantinopel (für 1 Pfd. türk.): —.— G., —.— Br., Madrid und Barcelona (für 100 Peseta span.): 139 G., 140 Br.

*

Essen a. Rh., 4. Januar. In der Sitzung der Preiskommission des **Roheisenverbandes** wurde der **Verkaufspreis** für Januar 1919 festgesetzt und Preiserhöhungen von um durchschnittlich 85 M. beschlossen. Der Roheisenverband bemerkt hierzu, die bei einzelnen Roheisensorten wesentlich über die durchschnittliche Erhöhung hinausgehenden Preisaufschläge erklären sich dadurch, daß die bisherigen Höchstpreise nicht den Selbstkosten der einzelnen Sorten entsprechend festgesetzt waren. Im Interesse des deutschen Wirtschaftslebens wäre es dringend zu wünschen gewesen, wenn nach Beendigung des Krieges sofort mit einem normalen Abbau der Höchstpreise hätte begonnen werden können. Stattdessen haben leider sehr bedeutende Preisaufschläge eintreten müssen. Sie sind erforderlich geworden durch die erhebliche Verteuerung der Rohmaterialien, vor allem durch die großen Lohnerhöhungen und Preise durch die Einführung des Achtstundentages.

Letzte Nachrichten.

Wien, 6. Januar. Die Blätter melden aus Budapest: Gestern nachmittag erschien ein höherer französischer Offizier im Fohter Schloß bei Generalfeldmarschall Mackensen und teilte ihm mit, daß das Oberkommando des Verbandes beschlossen habe, ihn nach Saloniki zu überführen. Mackensen nahm die Nachricht mit großer Bestürzung auf und erklärte, der Gewalt weichen zu müssen. Mackensen wurde unter Bedeckung der französischen Kolonialsoldaten in einem Automobil nach Gödöllö gebracht, wo der Sonderzug bereit stand. 50 Kolonialsoldaten bestiegen mit Mackensen den Zug, der um 12 Uhr nachts nach Saloniki abging.

Wien, 6. Januar. In dem von den Tschechen besetzten Preßburg richtete das Tschechenkommando an alle Offiziere und Mannschaften der österreichisch-ungarischen Armee durch Maueranschlag die Aufforderung, sich in der Honvedkaserne zu versammeln. Es erschienen ungefähr 1000 Offiziere. Diesen wurde mitgeteilt, daß sie namens der tschechischen Republik verhaftet seien, und mit wenigen Ausnahmen wurden alle zur Eisenbahn gebracht und weggeführt.

Genf, 6. Januar. Am 14. Januar findet die Konferenz der vier verbündeten Großmächte statt, auf der die Grundlagen für den Präliminarfrieden festgelegt werden sollen.

Basel, 6. Januar. „Daily Telegraph" meldet aus Petersburg: Der „Pravda" zufolge steht die Entsendung weiterer bolschewistischer Führer nach Deutschland bevor, wo man vor dem Beginn des Entscheidungskampfes um die Macht stehe. Die „Pravda" behauptet ferner, daß Radek nicht auf dem Landwege, sondern mit Hilfe deutscher Matrosen nach Deutschland hereingekommen sei.

London, 6. Januar. Die „Times" meldet, daß der Premierminister an alle Minister das formelle Ersuchen gerichtet hat, ihm die Gesuche um Entlassung aus ihren gegenwärtigen Ämtern zu überreichen. Dies beweise, daß Lloyd George sein ganzes Kabinett ohne Rücksicht auf Persönlichkeit oder Parteiansprüche reformieren werde, was natürlich nicht besagen solle, daß keiner der früheren Minister wieder ernannt werden werde.

Gewerbehaus, Ostra-Allee.

Donnerstag, den 9. Januar 1919, abends 6 Uhr

Grosses Wohltätigkeitsfest

zum Besten der heimkehrenden Truppen.

Veranstaltet vom Truppen-Empfang dankbarer Frauen.

Ehrenvorsitz:

Se. Exz. Generaloberst v. Kirchbach,
Se. Exz. General der Inf. kom. General XII. A.-K. Krug v. Nidda,
Se. Exz. General der Inf. z. D. v. Wilsdorf,
Generalmajor Frhr. v. Falkenstein.

Mitwirkende:

Kammersängerin Julia Rahm-Rennebaum,
Paula Neumann-Roese,
Opernsänger Dr. Waldemar Staegemann,
Alfred Meyer, Alexander Wierth, } Sächs. Landestheater,
E. Klinger, Klaviervirtuos (am Flügel),
E. Seyfried (Violine).

Anfang 6 Uhr. Eintritt 2,30 M.

Nach dem Konzert findet **Ball** statt.

Karten-Vorverkauf:

Konzertdirektion Ries, Ringstrasse, Musikalienhandlung Reinicke (Brauer), Hauptstrasse, Musikalienhandlung Bock, Prager Strasse, Residenz-Kaufhaus, Prager Strasse. Mittwoch, den 8. und Donnerstag, den 9. Januar 1919, 11–2 Gewerbehaus. Telephonisch 19097.

162

Deutsche Demokratische Partei.

Mittwoch, den 8. Januar,
abends 7½ Uhr
im „Tivoli", Wettinerstraße

Oeffentliche Versammlung.

Redner:

Oberbürgermeister Dr. Külz, Zittau:

Deutschlands Gegenwart und Zukunft im Zeichen der Demokratie.

Nach dem Vortrag Aussprache.

Verein der Deutschen Demokratischen Partei für Dresden und Umgegend.
Ferdinandstraße 7.

161

Zweigbüro Dresden.

Suchen geeigneten Herrn hierfür.
Gefl. Angebote erbitten

Eisenbau Schiege A.-G.,
Paunsdorf-Leipzig.

Sächsische Staatszeitung

Einzelne Nummern 10 Pf.

in Dresden-A. in der Geschäftsstelle, Große Zwingerstraße 16.
bei A. E. Simon, Zigarren-Hdlg., Pillnitzer Straße Ecke Zirkusstraße 45.

Für die Dresdner Güterabfertigungsstellen gelten ab 2. Januar 1919 folgende Geschäftszeiten:

Werktags:

Annahme von Stückgütern 7 vorm. bis 12 mittags und 2 bis 5 nachm.

Ausgabe von Stückgütern 7 vorm. bis 12 mittags und 2 bis 6 nachm.

Sonn- und Festtags:

Annahme und **Ausgabe** von zoll- und steuerfreien Eilgütern 7 vorm. bis 12 mittags.

Zur Einlösung von Frachtbriefen zu Wagenladungsgütern sind die Kassenstellen an Werktagen von 7 vorm. bis 7 nachm. ununterbrochen geöffnet.

Dresden, am 2. Januar 1919. 126

Eisenbahn-Betriebsdirektionen Dresden-A. und Dresden-N.

Vom 1. Juli 1919 ab ist die Stelle des **Direktors der Bezirksanstalt des Bezirksverbandes Dresden-Neustadt** in **Leuben** zu besetzen. Neben freier Wohnung wird unter Inaussichtstellung laufender Kriegsteuerungszulage und unter ev. Anrechnung von Dienstjahren ein Gehalt von 3200 Mark, aller drei Jahre viermal um 400 Mark und zweimal um 300 Mark, bis höchstens 5400 Mark steigend, gewährt.

Gesuche nebst Lebenslauf und sonstigen Unterlagen sind bis spätestens 15. März 1919 bei der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt, Große Meißner Straße 15, einzureichen.

Dresden-Neustadt, den 3. Januar 1919. 127

Die Amtshauptmannschaft.

Das **Konkursverfahren** über das Nachlaßvermögen des Stickmaschinenbesitzers Curt Felix **Solbrig,** weiland in Rebesgrün, wird nach Abhaltung des Schlußtermins hierdurch **aufgehoben.**

Auerbach, den 31. Dezember 1918. 128

Das Amtsgericht.

In das Handelsregister ist eingetragen worden

am 28. Dezember 1918:

1. auf Blatt 5794, betr. die Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Firma **Grundstücks-Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Chemnitz: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Zu Liquidatoren sind bestellt der Kaufmann Max Richard Hauschild in Meerane und die Haustochter Jenny Priska Oehler in Blasewitz. Jeder Liquidator ist berechtigt, die Firma allein zu vertreten. Ihr Amt als Geschäftsführer hat sich erledigt;

am 31. Dezember 1918:

2. auf Blatt 7381: Die Firma **Robert Junghanns** in Draisdorf und der Mühlenvertreter Robert Junghanns in Heinersdorf als Inhaber. (Angegebener Geschäftszweig: Mühlenvertretung);

3. auf Blatt 5230, betr. die Firma **Trandermann & Co.** in Chemnitz: Prokura ist erteilt den Kaufleuten Heinrich Schmidt und Friedrich Oskar Reichel, beide in Chemnitz;

am 2. Januar 1919:

4. auf Blatt 302, betr. die offene Handelsgesellschaft in Firma **Friedrich Kircheisen** in Chemnitz: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Kaufmann Paul Horst Kircheisen ist ausgeschieden. Der Kaufmann Conrad Franz Kircheisen in Chemnitz führt das Handelsgeschäft und die Firma als Alleininhaber fort;

5. auf Blatt 7358, betr. die Kommanditgesellschaft in Firma **Dix & Co., Kommandit-Gesellschaft** in Chemnitz: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Es findet Liquidation statt. Zu Liquidatoren sind die Kaufleute Alfons Josef Kurt Dietzsiker und Johannes Karl Geiger, beide in Chemnitz, bestellt. Jeder kann die zur Liquidation gehörenden Handlungen allein vornehmen;

6. auf Blatt 4756, betr. die Firma **F. R. Lindner** in Siegmar: Der Kaufmann Max Reinhold Lindner in Siegmar ist als Inhaber ausgeschieden. Der Fabrikant Max Johannes Lindner in Siegmar ist Inhaber;

7. auf Blatt 4897, betr. die Firma **Carl Knauth** in Rabenstein: In das Handelsgeschäft ist als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten der Fabrikant Johannes August Pester in Rabenstein. Die Gesellschaft hat am 26. September 1918 begonnen;

8. auf Blatt 3931, betr. die Firma **Hugo Günther, Holzhandlung** in Chemnitz: Die Firma ist erloschen;

9. auf Blatt 5790, betr. die offene Handelsgesellschaft in Firma **Morgenstern & Ihle** in Chemnitz: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Max Emil Ihle ist ausgeschieden. Karl Ernst Morgenstern in Chemnitz führt das Handelsgeschäft und die Firma als Alleininhaber fort;

10. auf Blatt 6800, betr. die Firma **F. Otto Semmler** in Chemnitz: Prokura ist erteilt dem Geschäftsführer Friedrich Emil Semmler in Chemnitz. 129

Das Amtsgericht Chemnitz, Abt. E.

Auf Blatt 248 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Firma **Moritz Fuß** in Kreischa und als deren Inhaber der Kohlenhändler **Ernst Moritz Fuß** daselbst eingetragen worden. Angegebener Geschäftszweig: Handel mit Kohlen und Nutzholz.

Das Amtsgericht Pippoldiswalde, am 31. Dez. 1918. [130

Das **Konkursverfahren** über das Vermögen des Möbelfabrikanten **Karl Friedrich Wilhelm Fritzsche** in Potschappel, alleinigen Inhabers der Firma Fritzsche & Schubert in Potschappel, wird nach Abhaltung des Schlußtermins hierdurch **aufgehoben.**

Döhlen, den 3. Januar 1919. 131

Das Amtsgericht.

Von dem im Grundbuche nicht eingetragenen verlassenen **Abschlags- und Oberlaufsgraben der Kaitzbach** Nr. 2549 des Flurbuchs für die Stadt Dresden soll auf Antrag des Landwirts Moritz Fürchtegott **Riedel,** hier, Ferdinandplatz 1, ein 0,1 Ar großer Teil dem Grundstücke Blatt 574 des Grundbuchs für das vormalige Königliche Stadtgericht Dresden zugeschrieben werden.

Alle diejenigen, die das Eigentum an der bezeichneten Fläche, eine Beschränkung des Eigentümers in der Verfügung über diese, ein Vorkaufsrecht oder ein nicht in einer Grunddienstbarkeit bestehendes Recht in Anspruch nehmen, werden aufgefordert, ihre Rechte binnen 3 Monaten und spätestens bis zur Zuschreibung der Fläche zu dem bezeichneten Grundstücke des Antragstellers bei dem unterzeichneten Grundbuchamte anzumelden, widrigenfalls sie nach der Zuschreibung den öffentlichen Glauben des Grundbuchs gegen sich gelten zu lassen haben.

Dresden, den 30. Dezember 1918. 155

Das Amtsgericht, Abt. VII.

Auf Blatt 33 des Genossenschaftsregisters, betr. die Genossenschaft **Einkaufsgenossenschaft der Friseure zu Dresden und Umgebung eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht** in Dresden, ist heute unter anderem eingetragen worden:

Das Statut vom 1. September 1913 ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 8. Dezember 1918 hinsichtlich der Bestimmungen über den Gegenstand des Unternehmens (§ 1) geändert worden.

Gegenstand des Unternehmens ist der gemeinschaftliche Einkauf von Seifen, Parfümerien, Toiletteartikeln und allen Fachutensilien und Abgabe derselben an die Mitglieder oder deren Vertreter gegen Barzahlung.

Dresden, den 3. Januar 1919.

Amtsgericht, Abt. III. 166

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 14531: Die offene Handelsgesellschaft **W. Käfer & Co.** in Dresden. Gesellschafter sind der Kaufmann Otto Albert Kretzschmar in Striesen und der Betriebsleiter Emil Willy Käfer in Dresden. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1919 begonnen;

2. auf Blatt 3615 betr. die Firma **W. Breslauer** in Dresden: Der Inhaber **Wolf Breslauer** ist ausgeschieden. Das Handelsgeschäft und die Firma haben erworben die Geschäftsteilhaberin **Agathe Sophia Johanna** ledige **Zimmermann** in Dresden, die Geschäftsteilhaberin **Martha Gertrud** ledige **Großmann** in Dresden, der Fabrikbesitzer **Carl Albert Mauksch** in Großröhrsdorf und der Fabrikbesitzer **Kurt Alfred Mauksch** in Großröhrsdorf. Die hierdurch begründete offene Handelsgesellschaft hat am 1. Januar 1919 begonnen. Die Gesellschafter haften nicht für die im Betriebe des Geschäfts des bisherigen Inhabers begründeten Verbindlichkeiten, es gehen auch die in diesem Betriebe begründeten Forderungen nicht auf sie über. Die Gesellschaft wird vertreten durch eine der Gesellschafterinnen **Agathe Sophia Johanna Zimmermann** oder **Martha Gertrud Großmann** in Gemeinschaft mit einem der Gesellschafter **Carl Albert Mauksch** oder **Kurt Alfred Mauksch** oder dem Prokuristen **Alfred Emil Bergmann.** Die Firma lautet künftig: **W. Breslauer Nfg.** Prokura ist erteilt dem Kaufmann **Alfred Emil Bergmann** in Dresden. Er darf die Gesellschaft nur mit einer der Gesellschafterinnen **Zimmermann** oder **Großmann** vertreten;

3. auf Blatt 3176 betr. die Firma **Reinhardt Leupolt** in Dresden: Die dem Kaufmann **Paul Woldemar Held** erteilte Prokura ist erloschen. Gesamtprokura ist erteilt dem Kaufmann **Alfred Heinrich Karl Tauerschmidt** in Kemnitz bei Dresden. Er darf die Firma nur mit einem anderen Prokuristen vertreten;

4. auf Blatt 14307 betr. die Firma **Kurt Wilhelm** in Dresden: Prokura ist erteilt dem Buchhalter **Ernst Otto Wilhelm** in Dresden.

Dresden, den 4. Januar 1919. 167

Amtsgericht, Abt. III.

Auf Blatt 493 des hier geführten Handelsregisters ist am 27. Dezember 1918 die Firma **Hermann Schuppe** in Ebersbach und als deren Inhaber der Wagenfabrikant **Hermann Heinrich Schuppe** in Ebersbach eingetragen worden.

Angegebener Geschäftszweig: Wagenbauerei und Vertrieb der Wagen im großen und kleinen.

Ebersbach, am 30. Dezember 1918. 132

Das Amtsgericht.

Auf Blatt 101 des Handelsregisters, die Firma **Missionsagentur** betr., ist heute eingetragen worden, daß die Prokura des **Georg Oskar Schammer** erloschen ist.

Herrnhut, den 2. Januar 1919. 133

Amtsgericht.

Auf Blatt 58 des hiesigen Handelsregisters — offene Handelsgesellschaft in Firma **Jm. Weller** in Kirchberg — ist heute eingetragen worden: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Immanuel Gustav Weller ist ausgeschieden. **Gustav Walter Weller** führt das Handelsgeschäft und die Firma als Einzelkaufmann fort.

Kirchberg (Sachsen), den 2. Januar 1919. 134

Das Amtsgericht.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 107, die Firma **Friedrich Ernst Kirsten** in Hermsdorf betreffend: Die Firma ist erloschen;
2. auf Blatt 167, die Firma **Antonie Hahn, Holzsägewerk,** Inh. Carl Bäcker in Rosenthal-Schweizermühle: Die Firma ist erloschen;
3. auf Blatt 176, die Firma **Hans Parisius, Holzsägewerk Rosenthal-Schweizermühle,** in Rosenthal-Schweizermühle und der Apotheker **Hans Hermann Ludwig Adolf Parisius** daselbst als Inhaber;
4. auf Blat 177 die Firma **Holzpantoffel- und Holzwollefabrik Erich Kirsten** in Hermsdorf (Sächs. Schweiz) und der Fabrikant **Erich Kirsten** daselbst als Inhaber.

Königstein, den 28. Dezember 1918. 135

Das Amtsgericht.

Über das Vermögen des Kaufmanns **Karl August Wilhelm Schild** in Leipzig-Stötteritz, Naunhofer Straße 33, Inhabers der Koffer- und Lederwarenfabrik unter der Firma **Oswald Bache** in Leipzig, Windmühlenstraße 46, wird heute, am 2. Januar 1919, mittags ¼1 Uhr, das **Konkursverfahren** eröffnet. Verwalter: Rechtsanwalt Dr. Drescher in Leipzig. Anmeldefrist bis zum 20. Januar 1919. Wahl- und Prüfungstermin: am 4. Februar 1919 vormittags 11 Uhr. Offener Arrest mit Anzeigefrist bis zum 31. Januar 1919.

Amtsgericht Leipzig, Abt. IIA 1,
den 2. Januar 1919. 163

Auf Blatt 277 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Firma **Arno Ulbricht** in Olbernhau und als deren Inhaber der Kolonial- und Materialwarenhändler **Arno Romäo Ulbricht** daselbst eingetragen worden.

Angegebener Geschäftszweig: Handel mit Kolonial- und Materialwaren.

Olbernhau, den 2. Januar 1919. 136

Das Amtsgericht.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden

a) auf dem Blatte der Firma **Hamburg & Lange** in Plauen — Zweigniederlassung der in Leipzig bestehenden gleichnamigen Firma — Nr. 707: Die Firma ist erloschen;

b) auf dem Blatte der offenen Handelsgesellschaft **Schuster & Co.** in Plauen, Nr. 2860: Die Gesellschaft ist aufgelöst; **Franz Richard Valentin** und **Theodor Walther Tänzer** sind ausgeschieden; der Kaufmann **Otto Paul Schuster** in Plauen führt das Handelsgeschäft unter der bisherigen Firma allein fort; die Prokura der **Frieda Alma** verehel. **Schuster geb. Manl** ist erloschen.

Plauen, den 2. Januar 1919.

Das Amtsgericht. 169

In das Handelsregister ist heute eingetragen

a) auf dem Blatte der Firma **C. R. Fuchs** in Plauen Nr. 1332: **Carl Reinhardt Fuchs** ist ausgeschieden; der Kaufmann **William Fuchs** in Plauen ist Inhaber; er haftet nicht für die im Betriebe des Geschäfts begründeten Verbindlichkeiten des bisherigen Inhabers, es gehen auch nicht die in diesem Betriebe begründeten Forderungen auf ihn über;

b) auf dem Blatte der Firma **Georg Schüler** in Plauen Nr. 2041: Dem Konditormeister **Wilhelm Franz Friedrich Schüler** in Plauen ist Prokura erteilt.

Plauen, den 3. Januar 1919. 137

Das Amtsgericht.

Das **Konkursverfahren** über den Nachlaß des Kaufmanns **Emil Martin Schurig** in Großröhrsdorf wird nach Abhaltung des Schlußtermins hierdurch **aufgehoben.**

Pulsnitz, den 28. Dezember 1918. 138

Das Amtsgericht.

Auf Blatt 550 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Firma **Georg Schneider,** Fisch- u. Delikatessenhaus in Riesa, und als ihr Inhaber der Kaufmann **Karl Georg Schneider** in Riesa eingetragen worden.

Riesa, den 3. Januar 1919.

Das Amtsgericht. 139

Nach Rücknahme des Versteigerungsantrags wird das Verfahren zur Zwangsversteigerung der auf den Namen des Kaufmanns Clemens Hugo **Schedlich** eingetragenen Grundstücke Blatt 15, 16, 35, 36, 37 des Grundbuchs für Wendischfähre und Blatt 264 des Grundbuchs für Schandau sowie der auf

27. Februar 1919 vorm. 9 Uhr

anberaumte Versteigerungstermin **aufgehoben.** 140

Amtsgericht Schandau, am 24. Dezember 1918.

Das im Grundbuche für Reißig Blatt 58 auf den Namen des Maurermeisters Ernst Robert **Lorenz** in Plauen eingetragene Grundstück soll am

10. März 1919, vormittags 10 Uhr

im Gasthofe zu Reißig im Wege der Zwangsvollstreckung **versteigert** werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche (Nr. 351) 3,9 Ar groß und mit 150,73 Steuereinheiten belegt; es ist mit einem aus Keller-, Erd-, Ober- und Dachgeschoß bestehenden Wohnhause (Nr. 19 der Ortsliste; Versicherungssumme 20 000 M.) bebaut und auf 24 000 M geschätzt.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstücke sind, soweit sie am 17. August 1917 aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der das Verfahren betreibende Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, andernfalls werden diese Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt, und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Insbesondere bedürfen rückständige Hypothekenzinsen der Anmeldung.

Diejenigen, die ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, sonst tritt für das Recht an die Stelle des versteigerten Gegenstandes der Versteigerungserlös. — Za. 27/17 —.

Plauen, den 3. Januar 1919. 170

Das Amtsgericht.

Auf Blatt 69 des Handelsregisters für Taucha, betr. die Firma **H. Naumann,** ist heute eingetragen worden:

a) Der Inhaber Christian Friedrich Hermann Naumann ist ausgeschieden,

b) in das Handelsgeschäft sind eingetreten

Christiane Sophie Naumann geb. Seidel,
Martha Margarethe Naumann,
Karl Hermann Naumann.

Die Gesellschaft ist am 17. Februar 1918 errichtet worden.

Amtsgericht Taucha, den 21. Dezember 1918. 141

Das im Grundbuche für **Cienden** Blatt 25 auf den Namen des verstorbenen Handarbeiters **Karl Otto Krone** eingetragene Grundstück soll

am 1. März 1919, vormittags ½9 Uhr

an der Gerichtsstelle **im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Aufhebung einer Gemeinschaft versteigert werden.**

Das Grundstück — Nr. 369 und 373 des Flurbuchs — ist nach dem Flurbuche 23,8 Ar groß und auf 19 000 M. geschätzt. Es besteht aus einem in Thekla, Hauptstr. Nr. 74 gelegenen Wohngebäude mit Stall, Holzschuppen, Hofraum und Garten — Brandkasse: 8950 M. — Schätzungswert: 13 000 M., und einem in Thekla am Kirchweg gelegenen Gartengrundstück — 19,8 Ar — (Bauland), Schätzungswert: 6000 M.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstücke sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 11. Dezember 1918 verlautbarten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn die Antragstellerin widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche der Antragstellerin und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Amtsgericht Taucha, den 31. Dezember 1918. 142

Auf Blatt 210 des Handelsregisters, die Firma **Ernst Heintz** in Dorfhain betr., ist heute eingetragen worden, daß der Kaufmann Friedrich Ernst Heintz infolge Ablebens ausgeschieden und Frau Marie Louise verw. Heintz geb. Zschocke in Dorfhain Inhaberin ist. 143

Tharandt, den 28. Dezember 1918.

Das Amtsgericht.

Auf Blatt 321 des hiesigen Handelsregisters, die Firma **Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt Filiale Treuen** in Treuen, Zweigniederlassung der Aktiengesellschaft Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt in Leipzig betr., ist heute eingetragen worden:

Gesamtprokura ist erteilt dem Kaufmann **Walter Hellfritzsch** in Treuen.

Dieser ist berechtigt, die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt Filiale Treuen in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitgliede oder einem Prokuristen der Zweigniederlassung zu zeichnen.

Treuen, den 31. Dezember 1918. 171

Amtsgericht.

Auf Blatt 309 des hiesigen Handelsregisters ist heute das Erlöschen der daselbst eingetragenen Firma **Magnus Hessel** in Wurzen eingetragen worden. 144

Wurzen, den 1. Januar 1919.

Das Amtsgericht.

Offene Schuldirektorstelle.

Die **Schuldirektorstelle** an der hiesigen Volksschule ist möglichst bald wieder zu besetzen.

Es werden gewährt: **3600 M. Grundgehalt, 600 M. Wohnungsgeld** und die gesetzlichen Alters- und Teuerungszulagen. Die **Anrechnung auswärts verbrachter Dienstzeit wird in Aussicht gestellt.**

Die Befähigung zur Erteilung von englischem und französischem Sprachunterricht ist Bedingung.

Bewerbungen mit den erforderlichen Unterlagen sind bis zum **15. Januar 1919** bei dem unterzeichneten Gemeinderat einzureichen. Persönliche Vorstellung nur auf besondere Einladung.

Oberfrohna, am 5. Januar 1919. **Der Gemeinderat.**

158 Böhme, Gv.

Offene Lehrerstelle.

An den hiesigen Schulen ist eine

ständige Lehrerstelle

neu zu besetzen. Lehrer mit Begabung und Neigung für den **Zeichenunterricht** erhalten den Vorzug.

Das Anfangsgehalt beträgt 1600 Mark und steigt mit dem erfüllten 25. Lebensjahre auf 1750 Mark. Von da ab werden Alterszulagen gewährt, einmal in 2 Jahren 150 Mark, fünfmal in 3 Jahren je 200 Mark, einmal in 3 Jahren, zweimal in 2 Jahren und einmal in 1 Jahre je 100 Mark, sodaß mit dem vollendeten 51. Lebensjahre der Endgehalt mit 3300 Mark erreicht wird.

Außerdem werden gewährt für verheiratete Lehrer unter 35 Jahren 450 Mark, über 35 Jahre vom nächsten Kalenderjahre ab 560 Mark Wohnungsgeld jährlich. Für unverheiratete Lehrer beträgt das jährliche Wohnungsgeld 300 Mark. Schließlich werden Teuerungszulagen nach den staatlichen Grundsätzen bewilligt.

Bewerbungsgesuche mit Zeugnissen sind bis zum 28. Februar 1919 hier einzureichen. 145

Rodewisch, den 2. Januar 1919.

Der Gemeinderat.

SLUB
Wir führen Wissen.

Kohlenzuschlagskarten für Haushaltungen ohne Kochgasanschluß.

Auf Grund von § 28 der Bekanntmachung des Reichskohlenkommissars vom 30. März 1918 über die Brennstoffversorgung der Haushaltungen usw. wird folgendes angeordnet:

§ 1. **Zuschlagsberechtigte Haushaltungen.**

1. An Haushaltungen, die **nicht** über einen **betriebsfähigen Kochgasanschluß** verfügen, werden bei der Ausgabe der allgemeinen Lebensmittelkarten am 15. und 16. Januar 1919 auf Antrag **Kohlenzuschlagskarten** ausgegeben. Die Zuschlagskarten lauten über
   2 hl Kohlen (Stein-, Braunkohlen-, Industriebriketts) oder
   2 Ztr. Koks oder Anthrazit oder
   280 Stück Hausbrandbriketts oder
   200 „ Steinkohlenbriketts.
   Sie bestehen aus einer Stammkarte, einem Bezugsausweis und aus 8 Abschnitten, lautend über je ¼ hl Kohlen oder die entsprechenden Mengen Koks oder Anthrazit oder Briketts.
2. **Vorübergehende** Betriebsunfähigkeit einer bestehenden Kochgasanlage berechtigt **nicht** zur Entnahme einer Zuschlagskarte.
3. Haushaltungen, an die wegen des **Besitzes anrechenbarer Kohlenvorräte** Kohlenkarten der 5. Reihe (Dezember 1918 bis mit 31. März 1919) nicht ausgegeben worden sind, dürfen Zuschlagskarten **auf keinen Fall** entnehmen. Sie sind jedoch berechtigt, wenn sie keine betriebsfähige Kochgasanlage besitzen, in den Monaten Februar und März 1919 2 hl Kohlen oder die entsprechenden Mengen Koks oder Briketts von ihren Vorräten **mehr** zu verfeuern, als durch die Ratsbekanntmachung vom 30. November 1918 zum Verbrauch während der 5. Kohlenkartenreihe freigegeben worden sind.
4. An Untermieter werden Kohlenzuschlagskarten **nicht** verabfolgt.

§ 2. **Bescheinigungen des Hauswirts.**

Das Fehlen einer betriebsfertigen Kochgasanlage ist dem Brotvertrauensmann durch eine **Bescheinigung** des **Hauswirts** oder seines **Stellvertreters** nachzuweisen.

Zu der Bescheinigung dürfen nur die **amtlichen Vordrucke** verwendet werden. Sie sind bei den zuständigen Stadtbezirks-Inspektionen vom 10. Januar ab unentgeltlich zu entnehmen.

Die Brotvertrauensperson behält die Bescheinigungen inne. Ihre Richtigkeit wird amtlich nachgeprüft und die Ausstellung unrichtiger Bescheinigungen nach § 32 der Bekanntmachung des Reichskohlenkommissars vom 30. März 1918 bestraft.

§ 3. **Anmeldung und Belieferung der Kohlenzuschlagskarten.**

Die Kohlenzuschlagskarten sind tunlichst bei **dem** Händler zur Belieferung anzumelden, bei dem der Haushalt seine Kohlengrund- und Zusatzkarten der 5. Reihe angemeldet hat. Die Anmeldung hat bis **Sonnabend, den 25. Januar 1919** zu erfolgen. Über die Belieferung der Karten wird Näheres in der Bekanntmachung über den Kohlenverkehr im Februar bestimmt.

§ 4.

Im übrigen gelten für die Kohlenzuschlagskarten sinngemäß die Bestimmungen der Ratsbekanntmachung vom 30. Oktober 1918 über den Verkehr mit Hausbrandkohle, soweit sie sich auf Kohlengrundkarten beziehen. 156

Dresden, den 7. Januar 1919. Der Rat zu Dresden.

Schutzmannsstelle.

Bei der hiesigen Gemeindeverwaltung ist am 1. April 1919 die Stelle eines **Schutzmannes** zu besetzen.

Anfangsgehalt einschl. Bekleidungsgeld 1300 M. jährlich, außerdem Teuerungszulagen nach den für die Staatsbeamten bestehenden Bestimmungen. Die Stelle ist nach einem erfolgreichen Probedienst von einem Jahre pensionsberechtigt. Die Anstellung erfolgt gegen vierteljährliche Kündigung.

Bewerber, die nicht über 30 Jahre alt, gesund und mindestens 1,70 m groß sind, wollen Gesuche unter Beifügung eines Lebenslaufes, der Militärpapiere und Zeugnisabschriften bis zum 15. Februar 1919 einreichen. Die Stelle ist Militäranwärtern und Inhabern des Zivilversorgungsscheines vorbehalten.

Bewerber, die sich mit der Dressur und Führung von Polizeihunden bereits mit Erfolg befaßt haben, erhalten den Vorzug und gegebenenfalls Funktionszulage.

Auswärts im Polizeidienst verbrachte Dienstjahre können auf Ansuchen Anrechnung finden.

Rodewisch, den 2. Januar 1919. 146

Der Gemeindevorstand.

7-Zimmer-Wohnung,

hochherrschaftlich, inkl. Feuerung zu M 4000 **Nähe Stübelallee** per 1. 4. 19 **zu vermieten.** (160

Tagesanzeiger

Mittwoch, 8. Januar.

Landestheater.

Opernhaus.

Hänsel und Gretel. Anfang 6 Uhr.

Donnerstag: **Theophano.** Anfang 6 Uhr.

Schauspielhaus.

Iphigenie auf Tauris. Anfang 6 Uhr.

Donnerstag: Für die Dienstag-Abonnenten des 24. Dezemb.: **Kyritz-Pyritz.** Anfang 6 Uhr.

Albert-Theater.

Nachmittags ½3 Uhr (ermäßigte Preise): **Christinchens Märchenbuch.** Weihnachtsmärchen mit Musik und Tanz in fünf Bildern von Albert Ulrich von der Trenck. Ende ½6 Uhr. — Abends ½7 Uhr (gewöhnliche Preise): **Die beiden Leonoren.** Lustspiel von Paul Lindau.

Donnerstag: **Marys großes Herz.** Komödie in drei Akten von Korfiz Holm.

Residenztheater.

Nachmittags ½4 Uhr (ermäß. Preise): **Der Binsenmichel.** Märchen mit Gesang und Tanz in 8 Bildern (nach einer Komödie für Kinder von C. A. Görner), bearbeitet von Carl Witt. Musik von Friedrich Korolanyi. — Abends ½8 Uhr: **Drei alte Schachteln.** Operette in einem Vorspiel und drei Akten von Hermann Heller. Musik von Walter Kollo. Ende gegen 10 Uhr.

Donnerstag: **Ein Walzertraum.** Operette. Anfang ½8 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Centraltheater.

Wo die Lerche singt. Operette. Anfang ½8 Uhr.

Donnerstag: Dieselbe Vorstellung.

Viktoria-Theater.

Gastspiel Oifers Operettengesellschaft: **Liebe im Schnee.** Anfang 7 Uhr. Sonntags 3 und 7 Uhr.

Tymians Thalia-Theater.

Täglich Vorstellung. Anfang 7 Uhr. Sonntags drei Vorstellungen, 11, 3 und 7 Uhr.

U.-T.-Lichtspiele.

Carmen. Drama in 6 Akten. — Das schwarze Gespenst. Komödie in 1 Akt. — Naturaufnahme: Sommer in Jütland.

Frische, markenfreie **Suppen** Pfd. 2,70 bis 3,40.
Karl Bahnsen, Viktoriastr. 26.

Familiennachrichten.

Geboren: Ein Knabe: Hrn. Felddivisionspfarrer Siegfried Eggebrecht in Dresden.

Verlobt: Hr. Paul Miersch mit Frl. Lotte Humpisch in Dresden; Hr. Paul Gretschel in Sala bei Königsbrück mit Frl. Irma Thalaff in Buchholz-Friedewald; Hr. Seminaroberlehrer e. r. m. Erich Thielemann in Grimma mit Frl. Lottelies Sonnenberg in Freiberg; Hr. Karl Stenke in Blasewitz mit Frl. Katharina Seydel in Dresden; Hr. Erich Buchheim mit Frl. Gertrud Sommerschuh in Dresden; Hr. Robert Stöbe in Leipzig mit Frl. Grete Koppelt auf Weißer Hirsch; Hr. Fritz Stein mit Frl. Ließ Wilhelm in Dresden; Hr. Fred Katzer in Gröditz mit Frl. Maria-Ruth Hultzsch in Dresden; Hr. Hans Gerstne in Dresden mit Frl. Toni Schaps in Leipzig; Hr. Alexander Gröschel in Pirna mit Frl. Helene Schlade in Dresden; Hr. Oskar Bendel in Blasewitz mit Frl. Lieschen Kroker in Dresden; Hr. Prof. Dr. med. Karl v. Korff an der Universität Tübingen mit Frau Gertrud verw. Illgen in Leipzig; Hr. Forstmeister Georg Püschel mit Frl. Marianne Göße in Reinhardtsdorf; Hr. Dr. Kurt Herfurth mit Frl. Hildegard Hoffmann in Stahmeln; Hr. Dipl.-Ing. Walter Challian mit Frl. Gertrud Proessel in Chemnitz; Hr. Dipl.-Ing. Ewald Kretschmar mit Frl. Hildegard Grahl in Dresden-A.; Hr. Dr. jur. Hans Loose in Dresden mit Frl. Charlotte Wellner in Aue in Sachsen.

Vermählt: Hr. Realgymnasialoberlehrer Dr. Hans Krause mit Frl. Gertrud Erhardt in Döbeln; Hr. Alfred Boehm mit Frl. Erna Goldstein in Dresden; Hr. Dr. jur. Walter Lessing mit Frl. Anneliese Sack in Leipzig; Hr. Apotheker C. Alschweig mit Frl. Lili Herzing in Chemnitz.

Gestorben: Hr. Schlossermeister Ferd. Hermann Knobeloch in Dresden; Hr. Kommissionsrat Adolf Bernhard Canzler (78 J.) in Dresden; Hrn. Hch. Poggenburg in Dresden ein Sohn (Ehrhard); Hr. Privatus Eduard Riese (72 J.) in Dresden; Hr. Georg Oskar Köhler (59 J.) in Weinböhla; Hr. Feuerlöschinspektor a. D. Bernhard Steinhardt (78 J.) in Dresden; Hr. Privatus Hans Brunner (63 J.) in Kleinzschachwitz; Frau Anna Marie verw. Künzel geb. Schulze in Dresden; Frau Anna verw. Gräfe (85 J.) in Dresden; Frau Marie Stein geb. Wörn, Bahnbeamtenswitwe (63 J.) in Dresden; Frau Erna Jentsch geb. Schaale in Stadt Wehlen; Frau Constance Böckmann geb. Knoop (25 J.) in Dresden; Hr. Reinhold Kohl, privat. Hotelier (68 J.) in Dresden; Hr. Universitäts-Professor Geh. Ökonomierat Dr. Herm. Howard (71 J.) in Leipzig; Hr. Adolf Robert Thieme-Garmann, jurist. Stadtrat (68 J.) in Pirna; Hr. Landgerichtsrat Dr. Fritz König in Dresden; Hr. Stabsarzt d. L. Dr. med. Curt Georgi (44 J.) in Hütten bei Königstein; Hr. Rechnungsrat Ernst Henner Louis Thierbach in Dresden; Hr. Otto Curth, Musiker und Notist am Landestheater in Dresden; Hr. Carl Otto Laudel (57 J.) in Dresden; Frau verw. Oberfinanzrat Gertrud Donath geb. Mieg (54 J.) in Dresden; Hr. Alfred Kaven (30 J.) in Dresden; Frau Amalie verw. Meyer geb. Jahn (73 J.) in Dresden; Hrn. Arthur Baldauf in Dresden eine Tochter (Erika); Frl. Maddalena Bosco, Sprachlehrerin in Dresden.

Wasserstände der Elbe und Moldau.

	Budweis	Melnik	Leitmeritz	Aussig	Dresden		
6. Jan.	+ 20	+ 40	+ 118	+ 106	+ 111	+ 153	+ 8
7. Jan.	+ 12	+ 38	+ 112	+ 98	+ 101	+ 138	— 13

Seine Verlobung mit Fräulein **Marianne Göße,** Tochter des verstorbenen Seminardirektors Dr. phil. Woldemar Göße und dessen Gemahlin Frau Anna Göße geb. Strüver, beehrt sich anzuzeigen 153

Forstmeister **Georg Püschel.**

Reinhardtsdorf, Sächs. Schweiz, Neujahr 1919.

Statt besonderer Anzeige.

Nach Gottes Ratschluß verschied am 2. Januar plötzlich nach kurzer Krankheit meine heißgeliebte Frau

Sibylla von Kirchbach

geb. **Edle von der Planitz.**

Dresden-N., Kaiserstraße 6.

Im Namen aller Hinterbliebenen:

Arndt von Kirchbach,

Hauptmann im Generalstab.

Die Beisetzung hat in aller Stille stattgefunden. 165

Heute abend ½11 Uhr rief Gott, der Herr, unsere innigstgeliebte Tante

Fräulein

Therese von Stutterheim

im 93. Jahre ihres an Liebe so reichen Lebens durch einen sanften Tod zu sich in sein himmlisches Reich. 164

Dresden, Stolpener Str. 1, I, am 4. Januar 1919, **Weißig** am Raschütz und **Berlin-Lichterfelde.**

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen

Forstmeister **Curt von Egidy,**
Else von Egidy geb. von Egidy,
Elisabeth von Stutterheim,
Marie von Stutterheim.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 8. Januar, mittags 12 Uhr von der Sprechhalle des inneren Neustädter Kirchhofes in Dresden aus statt. 164

Freundlichst zugedachte Blumenspenden bitten wir beim Friedhofsmeister abgeben zu wollen.

Wie dem Regiment erst jetzt bekannt wurde, fand in den schweren Kämpfen bei Bapaume am 31. August 1918 bei erfolgreichem Gegenangriff den Heldentod der

Hauptmann d. Res.

Karl Schaeffer,

Kommandeur des III. Bataillons.

Seit Kriegsbeginn an allen Schlachten und Gefechten des Regiments beteiligt, ausgezeichnet durch seltene Pflichttreue, glänzende Tapferkeit und vorbildliche Kameradschaft, war er der Besten einer.

Am gleichen Tage wurde an der Spitze seines vorwärtsstürmenden Zuges schwer verwundet und erlag seinen Verletzungen im Lazarett der

Leutnant d. Res.

Karl Schlesier.

In Trauer, aber mit Stolz, gedenkt das Offz.-Korps dieser Helden und lieben Kameraden. Ihr Andenken ist mit der ruhmreichen Geschichte des Regiments eng und unlöslich verbunden.

Im Namen des Offz.-Korps des Schützen-Regiments Nr. 108

J. V.: 147

Graf Bitzthum,
Major, als Oberstlnt. beim Stabe.

Männer und Frauen Dresdens!

Die Wahlen der **Deutschen Nationalversammlung** stehen vor der Tür.

Worauf kommt es an? Nicht auf Programme, sondern auf

Persönlichkeiten,

die das Vertrauen aller Volkskreise verdienen. Stimmt daher für die Liste der

Deutschen Volkspartei

mit den Namen:

Dr. **Heinze,** Dresden — Dr. **Koch,** Dresden — Dr. Lotte **Schurig,** Dresden — Oberlehrer Paul **Sättler,** Dresden — Rich. **Otto,** Freiberg — Dr. **Bergemann,** Löbau, Sa. — Arbeitersekretär **Gey,** Dresden — Dr. **Böhm,** Meißen — Postsekretär **Herrmann,** Dresden — Dr. **Luther,** Dresden — Pfarrer **Keßler,** Dresden — Oberbürgermeister **Blüher,** Dresden.

Deutsche Volkspartei.

Beitrittserklärungen nimmt die Geschäftsstelle des Dresdner Reichsvereins der **Deutschen Volkspartei,** Reubahnstraße 32, entgegen. Sonderbeiträge zu den Wahlkosten auf das Konto der Deutschen Volkspartei bei der Mitteldeutschen Privatbank, Waisenhausstraße 21, erbeten. 148

Mitten aus rastloser, aufreibender Arbeit ist das Oberhaupt unserer Bezirksstadt, Mitglied des Bezirksausschusses, stellvertretender Vorsitzender der Bezirksversammlung und Vertreter des Bezirks im Kreisausschuß

Herr Bürgermeister Stark

heimgegangen.

Wir werden seinen Rat und seine treue Mitarbeit, die er in drei schweren Kriegsjahren dem Bezirke gewidmet hat, gerade jetzt bei den neuen Aufgaben, die an den Bezirk herantreten, besonders schmerzlich vermissen und ihm allezeit ein dankbares Andenken bewahren.

Pirna, am 6. Januar 1919. 157

Im Namen des Bezirksausschusses und der Bezirksversammlung der Amtshauptmannschaft Pirna

v. Thümmel, Amtshauptmann.

SLUB Wir führen Wissen.

Chronik der Zeit.

Monat Dezember.

25. Die Deutsche Waffenstillstandskommission übergibt in Spaa eine Note des Inhalts, daß den Elsaß-Lothringern, die das Land vor der Besetzung verlassen haben, freies Geleit zur Heimreise gewährt wird, um ihre Angelegenheiten zu ordnen und ihre Familien und ihre Habe aus Elsaß-Lothringen herauszubringen.

Präsident Wilson trifft auf seiner Reise zu den amerikanischen Truppen in Chaumont ein, wo er auf dem Rathause von den Behörden bewillkommnet wird.

Aus Anlaß des Weihnachtsfestes richtet Präsident Wilson folgende Botschaft an das Weiße Haus in Washington:

„Ich hoffe, daß es unsere Landsleute freuen wird, zu erfahren, daß ich ihre Kinder hier körperlich und moralisch bei guter Gesundheit angetroffen habe, und daß sie sich die Achtung aller derjenigen erworben haben, an deren Seiten sie mitten im Kriege standen, sowie das Vertrauen aller, wohin sie kommen. Ich bin auch sicher, daß sie sich ebenso über die Versicherung freuen werden, daß die öffentliche Meinung aller der großen Nationen, mit denen wir im Kriege assoziiert sind, energisch alle Vorschläge aufrechterhält, die auf einen gerechten und dauerhaften Frieden, sowie auf die enge Zusammenarbeit aller Völker der Welt abzielen, die sich selbst regieren und den Frieden festigen werden, sobald die schwebenden Vereinbarungen endgültig festgesetzt sein werden. Nichts vermag mehr unser Vertrauen an diesem Weihnachtstage zu befestigen als die Gefühle, denen ich begegne und die überall die Oberhand haben."

26. **Die Vorgänge, die in Berlin zur Straßenschlacht ausgeartet sind und durch das Vorgehen der Volksmarinedivision verursacht worden waren, schließen mit Verhandlungen zwischen der Regierung, die durch die Mitglieder des Zentralrats bzw. Vollzugsrats Cohen-Reuß, Richard Müller und Tost vertreten sind, und den Matrosen. Sie führen zu einem Abkommen, das, gewissenhaft gehalten, die Grundlage für festere Verhältnisse bilden soll.**

Der Vorstand des Mittelschlesischen Städtetages richtet folgendes Fernschreiben an die Reichsregierung:

Dem Vernehmen nach soll der Verband eine Abtrennung schlesischer Gebietsteile wie der Grafschaft Glatz und des Waldenburger Berglandes und ihre Einverleibung in den neu zu gründenden tschecho-slowakischen Staat beabsichtigen. Namens der dem Mittelschlesischen Städtetag angehörenden Städte dieser reindeutschen Gebiete protestieren wir energisch gegen eine etwaige Abtrennung und bitten, mit allen Mitteln dagegen zu wirken.

Wir erstatten die aus den Banken in Nordfrankreich in Verwahrung genommenen Werte, die sich auf annähernd sechs Milliarden belaufen, zurück.

Der ungarische Ministerrat beschließt die Ausschreibung der Wahlen für die gesetzgebende Nationalversammlung für die zweite Hälfte des Januar.

Präsident Wilson und Gemahlin treffen zum Besuche des englischen Königspaares in England ein. Sie werden in Dover von dem Herzog von Connaught und dem amerikanischen Botschafter Davis empfangen. Bei seiner Ankunft in London wird Präsident Wilson von der Bevölkerung lebhaft begrüßt und begibt sich zum Buckingham-Palast. Wilson erscheint auf dem Balkon, umgeben vom König, der Königin, Frau Wilson, Prinzessin Mary und dem Herzog von Connaught und dankt der Londoner Bevölkerung für seinen Empfang.

Der belgische Ministerrat nimmt unter dem Vorsitz des Königs die Wahlreformvorlage an, durch die das allgemeine Wahlrecht eingeführt wird.

Das neue portugiesische Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Vorsitz und Inneres: Tamagnind Barbosa, Krieg: Cortes Real, Marine: House Faro, Äußeres: Azevedai Reves.

27. In Dresden tagt in Anwesenheit der sechs Volksbeauftragten der Sächsische Landesrat der Arbeiter- und Soldatenräte unter dem Vorsitze von Seger (Unabh.). Nach einer Aussprache über den Bericht der Regierung vom 3. Dezember, zu welcher der Volksbeauftragte für das Ministerium des Innern und des Auswärtigen Lipinski (Unabh.) längere Ausführungen macht, werden u. a. folgende Beschlüsse gefaßt:

„Die Regierung wird beauftragt, die Wahl zur sächsischen verfassunggebenden Volkskammer auf den 19. Januar 1919 anzusetzen und die erlassene Verordnung der Regierung vom heutigen Tage entsprechend zu ändern."

„Der Landes-Arbeiter- und Soldatenrat bestellt einen Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte Sachsens, bestehend aus neun Personen, der 1. die Überwachung der sächsischen Regierung ausübt, dem 2. das Recht der Berufung und Abberufung der Volksbeauftragten für Sachsen zusteht, 3. die Befugnis hat, dann, wenn infolge von Stimmengleichheit im Ministerium keine Beschlüsse zustande gekommen sind, die Entscheidung zu fällen, falls es von einem Volksbeauftragten beantragt wird."

Die Vorgänge vor dem Berliner Schloß, verstärkt durch die Ereignisse der beiden Weihnachtsfeiertage, führen zu einer Regierungskrisis der Reichsregierung. Während des ganzen Tages wird zwischen den Volksbeauftragten und den außerhalb der Regierung stehenden Unabhängigen verhandelt.

Die Reichsregierung ordnet die Schaffung einer aus vier Mitgliedern bestehenden Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene an. Den Vorsitz führt der frühere Reichstagsabgeordnete Stücklen.

In Stuttgart versammelte Vertreter der Regierungen der süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg, Baden und Hessen kommen dahin überein, in Fragen des Lebensmittelbedarfs aus dem Auslande ein gemeinschaftliches Vorgehen anzustreben. Sie verlangen, daß ihnen Gelegenheit gegeben werde, an den bevorstehenden Verhandlungen mit Amerika von Anfang an durch eine gemeinschaftliche Vertretung innerhalb des Reiches teilzunehmen und durch ihre eigenen Einrichtungen zur Einfuhr von Lebensmitteln, Rohstoffen usw., sobald solche möglich ist, nach noch zu treffenden Vereinbarungen unmittelbar beteiligt zu werden.

Präsident Wilson hat im Buckingham-Palast eine zweistündige Unterredung mit Lloyd George und Balfour.

In Sofia und anderen Städten Bulgariens brechen bolschewistische Unruhen aus.

28. **Das Gesamtministerium erläßt eine Verordnung, wonach als vorläufige Vertretung des gesamten Volkes der Republik Sachsen eine Volkskammer gebildet wird, die aus 96 Abgeordneten besteht. Die Mitglieder der Volkskammer werden in allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt, die am 2. Februar stattzufinden hat.**

Die sozialdemokratische Partei reicht für die seitherigen neun ostsächsischen Reichstagswahlkreise, die nunmehr den 28. deutschen Verhältniswahlkreis bilden, einen Wahlvorschlag für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung an der zuständigen Stelle ein, der folgende Namen enthält: Dr. Georg Gradnauer, Schriftsteller, Dresden-A.; Wilhelm Buck, Arbeitersekretär und Stadtrat, Dresden-N.; Hermann Kahmann, Parteisekretär und Gemeindeältester, Potschappel; Ernestine Lutze, Hausfrau, Dresden-N.; Magnus Haack, Gewerkschaftsbeamter, Dresden-N.; Richard Schmidt, Schriftleiter, Meißen; Hermann Krätzig, Schriftleiter, Berlin; Edmund Fischer, Schriftsteller, Briesnitz b. Dresden; Karl Bethke, Parteisekretär, Freiberg; Hedwig Kurth, Hausfrau, Dresden-A.; Franz Holzapfel, Schriftleiter, Dresden-Strehlen; Viktor Brauns, Kaufmann und Stadtrat, Dresden-A.

Mit Rücksicht auf die Bedenken, die gegen den Erlaß der preußischen Regierung über den Religionsunterricht vom 29. November geltend gemacht worden sind, ordnet der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an, daß die Durchführung des Erlasses überall, wo sie auf ernste Schwierigkeiten stößt, bis zur Entscheidung durch die preußische Nationalversammlung zu unterbleiben hat.

In Posen erfolgen im Laufe des Vormittags mehrfach Zusammenstöße zwischen deutschen und polnischen Truppen. Abends begibt sich eine Vertretung der englischen Mission, bestehend aus dem Kommandanten Rawlings und polnischen Vertretern zum Generalkommando, um gegen die angeblichen Ausschreitungen zu protestieren. Der kommandierende General erklärt, daß er gegenüber den Soldaten machtlos sei. Auf weitere Bemerkungen über das Herunterholen der Fahnen der Verbandsmächte erklärt der General, daß man doch in Preußen sei, wo feindliche Fahnen nicht geduldet werden. Auf diese Antwort des Generals verlassen die englischen und polnischen Vertreter unter Abbruch der Verhandlungen das Generalkommando.

Die deutschen und polnischen Behörden unterzeichnen eine gemeinschaftliche Bekanntmachung, wonach über die Stadt Posen bis auf weiteres das Standrecht verhängt wird.

In weiteren Aussprachen der in Stuttgart zu einer gemeinsamen Tagung zusammengetretenen Regierungen von Baden, Bayern, Württemberg und Hessen wird einstimmig beschlossen, künftig gemeinsam hinzuwirken auf erstens Neueinrichtung des Deutschen Reiches auf bundesstaatlicher Grundlage, zweitens auf Schaffung einer aktionsfähigen Reichsregierung und Nationalversammlung, drittens auf schleunigste Herbeiführung des Friedens für das Deutsche Reich.

29. **Die Krisis in der Reichsregierung löst sich in der Weise, daß die Unabhängigen aus der Regierung ausscheiden. An ihrer Stelle treten Noske und Wissel in das Kabinett ein, das nunmehr nur noch aus fünf Volksbeauftragten besteht, da der sechste, Löbe-Breslau, eine Berufung ablehnt.**

Die Reichsregierung erläßt an das gesamte deutsche Volk einen Aufruf, in dem es heißt:

Die Unabhängigen sind aus der Regierung ausgeschieden. Die verbleibenden Mitglieder des Kabinetts haben dem Zentralrate ihre Mandate zur Verfügung gestellt, um ihm vollkommen freie Hand zu lassen. Einstimmig sind sie von ihm aufs neue bestätigt worden. Die Genossen Noske und Wissel sind auf einstimmigen Beschluß des Zentralrates an Stelle der ausgeschiedenen drei Unabhängigen getreten. Vorsitzende sind Ebert und Scheidemann. Der neue Freistaat ist unser aller Besitz. Helft ihn sichern. Auch an euch ist die Frage des Zentralrates gerichtet: Seid ihr bereit, die öffentliche Ruhe und Sicherheit gegen gewaltsame Eingriffe zu schützen? Ihr müßt diese Frage mit Ja beantworten. Die Reichsregierung bekennt sich ohne Einschränkung zu diesem Ja!

Im Münchner Landes-Soldatenrat entwickelt der Minister Auer in längeren Ausführungen die Gründe, die ihn zur Unterzeichnung des Aufrufes zur Gründung einer Bürgerwehr veranlaßt hätten. Von verschiedenen Seiten des Hauses wird das Vorgehen des Ministers Auer verurteilt und die Schaffung von Bürgerwehren mißbilligt.

Auf den Gruben des oberschlesischen Zentralkohlenreviers machen sich Bolschewismus und Anarchismus breit. Die Generaldirektoren und Direktoren werden zwangsweise in die Zechenhäuser gebracht und unter Bedrohung zur Gewährung unberechtigter Lohnforderungen gezwungen.

Der ungarische Staatssekretär des Auswärtigen Josef Diener-Denes tritt von seinem Amte zurück.

Die Verhandlungen zwischen den in Berlin weilenden litauischen Regierungsmitgliedern und der deutschen Regierung über Schutzmaßnahmen gegen die Bolschewistengefahr in Litauen führen zu dem Beschlusse, daß die Reichsregierung sich damit einverstanden erklärt, die litauischen Grenzen zu schützen, das bedrohte Wilna zu halten und die deutschen Truppen noch auf mehrere Monate im Lande zu belassen. Außerdem werden der Tarvba deutscherseits Waffen zur Organisierung einer bewaffneten Macht zur Verfügung gestellt werden.

Prinz Friedrich Karl teilt der finnischen Regierung durch Vermittlung der finnischen Gesandtschaft in Berlin mit, daß er endgültig auf die Krone Finnlands verzichtet.

Vicomte Grey wird an der Spitze einer Abordnung des Vereins für den Völkerbund vom Präsidenten Wilson in der amerikanischen Botschaft empfangen. Zur Abordnung werden gehören Vicomte Bryce, General Smuts und Prof. Gilbert Murray.

Die englischen Wahlen ergeben für die Koalitionsanhänger 5 293 976, für die Koalitionsgegner 4 090 699 Stimmen.

30. Die Demokratische Partei stellt für die bisherigen sächsischen Wahlkreise 1 bis 9 folgende Kandidaten auf: Staatsminister a. D. Nitzschke-Leutzsch, Buchdruckereibesitzer und Hauptschriftleiter Steinsdorff-Zittau, Oberbürgermeister Dr. Külz-Zittau, Frau Marie Stritt-Dresden, Prof. Dr. Kraft-Dresden, Vorsitzender des Gewerkvereins der Textilarbeiter Deutschlands Kurt Reichelt-Spremberg, Landwirt Zenner-Boiewitz, Pfarrer Kruspe-Meißen und Ministerialsekretär Schulze-Dresden. Der Name des letzteren wird auch auf der Liste der Deutsch-Nationalen Volkspartei erscheinen. Mit drei weiteren Kandidaten schweben noch Verhandlungen.

Staatssekretär Wurm erklärt sich mit den drei aus der Reichsregierung ausgeschiedenen Unabhängigen solidarisch und stellt sein Amt der Reichsregierung zur Verfügung. Auf Ersuchen der Regierung erklärt sich jedoch Hr. Wurm bereit, die Geschäfte des Reichsernährungsamtes bis zur Ernennung eines Nachfolgers weiterzuführen.

In Berlin findet die Reichskonferenz des Spartakusbundes statt. Eine Entschließung fordert auf, unter Lösung der Beziehungen zu anderen Parteien eine neue Partei zu gründen, die den Namen führen soll „Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands — Spartakusbund". Die Entschließung wird angenommen. Zum Schlusse erklärt der Vorsitzende, daß Mitglieder des russischen Sowjets anwesend seien. Genosse Radek werde die Versammlung im Namen der russischen Sowjets begrüßen. Radek richtet danach an die Versammlung eine Ansprache.

Im Zentral-Volksausschuß für Oberschlesien, der sich mit der Tschechen- und Polenfrage beschäftigt, gibt der Volksbeauftragte Landsberg namens der Reichsregierung eine Erklärung ab, daß die Regierung nicht gewillt sei, vor irgendeiner Nachbarnation, die etwa vor dem Friedenskongresse Gebiet, das zu Deutschland gehöre, wegzunehmen gewillt sei, zu kapitulieren, solange sie die Macht zum Widerstande habe. Die deutsche Ehre sei der Regierung heilig. Deutsches Land lasse sie sich nicht nehmen. Sie werde allen Übergriffen mit allen Machtmitteln entgegentreten. Kein Volk habe, nachdem der Waffenstillstand geschlossen worden sei, das Recht, den Krieg fortzusetzen und dem Friedenskongreß vorzugreifen.

Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet wird beigelegt. Die Belegschaften der Schachtanlagen Gewerkschaft Deutscher Kaiser, Lohberg, Rhein II fahren vollzählig an, ebenso die Belegschaften der Schachtanlagen Neumühl, Westend, Konkordia, Alstaden. Die Bergarbeiter der Schachtanlagen Gute Hoffnung-Hütte, Sterkrade, Hugo und Oberhausen streiken noch.

Der neue Staatssekretär des Äußeren Graf Brockdorff-Rantzau übernimmt die Geschäfte des Auswärtigen Amtes. Als Unterstaatssekretäre verbleiben Frhr. v. d. Busche und David in dem Amte, während Hr. v. Stumm voraussichtlich nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren wird.

Der deutsche Gesandte in Riga, der sich im Panzerzug in die vordersten deutschen Stellungen begibt, um sich über die Lage zu unterrichten und die Truppen zum Widerstand anzufeuern, trifft die schwachen Streitkräfte in einer so bedrohten Lage, daß ihm ein Halten der Stellungen am Hinzenberg unmöglich erscheint.

Der ungarische Ministerrat ernennt den Grafen Alexander Flatatics, Mitglied der Karolyipartei, zum Kriegsminister.

Das Übereinkommen zwischen Deutschland, Schweden und Finnland über die Zerstörung der Aalandsbefestigungen wird im schwedischen Ministerium des Äußeren von den Bevollmächtigten der beteiligten Staaten unterzeichnet.

Der amerikanische Marinesekretär Daniels setzt sich in der Marinekommission des Repräsentantenhauses für die Bewilligung des dreijährigen Flottenprogramms ein mit der Bestimmung, daß Wilson, wenn ein allgemeines internationales Abkommen zur Einschränkung der Rüstungen zustandekommen sollte, das Recht erhalten soll, die Einstellung der weiteren Bautätigkeit anzuordnen.

31. Der preußische Minister Stroebel erklärt zugleich im Auftrage von Dr. Breitscheid, Hofer und Simon in einer Mitteilung an den Zentralrat, auf dem Boden der Auffassungen zu stehen, die Barth, Dittmann und Haase zum Austritt aus Rat der Volksbeauftragten veranlaßt hätten, und ersucht demnach, um eine Klärung ihrer Stellung als preußische Minister herbeizuführen, und über ein weiteres Verbleiben im Amte schlüssig werden zu können, um eine Besprechung mit dem Zentralrat.

Die Verhandlungen der Berliner Regierungsvertreter mit den für die Streikbewegung in Oberschlesien ernannten Vertrauensleuten führen zu dem Ergebnis, daß die Arbeiter sich bereit erklären, die Arbeit am 2. Januar wieder aufzunehmen.

Die Schlichtungskommission des Vollzugsausschusses des Posener Arbeiter- und Soldatenrates und der kommandierende General v. Bock und Polach erlassen einen Korpsbefehl, in dem die bestimmte Erwartung ausgesprochen wird, daß zukünftig Zusammenstöße zwischen Soldaten deutscher und polnischer Abstammung vermieden werden. Dem Korpsbefehl ist eine Bekanntmachung beigefügt, daß sich seit dem 26. Dezember eine englische Mission, nach ihren Angaben im Einverständnis mit der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa, einige Tage in der Stadt aufhalte. Die Mission stehe unter dem Schutze des Völkerrechts und dürfe daher in keiner Weise angegriffen oder auch nur belästigt werden.

Die Städte Gnesen, Schrimm und Grätz geraten in polnische Hand.

In Darmstadt treffen 15 Eisenbahnwagen mit Lebensmitteln, besonders Konserven, Speck, Reis, Kaffee, Schokolade und Kakao aus den Vereinigten Staaten ein und werden an

SLUB
Wir führen Wissen.

die Kriegsbeschädigten und besonders die ärmere Bevölkerung verteilt.

Die deutschen Streitkräfte, die Eiserne Division, räumen ihre Stellungen bei Hinzenberg und ziehen sich auf die Jägerstellung zurück, die nur wenige Kilometer von Riga entfernt ist.

Die Engländer im Hafen von Riga fordern, daß die deutschen Truppen zum Schutze der Bevölkerung in Riga bleiben und drohen, Deutschland für alle Schäden und Verbrechen der Bolschewisten haftbar zu machen.

In Budapest treffen etwa 2000 Mann französische Truppen ein. Eine Abteilung von ungefähr 800 Franzosen zieht nach dem Schlosse des Grafen Karolyi, in dem Mackensen einquartiert ist. Dieser protestiert gegen das Vorhaben der französischen Truppen, da er sich der ungarischen Regierung zur Verfügung gestellt habe. Der Kommandant der französischen Truppen nimmt jedoch den Protest nicht zur Kenntnis, begibt sich zu Mackensen und teilt ihm mit, daß er auf höheren Befehl das Schloß besetzen und den Feldmarschall internieren müsse. Mackensen protestiert neuerdings. Diesen Protest lehnt der französische Offizier ab und erteilt seinen Leuten entsprechende Befehle. Mackensen wendet sich nunmehr an den Ministerpräsidenten um Schutz und Genugtuung, worauf sich dieser sofort mit dem Kriegsminister in Verbindung setzt.

Die Ministerkrise in Italien wird beendet. Bissolati wird durch den Revolutionär Barzilai ersetzt.

Die schwedische Regierung kündigt den zwischen Schweden und dem Deutschen Reiche am 2. Mai 1911 abgeschlossenen Handels- und Schiffahrtsvertrag. Der Vertrag tritt mit Beginn des Jahres 1920 außer Kraft. Die schwedische Regierung erklärt sich gleichzeitig bereit, in Verhandlungen wegen einer vorläufigen Regelung der Handelsverbindungen bis zum Abschlusse eines neuen Vertrages einzutreten.

Wissenschaft und Kunst.

Alberttheater. („Marys großes Herz" von Korfiz Holm.) Die im Jahre 1914 von Direktor Rensi im Interimstheater zuerst aufgeführte Komödie „Marys großes Herz" des Münchner Schriftstellers Korfiz Holm ist in den Spielplan des Albert-theaters aufgenommen worden. Sie erlebte am vergangenen Sonntag auf dieser Bühne ihre erste Aufführung. Der Eindruck, den das Werk bei seiner Wiederkehr nach Dresden machte, war nicht schlechter, aber auch nicht besser als seinerzeit im Interimstheater. Man erfreute sich wieder an dem feingeschliffenen Dialog des Stückes und belachte den geistvollen Spott, den Korfiz Holm an bestimmten Gesellschaftstypen übt; aber man beklagte anderseits von neuem den Mangel an Originalität der Handlung, die das Thema von der Liebesabenteuerlust einer Frau, die schon Großmutter ist, mit den sich hergebrachten, veralteten Mitteln schildert.

Das Werk wurde von den Künstlern des Albert-theaters zwar mit fleißiger Hingabe, aber wie es schien, ohne sonderliche Freude am Stoffe gespielt. Die Stimmung auf der Bühne war infolgedessen während des ganzen Abends sehr nüchtern; selbst Frau Olga Limburg, die sonst in allen Sätteln gerechte erste Salondame des Theaters, vermochte durch ihre Leistung die Zuschauer weder für die von ihr dargestellte Figur, noch überhaupt für das Werk des Münchner Dichters nachhaltig zu interessieren. W. Dgs.

Wissenschaft und Technik: Aus Leipzig wird uns geschrieben: Die Errichtung eines Lehrstuhles für zahnärztliche Materialienkunde an der Landesuniversität wird von den Studierenden der Zahnheilkunde gewünscht. Es ist bereits an der Universität Berlin für diese Disziplin vor kurzem ein neuer Lehrstuhl errichtet worden.

† Im Alter von 70 Jahren ist am 4. Januar in Leipzig nach kurzer Krankheit der Geh. Ökonomierat Professor Dr. Hermann Howard, außerordentlicher Professor des landwirtschaftlichen Rechnungswesens an der Landesuniversität, gestorben.

Literatur. Zur gewohnten Zeit hat sich auch diesmal die Jahresgabe der Goethe-Gesellschaft eingestellt. Sie steht in dem innigsten geistigen Zusammenhang mit der vorjährigen: denn beide Gaben beziehen sich auf Leben und Schaffen Johann Heinrich Meyers, des „Kunscht-Meyers", wie er scherzweise in den Weimarer Kreisen genannt wurde. Im vergangenen Jahre erschien der sehr inhaltsreiche Briefwechsel zwischen Goethe und seinem kunstbegeisterten Freunde und Mitarbeiter. Im diesjährigen Bande lernt man Johann Heinrich Meyer als schaffenden Künstler kennen. Aus den in den Weimarer Sammlungen mühselig herausgesuchten Resten hat Hans Wahl für die Mitglieder der Goethe-Gesellschaft zwölf Zeichnungen in einer Mappe vereinigt, die ein Bild von der künstlerischen Wesensart Meyers geben.

† Johanna Baltz, auch als Helene Busch bekannt, ist im Alter von 71 Jahren in Arnsberg gestorben. Sie stammt aus dem Lande der Annette v. Droste-Hülshoff und hat überaus zahlreiche Romane, Novellen, Märchen und Festspiele geschrieben, die fast alle getragen waren von der Liebe zum alten Deutschland der Hohenzollern.

Bildende Kunst. Ein neu entdecktes technisches Verfahren für monumentale und dekorative Pastellmalerei beschäftigt gegenwärtig die Fachkreise. Die „Technik" macht auf dieses Verfahren aufmerksam und nennt als seinen Entdecker Wilhelm Ostwald, der sich bereits seit vielen Jahren mit der Farbenlehre beschäftigt. Ostwald schlägt vor, als Malgrund Aluminiumblech zu verwenden, als Farbe empfiehlt er gewöhnliche Pastellstifte, zum Fixieren nimmt er Borax und Kasein, Milcheiweiß in alkoholischer Lösung, zum Härten dient ihm Formol. Zum Schlusse soll das ganze Bild mit Paraffin eingerieben werden. Um das Schimmeln zu verhüten, will Ostwald essigsaure Tonerde verwenden. Diese Technik soll weiterbeständige Bilder ergeben; falls der durch die Kohlefeuerung bedingte Schwefeldioxydgehalt der Luft die Farben verändert, könnte man diese Veränderung etwa durch Auswahl ganz bestimmter Farben ausgleichen.

Musik. Aus Leipzig wird uns von unserem oo-Mitarbeiter geschrieben: Auch ohne den notorischen Mangel an modernen Spielopern und ohne das Aufgebot von tatenfrohem Lokalpatriotismus ist die Neubelebung der von Otto Lohse vor etwa drei Jahrzehnten geschaffenen dreiaktigen komischen Oper „Der Prinz wider Willen" willkommen zu heißen und der sensationelle Erfolg, mit dem das reizvolle Werk am Sonnabend von dem ausverkauften Hause begrüßt wurde, berechtigt zu nennen. Als unlängst bei der Feier des 60. Geburtstages des Leipziger Operndirektors durch die Aufführung eines Bruchstückes seines Jugendwerkes die Aufmerksamkeit auf diese heitere Schöpfung gelenkt ward, wurde die Neugier, der ganzen Oper zu begegnen, rege, und dieser Wunsch ward nun unter der temperamentstrotzenden Leitung des Komponisten und der Hilfe der von Dr. Ernst Lert besorgten stimmungsgerechten Inszenierung vollinhaltlich erfüllt. In der Lohseschen Tonsprache, die den feinfühligen Techniker an allen Ecken und Enden erkennen läßt und durch ihren perlenden Rhythmus der erforderlichen Stimmung stets rasch den Weg ebnet, besticht neben vielen kleinen charakteristischen Motiven eine überraschende Fülle einschmeichelnder oder doch unterhaltsamer Melodien, deren Verarbeitung in geschlossener Form der Text vielfach erheischte. Diese von Rudolf Seuberlich gelieferte Dichtung geht in dem Streben nach anregenden Situationen erheblich über das Ziel hinaus, also daß der Titelheld, ein armer Edelmann, der für seinen Freund, den Prinzen, dessen Rolle spielen muß, aber trotzdem zu seiner kleinen Braut und zu dem Testament gelangt, um das ihn der Klerus gern betrügen möchte, fast erstickt wird durch die lyrische Mitteilsamkeit des wirklichen Prinzen, das Liebesgeplänkel des geschmeidigen anderen Liebespaares, des nach bekannten Vorbildern geschaffenen eifersüchtigen Bürgermeisters und durch die umfangreichen Volksszenen. Um die Wiedergabe des durch etliche Striche wahrscheinlich noch wirksamer werdenden Werkes machten sich in den dankbaren Hauptrollen neben den Damen Schreiber, Hansen-Schultheß, Schulz-Dornburg vornehmlich Hr. Kaposi als Prinz wider Willen, Hr. Lißmann als liebeslustiger Trabant und Hr. Müller als Bürgermeister verdient. Hr. Prof. Lohse mußte als Komponist und als Dirigent über eine imponierende Fülle von Ovationen quittieren.

Theater. † Aus Frankfurt a. M. wird gemeldet: Dr. Georg J. Plotke, der Dramaturg der städtischen Bühnen, ist im Alter von 30 Jahren gestorben. Plotke war ein beweglicher Literat, der Gedichtbände, Novellen, theatergeschichtliche Untersuchungen veröffentlichte und mit der Herausgabe des Briefwechsels Heyse-Storm ein wertvolles Buch schuf.

Tanzabend. Fiamette Hilbegarde, die gestern ihre Tänze zeigte, kann ihre Herkunft vom Ballett nicht verleugnen. Mag sie ihre Tänze auch plastisch, orientalisch oder modern nennen, jeder Schritt, jede Bewegung, jede Haltung verrät die alte Schule, die einst unsere Väter entzückte, der wir aber mit wesentlich kühlerem Herzen gegenüberstehen. Ihre Tanzkunst ist vollendet ausgebildete, virtuos beherrschte Technik mit all ihren Vorzügen und Mängeln. Auf der einen Seite elastischer Sprung, elegante Spitzenkunst, geschmeidige Pirouetten, rhythmisch disziplinierter Körper, auf der anderen die Bewegung zur Pose erstarrt, typische Gesten, leeres Lächeln. Wir bewundern wohl die Überwindung des Körperhaften, aber es fehlt nur die Seele, der Mensch selbst. Unter diesen Voraussetzungen wird man Hildegardens Kunst anerkennen können, und sie selbst sollte mit dem Pfunde allein wuchern, das ihr gegeben ist. Ihre Kunst bedarf des Gazeröckchens, um zu wirken; je mehr sie sich davon entfernt, um so mehr büßt sie an Eigenart ein. Die Rokoko- und Biedermeiertänze hinterließen daher einen farbigen Eindruck, und der ungarische Kostümtanz nach Liszts zweiter Ungarischer Rhapsodie steht etwa an der Grenze dessen, was die Künstlerin zu leisten vermag. Was darüber hinaus liegt, ist nur ein Aneignen fremder Elemente, ohne sie innerlich zu verarbeiten. Wohl besticht in dem Schlangentanz nach Delibes noch die Gewandtheit des Körpers, aber die anderen zeigten, daß Hildegarde von den Bestrebungen der letzten zehn Jahre, die Tanzkunst neu zu beleben, indem man den beseelten Menschen in den Vordergrund rückte, kaum berührt worden ist. Es kann eben niemand über seinen eignen Schatten springen. Prof. Karl Pretzsch bewährte sich wie immer als gewandter Begleiter. Brt.

Theater, Konzerte, Vorträge.

* Mitteilung aus der Kanzlei des Albert-theaters Infolge der Einschränkung des Straßenbahnverkehrs beginnen von jetzt die Nachmittagsvorstellungen um ½3 Uhr, die Abendvorstellungen um ½7 Uhr, sodaß den Besuchern des Theaters in jedem einzelnen Falle ein Straßenbahnanschluß nach Schluß der Vorstellung gewährleistet ist. Heute abend Possenabend, zum ersten Male: Guten Morgen, Herr Fischer, Posse mit Gesang von W. Friedrich, Musik von Ed. Stiegmann. Besetzung: Dr. Hippe — Fritz Kreinke, Aurora — Anne Schönstedt, Klara — Annie Schäfer, Fischer aus Havelberg — Otto Meyer, Amandus — Gustav Rothe a. G., Guste — Marie-luise Nebuschka. Spielleitung: Max Reiß. Hierauf: Das Fest der Handwerker in der Originalbesetzung des 31. Dezember. — Morgen Mittwoch findet die letzte Aufführung von „Die beiden Leonoren" vor dem Urlaub von Frau Limburg statt. Übrige Besetzung: Lotte Klein, Franz Stein, Adalbert Ulrici, August Weber.

* Infolge der Betriebsbeschränkung der Straßenbahnen beginnt der Kammermusikabend der Herren Striegler-Reimer-Rokohl-Schilling am Donnerstag schon um 7 Uhr.

Mannigfaltiges.

Dresden, 7. Januar.

* Der Dresdner Bürgerrat hat, um den zahlreichen aus allen Volkskreisen an ihn herantretenden Wünschen zu entsprechen, es nochmals unternommen, für die bevorstehenden Nationalwahlen eine Verbindung aller bürgerlichen Listen herbeizuführen. Die Verhandlungen sind aussichtsreich. Auch die demokratische Partei hat sich bereit erklärt, ihren Anschluß zu erwägen und bis heute eine endgültige Entscheidung hierüber zu treffen.

* Die Firma A. M. Eckstein u. Söhne, Fabrik türkischer Zigaretten, hat dem Verein Heimatdank für die Stadt Dresden aus Anlaß des 75jährigen Geschäftsjubiläums eine Spende von 6000 M. überwiesen.

* Die Deutsche Volkspartei hielt am Sonnabend im Vereinshause unter Vorsitz des Herrn Oberlandesgerichtsrat Dr. Gutmann eine öffentliche Versammlung ab. Redner des Abends war Se. Exzellenz Hr. Staatsminister a. D. Dr. Heinze. Er bezeichnete es als seine Absicht, eine Anzahl konkreter Fragen zu erörtern, von deren Lösung mehr oder weniger die Zukunft unseres Vaterlandes abhänge. Er ging aus von den Vorgängen unmittelbar vor Abschluß des Waffenstillstandes. Nur durch Zusammenfassen aller Kräfte, durch ein alles durchströmendes Nationalgefühl hätte das deutsche Volk vor dem jetzt bevorstehenden verhängnisvollen Frieden bewahrt werden können. Schwere Fehler seien in dem alten System begangen worden, aber keineswegs sei der frühere Autoritätsstaat so morsch gewesen, wie es jetzt allgemein behauptet werde. Der schwerste Fehler sei der gewesen, daß wir seit Jahrzehnten eines hervorragenden Führers entbehrt hätten. Dann erklärte der Hr. Redner, daß er und seine Partei sich voll auf den Boden der neuen Ordnung der Dinge stelle. Aber auch in dem demokratischen Staate müsse das Nationalgefühl die oberste Richtschnur sein. Auch seine Grundlage müsse auf Ordnung und gesicherter Macht und einer richtigen Verteilung der Kräfte beruhen. Aber diese Gesichtspunkte gälten bisher nicht in dem neuen Staate. Durch Verschwendung der Kräfte und Stellung ungeeigneter Personen an leitende Stellen werde eine ungeheure Verwirrung im Staate angerichtet. Der Hr. Redner zeigte dies an Beispielen. Viel bedenklicher sei aber, daß man von dem Bewußtsein, der Staat sei Macht, jetzt vollständig entfernt sei. Die Regierung des Deutschen Reichs laufe tatsächlich auseinander in die sich oft widersprechende Regiererei einer Anzahl von Arbeiter- und Soldatenratsrepubliken. Wie lasse sich aber die Macht eines Staats behaupten ohne ein zuverlässiges Heer, das der Staatsgewalt Folge leiste? Unser Heer befinde sich aber leider in vollständiger Auflösung und Tatenlosigkeit. Dieses bedürfe aber auch eines zuverlässigen Offizierkorps, das die nötige Achtung genieße. Aber Bestimmungen wie die der Einfügung von roten Streifen um die Achselklappen bedeuteten nur ihre Demütigung. Unsere Regierung sei zu zaghaft in der Ausübung ihrer Macht. Das zeige die Anwesenheit des russischen Revolutionärs Radek in Berlin, das Vordringen der Tschechen und der Polen. Die Angst vor der Gegenrevolution lähme wohl weit die Arme unserer leitenden Männer. Auch fürchteten sich unsere jetzigen Machthaber vor Führern. Einem wahrhaft bedeutenden Führer werde Redner und seine Partei sich zu jeder Zeit anschließen, und wenn er ein Sozialdemokrat wäre. Besonders groß sei der Mangel an Nationalgefühl. Wir verzehrten uns augenblicklich in innerem Hader, der jedes Nationalgefühl schwäche. In diesem Sinne erwähnte der Hr. Redner auch die Loslösungsbestrebungen deutscher Landesteile vom Reiche. Starkes deutsches Nationalgefühl müsse auch unsere Unterhändler beim Friedensschlusse leiten. Näher als die Völkerbundsfrage liege uns die Geltung als Nationalstaat. Unsere Hoffnung beruhe nicht mehr auf unserer einstigen Machtstellung, sondern einzig und allein auf dem Gerechtigkeitsgefühl, das den Kreis der Völker, namentlich Amerika, beherrsche. Aber das Ansehen des Präsidenten Wilson habe durch Niederwerfung unsrer Macht wesentlich Einbuße erlitten. Auf alle Fälle werde er aber nur für einen Staat seine Stimme in die Wagschale werfen, der noch die Achtung vor sich selbst habe. Wir könnten auf einen Frieden nur dann hoffen, wenn wir im Innern Ordnung halten, unser Heer wieder aufrichten und unser Nationalgefühl und unseren Stolz in erneuter Weise zur Geltung bringen. Es liege an uns allen, daß Deutschland nicht untergehe. Jeder von uns müsse von einem deutschen Nationalgefühl durchglüht und davon überzeugt sein, daß ein machtvoller deutscher Staat notwendig sei. Langanhaltender lebhafter Beifall folgte den Ausführungen des Redners. An zweiter Stelle sollte Frl. Dr. Lotte Schurig sprechen. Sie war verhindert. In der auf den Vortrag Dr. Heinzes folgenden Aussprache wurde u. a. der Mangel an Zusammenfassung der bürgerlichen Parteien beklagt. Die Forderung des Redners nach Stärkung des deutschen Nationalgefühls wurde allgemein unterstrichen. Ein Deutschböhme bat unter dem Beifall der Versammlung nur solche Männer in die Nationalversammlung zu wählen, die für den Anschluß Deutschböhmens und Deutschösterreichs an Deutschland eintreten.

* Die Deutsche Demokratische Partei, unter Leitung des Hrn. Justizrat Lehmann, hielt vorgestern im Zirkus Sarrasani eine öffentliche Versammlung ab. Dieser teilte zunächst mit, daß die in die Presse gelangte Mitteilung des Bürgerrats, die Deutsche Demokratische Partei werde am 7. Januar das Ergebnis ihrer Entscheidung über die verbundenen Listen der Bürgerschaft mitteilen, nicht richtig sei. Erst müsse der Landesvorstand der Partei seine Genehmigung erteilen. Zunächst sprach Frau Maria Stritt über „Frauenforderungen in dem neuen Volksstaat". Sie ging zunächst kurz auf die Geschichte der deutschen Frauenbewegung ein. Erst die Revolution habe durch die Erteilung der bürgerlichen und Staatsrechte den Boden für die wahre Demokratie geschaffen. Von den bürgerlichen Parteien erfülle nur die Deutsche Demokratische Partei die Forderungen der Frauen nach einer vollen Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne restlos. Alle idealen und praktischen Forderungen der Frau seien letzten Endes nur die aus den demokratischen Idealen gezogenen Konsequenzen. Die Rednerin ging dann im einzelnen auf diese Forderungen ein. An erster Stelle erwähnte sie die Forderungen für Ehe und Familie im Sinne der vollen Gleichberechtigung von Mann und Frau, ferner die Änderung der gesetzlichen Bestimmungen über uneheliche Kinder und deren Mütter, über Prostitution, Geschlechtskrankheiten, obligatorische geschlechtliche Aufklärung durch die Schule. Sie wünschte weiter unter anderem eine umfassende durchgreifende Wohnungspolitik und Wohnungsfürsorge, Gesundheitsfürsorge für Säuglinge, Kinder und Jugendliche, Kampf gegen den Alkohol, Arbeiterinnenschutz, Abschaffung der veralteten einzelstaatlichen Gesindeordnungen, was ja in Sachsen und wohl auch anderswo geschehen ist, Einführung der Mutterschaftsversicherung, Zulassung der Frau zu Gemeinde- und anderen Verwaltungsämtern und zu Arbeitsnachweisstellen, Erschließung aller Berufsbildung für die Frau. Das Wort: „Freie Bahn allen Tüchtigen" müsse auch für diese gelten. Daher Forderung der obligatorischen Fortbildungs-

schule auch für die Mädchen, gemeinsamer Unterricht beider Geschlechter, Verstärkung des weiblichen Einflusses bei der Leitung des Mädchenschulwesens. Über allen Forderungen müsse fortan stehen, daß auch in den Beziehungen der Völker das Recht und nicht mehr die Gewalt entscheide. Entwicklungsfreiheit, dauernder Friede und höhere sittliche Rechte seien die letzten und äußersten Forderungen der Frau. Hierauf sprach Staatsminister a. D. Nitzschke über: „Die Deutsche Demokratische Partei und ihre Ziele". Noch niemals habe ein Volk vor soviel ungelösten Aufgaben gestanden wie gegenwärtig das deutsche Volk und noch niemals soviel beschränkte Mittel zur Lösung dieser Aufgaben gehabt. Da könne nur die Freiheit helfen. Die Sicherung und Festigung dieser Freiheit sei das Ziel der Deutschen Demokratischen Partei. Aus diesem Grunde sei sie gegen die Herrschaft einer Klasse, trete ein für Deutschlands Recht als Nation und bekämpfe die wirtschaftliche Vergewaltigung nach außen und innen. Aber nicht Willkür, nur Gesetz könne uns Freiheit geben. Der Hr. Redner kennzeichnete dann die Forderungen seiner Partei im einzelnen, so in bezug auf die Landwirtschaft, Freiheit des wirtschaftlichen Lebens, die auf die Tatkraft des Einzelnen, die Persönlichkeit gegründet sein müsse, Aufrechterhaltung eines starken Mittelstandes, Ausartung und Auswüchse des Kapitalismus, Trennung von Staat und Kirche, Ausbau des öffentlichen Bildungswesens, politische Freiheit für Lehrer und Beamte, Einführung eines neuen modernen Beamtenrechts, Privatangestelltenfürsorge, auswärtige Politik. Die Deutsche Demokratische Partei habe den ernsten und unerschütterlichen Willen, das deutsche Volk einer freien und glücklichen Zukunft entgegenzuführen. Am 19. Januar müsse die Reaktion eine deutliche Absage erhalten, aber die internationale rote Fahne müsse heruntergeholt werden und an ihre Stelle die schwarz-rot-goldenen Farben des freien demokratischen Volksstaates hoffentlich für alle Zeiten aufgezogen werden. In der Aussprache, die auf die vom lebhaften Beifall der Versammlung belohnten Reden folgte, äußerte sich Hr. Staatsminister a. D. Fräßdorf über das Verhalten der sozialdemokratischen Partei bei der Revolution, über die gegenwärtige Regierung und die Nationalversammlung, das Frauenwahlrecht, das ein Werk der deutschen Sozialdemokratie sei, die Sozialisierung von Betrieben, die Mittelstandsfrage, Kriegsverletztenfürsorge, ungerechtfertigte Ausstände, Stellung seiner Partei zur Kirche. Hr. Syndikus Lißke wandte sich gegen ein von der deutsch-nationalen Partei verbreitetes Flugblatt und äußerte sich zur Listenverbindung. Hr. Prof. Kraft sprach für die Einigkeit im deutschen Volke. Nach einem Schlußwort des Hrn. Ministers a. D. Nitzschke wurde die Versammlung geschlossen.

* Gestern hielt im Vereinshause die Deutsche Demokratische Partei wieder eine öffentliche Versammlung ab. Zunächst sprach Hr. Prof. Dr. Gehrig über „Die nationalen Ziele der deutschen Demokratie". Der Hr. Redner kennzeichnete die Deutsche Demokratische Partei als eine nationale Partei und wies dabei den Vorwurf zurück, daß sie für den internationalen Kapitalismus eintrete. Er betonte dann die Notwendigkeit der Abwehr der Angriffe der Polen auf unsere Ostprovinzen und sprach die Hoffnung aus, daß unser Nationalheld Hindenburg seine Kräfte zur Lösung dieser Aufgabe zur Verfügung stellen werde. Als weitere Ziele der Deutschen Demokratischen Partei bezeichnete der Redner die Errichtung eines freien Rechtsstaates ohne Anwendung von Gewaltpolitik, nationale Bildung zur Erzielung einer nationalen Kultur, die das ganze Volk durchdringt, politische Schulung und staatsbürgerliche Erziehung, klare Scheidung der Befugnisse von Staat und Kirche bei Gewährung des religiösen Unterrichts, Ermöglichung eines guten Familienlebens für alle Volksgenossen, Lösung der Wohnungsfrage, Bildung einer deutschen Nationalwirtschaft. Dagegen sei die Demokratische Partei nicht für eine allgemeine Vergesellschaftung der Betriebe, weil dadurch eine deutsche Nationalwirtschaft unmöglich gemacht werde. Die Deutsche Demokratische Partei trete aber für eine teilweise Verstaatlichung der Betriebe ein, soweit dies eine Ertrags- und Produktivitätssteigerung verspreche. Sie tue es auch deswegen, weil dies zur Tilgung unserer Schuldenlast geschehen müsse. Aber z. B. Übertragung des Außenhandels an die Bureaukratie würde Redner für ein Unglück halten. Notwendig sei dagegen die Verstaatlichung monopoartiger Betriebe, z. B. des Bergbaus. Als weitere Beispiele der Berechtigung und Notwendigkeit der Sozialisierung der Betriebe erwähnte der Redner u. a. das Versicherungs- und Hypothekenbankwesen. Aber für das Privatunternehmertum als dem Pionier des Wirtschaftslebens bleibe noch ein weites Betätigungsfeld. Den Millionen von Arbeitern könne nur Beschäftigung gegeben werden, wenn den Privatunternehmern Raum im Wirtschaftsleben gelassen werde. Bei wahlloser Sozialisierung würden wir zugrunde gehen. Das Privatunternehmertum werde sich aber bewußt zu bleiben haben, daß es sein Interesse auch mit dem Dienste für die Allgemeinheit zu verbinden habe. Allen im deutschen Volke müsse aber wieder die Arbeit zur Freude werden. An zweiter Stelle sprach Hr. Gützow. Er beleuchtete und bestätigte die theoretischen Ausführungen der Vorredner vom Standpunkte des freien praktischen Kaufmanns aus.

* Infolge weiterer Stockung der Kohlenzufuhr und nachdem die Vorräte der hiesigen Kraftwerke nahezu erschöpft sind, ist eine abermalige Einschränkung des Straßenbahnbetriebes unvermeidlich geworden. Seit heute wird demzufolge der Betrieb im ganzen Stadtnetz, der Loschwitzer Bergbahnen und der Vorortlinien werktags nur in der Zeit bis 8 Uhr vorm. und von nachm. 5 Uhr bis abends 9 Uhr durchgeführt. Lediglich auf der Vorortlinie Habsburger Straße — Deuben — Cossmannsdorf bleibt der Verkehr in bisheriger Weise aufrechterhalten. Die Nachtwagen kommen gleichzeitig in Wegfall. Die Wagen verkehren in diesen Zeiten nur in planmäßigen Zwischenzeiten, also ohne jede Verstärkung des Betriebes durch Sonderwagen. Die verkehrenden Wagen werden daher eine sehr starke Besetzung finden, und allen Personen, denen an einem pünktlichen Eintreffen an der Arbeitsstätte gelegen ist, ist dringend anzuraten, wesentlich früher als sonst von zu Hause wegzugehen, da nicht damit zu rechnen ist, daß jedermann mit dem ersten eintreffenden Wagen Fortkommen findet. Zeitfahrkarten und Arbeiterwochenkarten, die unter diesen Beschränkungen für den Inhaber nicht mehr benutzbar sind, können an die Kasse der Straßenbahn im alten Rathaus I. Geschoß zurückgegeben werden. Der anteilige Wert für die vorausbezahlte Zeit, bei Arbeiterkarten der Einkaufspreis abzüglich des tarifmäßigen Fahrgeldes für ausgeführte Fahrten wird dafür erstattet. Während der Betriebsbeschränkung verkaufte Karten werden nicht zurückgekauft.

* In der morgen, Mittwoch, nachmittag zwischen 2 und 3 Uhr stattfindenden Führung durch die Gemäldegalerie zum Besten des Vereins Heimatdank für die Stadt Dresden wird die Schriftstellerin Frl. Schlender die italienische Abteilung besprechen.

* Der Verein für deutsche Frauenkleidung und Frauenkultur hält nächsten Donnerstag von 4 bis 6 Uhr nachmittags eine Auskunftssitzung im Künstlerhause ab. Um 7 Uhr abends findet die Hauptversammlung (nur für Mitglieder) statt.

* Morgen, Mittwoch, abends ½8 Uhr, veranstaltet die Deutsche Demokratische Partei im Tivoli, Wettinerstraße, eine öffentliche Versammlung, in der Oberbürgermeister Dr. Külz-Zittau über „Deutschlands Gegenwart und Zukunft im Zeichen der Demokratie" sprechen wird. Nach dem Vortrag findet Aussprache statt.

* Im Hinblick auf die großen Vorteile, die das Bestehen der Gesellenprüfung bietet, wird den Eltern, Vormündern und Pflegern von Handwerkslehrlingen dringend empfohlen, ihre Schutzbefohlenen zur Ablegung dieser Prüfung anzuhalten. Auch die Lehrherren und Innungen werden darauf hingewiesen, daß ihnen gesetzlich die gleiche Pflicht gegen ihre auslernenden Lehrlinge obliegt. Die Lehrlinge, deren Lehrherren einer Innung angehören, haben ihre Gesellenprüfung vor dem Prüfungsausschusse dieser Innung abzulegen, vorausgesetzt, daß diese das Recht zur Abnahme der Gesellenprüfung in dem betreffenden Handwerke besitzt. Die anderen Lehrlinge haben, wenn sie sich zur Gesellenprüfung melden, ein selbstverfaßtes und eigenhändig geschriebenes Gesuch bei der zuständigen Gewerbekammer (im Bezirk der Kreishauptmannschaft Dresden bei der Gewerbekammer Dresden) einzureichen. Diesem Gesuche sind beizufügen 1. ein vom Lehrling ebenfalls selbstverfaßter und eigenhändig geschriebener Lebenslauf; 2. die Bescheinigung des Lehrherrn, daß und wie lange der Lehrling bei ihm in der Lehre steht, oder, wenn die Lehrzeit bereits beendet ist, das auf Grund von § 127e der Gewerbeordnung auszustellende Lehrzeugnis bez. der Lehrbrief; 3. die Zeugnisse der Fortbildungsschule oder einer sonstigen gewerblichen Bildungsanstalt, die der Gesuchsteller besucht hat; 4. die Prüfungsgebühr (im allgemeinen 10 M.; Prüflinge im Mechaniker-, Optiker- oder Elektroinstallateurhandwerk, sowie Prüflinge, die in Betrieben beschäftigt werden, deren Inhaber nicht zu der Gewerbekammer beitragspflichtig sind, haben 15 M. zu zahlen); 5. Vorschläge für das Gesellenstück nebst der Zustimmungserklärung des Lehrherrn. — Zur Prüfung für nächste Ostern sind die Zulassungsgesuche nebst den erforderlichen Unterlagen und der Prüfungsgebühr spätestens bis Ende Januar einzureichen.

Aus Sachsen.

Durch Beraubung von Heereslagern und unrechtmäßige Veräußerung sind große Mengen Uniformstoff, ganze Uniformen, Mäntel, Stiefel, Wäsche usw. in den Besitz Privater übergegangen. Über diese unrechtmäßig erworbenen Bekleidungsstücke der Heeresverwaltung sagt das Reichsverwertungsamt in seiner heutigen Anzeige: „Sie schänden den Träger und den deutschen Namen." Dem kann nur beigetreten werden. Die Ablieferung bei den zuständigen Behörden ist daher Ehrensache.

•

Zugeinschränkungen und Änderungen.

Von heute, Dienstag, an treten folgende Fahrplanänderungen ein:

Linie Dresden—Görlitz:

Es fallen aus die Züge: vorm. 11,51 von Löbau nach Dresden Hbf., nachm. 2,46 von Dresden Hbf. nach Görlitz, nachm. 1,22 von Dresden Hbf. nach Bischofswerda, abends 7,03 von Görlitz bis Bischofswerda, nachm. 1,40 von Arnsdorf nach Dresden Hbf., nachm. 2,34 von Dresden Hbf. nach Arnsdorf, nachm. 5,37 von Dresden Hbf. bis Arnsdorf. Dagegen verkehrt wieder der Personenzug mittags 12,20 von Dresden Hbf. nach Görlitz. Der abends 7,50 von Dresden Hbf. nach Görlitz fahrende Personenzug wird später gelegt und zwar: ab Dresden Hbf. nachm. 8,44, ab Dresden-N. 8,59, in Görlitz nachts 12,05.

Linie Pirna—Arnsdorf:

Die Züge abends 8,40 von Pirna nach Arnsdorf und 9,44 von Arnsdorf nach Pirna fallen aus.

Linie Pirna—Großcotta:

Der Personenverkehr wird ganz eingestellt.

Linie Weißig-Bühlau—Dürröhrsdorf:

Die Züge mittags 12,51 von Dürröhrsdorf nach Weißig-Bühlau und nachm. 2,06 von Weißig-Bühlau nach Dürröhrsdorf fallen aus.

Linie Pirna—Gottleuba:

Der Fahrplan gestaltet sich künftig wie folgt: Tägliche Züge: vorm. 6,45 und abends 6,23 von Gottleuba nach Pirna, vorm. 8,05 und abends 7,45 von Pirna nach Gottleuba, außerdem an Werktagen: vorm. 10,05 von Gottleuba nach Pirna und nachm. 1,40 von Pirna nach Gottleuba.

Linie Dresden—Bodenbach/Tetschen:

Es fallen aus die Züge: früh 6,05 und nachm. 1,07 von Dresden Hbf. nach Bodenbach/Tetschen, nachm. 4,45 von Dresden Hbf. bis Pirna, vorm 8,28 und nachm. 5,10 von Pirna nach Dresden, nachm. 4,11 von Bodenbach/Tetschen nach Dresden. Der Zug vorm. 11,40 ab Bodenbach/Tetschen nach Dresden verkehrt nur noch werktags. Der jetzt 4,44 früh ab Dresden Hbf. nach Pirna verkehrende Vorortzug wird schon 4,16 früh in Dresden Hbf. abgefertigt und täglich bis Schandau und an Sonn- und Festtagen bis Bodenbach gefahren. Außerdem wird im Anschluß an den Zug 7,52 vorm. ab Dresden Hbf. nach Pirna an Werktagen eine Fahrgelegenheit vorm. 8,47 ab Pirna nach Bodenbach geschaffen.

Der Personenzug vorm. 7,24 ab Schandau nach Pirna wird künftig schon vorm. 6,35 von Schandau abgelassen (Ankunft Pirna 7,20), Weiterfahrt nach Dresden wie bisher 8,03. An Sonn- und Festtagen erhält dieser Zug Verbindung von Bodenbach mit Abfahrt dort früh 5,15.

•

(M. J.) Die oberste Heeresleitung regt an, ordnungsmäßig Entlassene bei der Anstellung in Staats- und Privatbetrieben den nicht ordnungsmäßig Entlassenen vorzuziehen. Es kann erwartet werden, daß dieser Anregung wie von den Staatsbetrieben, so auch von den privaten Unternehmungen entsprochen werden wird. Ebenso werden wohl alle Arbeitgeber bereit sein, für die zuletzt heimkehrenden Kämpfer unter allen Umständen Arbeitsgelegenheiten offenzuhalten. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, eine Pflicht der Dankbarkeit diesen bis zuletzt in treuester Pflichterfüllung ausharrenden Getreuen gegenüber, daß in dieser Weise für ihre Zukunft gesorgt wird. Es sind die Besten und die Zuverlässigsten, die auch im Friedensberuf sich voll und ganz bewähren werden.

* Es wird uns geschrieben: Schon lange geht das Gerücht und wird neuerdings auch durch die Presse verbreitet, daß neutrale und sogar Staaten, die mit uns im Kriege standen, sich bemühen, deutsche Offiziere für ihre Dienste anzuwerben. Ob da nicht manchem Gegner der Offiziere die Augen aufgehen, wenn er sieht, wie die militärischen Führer des besiegten Volkes vom Neutralen oder vom Feinde bewertet werden? Vielleicht ist es aber für das deutsche Volk auch eine Mahnung, diesen Strömungen nicht durch Entehrung und Entrechtung der Offiziere im eigenen Lande Vorschub zu leisten. Wertvolles Material für Nation und Staatswesen ginge verloren. Kein Volk, auch nicht in der Republik, wird auf Männer verzichten können, die so wesentlich zu seiner früheren Größe beigetragen und ihrem Lande bis zu den schwersten Tagen die Treue gehalten haben. Friedrich der Große hat nicht zum geringsten mit vertriebenen Hugenotten den Aufschwung Preußens begründet. Hüten wir uns, daß nicht unter dem Druck unwürdiger Daseinsbedingungen deutsche Hugenotten anderen Ländern ihre Kraft zur Verfügung zu stellen gezwungen werden.

(M. J.) Der Mangel an Zahlungsmitteln ist in den letzten Wochen durch Maßnahmen der Reichsbank, der Gemeinden und der Kommunalverbände und verschiedener Großbetriebe der Industrie und des Bankwesens zwar etwas herabgemindert, aber keineswegs behoben worden. Eine durchgreifende und nachhaltige Besserung der jetzigen Zustände kann nur durch eine tatkräftige Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs erreicht werden. Auf diesem Gebiete ist in den letzten Jahren zwar viel, aber bei weitem noch nicht genug geschehen. Jedes diesem Zwecke dienende Mittel muß mit größter Energie gehandhabt und gefördert werden. Namentlich die Kreise der Bevölkerung, die in bestimmten Zeitabschnitten größere Geldzahlungen erhalten und diese alsdann zur Bezahlung ihrer Gläubiger verwenden, müssen unbedingt sich dem bargeldlosen Zahlungsverkehr anschließen, indem sie sich ein Girokonto bei einer Bank, bei dem Giroverbande der sächsischen Gemeinden oder ein Postscheckkonto anlegen lassen. Sie werden sehr bald gewahr werden, daß eine solche Maßregel zu ihrem eigenen Besten ist, indem sie Sicherheit gegen Diebstahl erlangen, Zeit und Porto sparen oder eine Verzinsung sonst brachliegender Gelder gewinnen. Ein solches Vorgehen wird sicherlich auch beispielgebend für andere Kreise der Bevölkerung wirken. Demgemäß werden Hausbesitzer, Hypothekengläubiger, Ärzte, Rechtsanwälte, Kaufleute und Angehörige anderer Erwerbszweige, die mit größeren Einnahmen und Ausgaben zu rechnen haben, dringend aufgefordert, sich in der oben geschilderten Weise dem bargeldlosen Zahlungsverkehr anzuschließen und auf ihren Geschäftsbriefen anzugeben, wo sie ein Konto besitzen oder welche Nummer ihr Postscheckkonto trägt, damit ihre Schuldner in die Lage versetzt werden, ihre Schulden an sie im Wege des bargeldlosen Zahlungsverkehrs zu begleichen. Das Arbeits- und Wirtschaftsministerium hofft, daß es nur dieser Aufforderung bedarf, um die beteiligten Kreise zu einer Maßregel zu bewegen, die in gleicher Weise ihrem eigenen Vorteile wie dem der Allgemeinheit dient.

(H. D.) Die „Heimatdank-Nachrichten" vom 1. Januar enthalten u. a.: Richtlinien der Stiftung Heimatdank für Unterbringung Schwerbeschädigter und Verordnung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums vom 31. Dezember v. J. betreffend Arbeitsfürsorge für die schwerbeschädigten Arbeiter in Industrie und Handwerk, Grundsätze für die Durchführung der Kriegsinvalidenfürsorge, Weiteres über Geschäftsführerbesprechungen der Kreisverbände Heimatdank, über Gewährung von Vorschüssen bei verzögerter Auszahlung der Teuerungszulagen, über Unterstützung bei Verzögerung der Rentenzahlung an Kriegerhinterbliebene.

•

w. Leipzig, 6. Januar. Vom Schwurgericht Glogau ist am 27. November der Fabrikarbeiter Paul Haase wegen Mordes zum Tode verurteilt worden. Auf seine Revision hob heute das Reichsgericht das Urteil wegen eines prozessualen Verstoßes auf und verwies die Angelegenheit an das Schwurgericht zurück.

sk. Leipzig, 6. Januar. Am vergangenen Freitag mittag ist an dem 25jährigen ledigen Kaufmann Stiedling in seinem am Dittrichring gelegenen Geschäftslokal, in dem er einen Handel mit chemischen Artikeln betrieb, ein Raubmord verübt worden. Der Mörder hat seinem Opfer mit einem kantigen Instrumente das Schädeldach zertrümmert und dem Ermordeten 25 000 M. in bar und ein Bankbuch über 2000 M. geraubt. Als Täter kommt ein etwa 25 Jahre alter, elegant gekleideter Mensch in Frage, der am Morgen des Mordtages am Tatorte erschienen und von mehreren Personen gesehen worden war. Auf die Ermittelung des Mörders ist eine Belohnung von 1500 M. gesetzt worden.

— Am 4. Januar wurden hier über 20 000 Arbeitslose gezählt. Von diesen sind mehr als 6000 gewerkschaftlich organisiert und 13 900 beim städtischen Arbeitsmarkt eingetragen.

— Wie in Berlin, so droht auch hier ein Kellnerstreik auszubrechen. Die Gastwirtsangestellten haben an die Gastwirte eine Aufforderung gerichtet, sich innerhalb drei Tagen darüber zu erklären, ob sie den Berliner Mindesttarif als Entlohnung einführen wollen. Andernfalls soll der Streik ausgerufen werden. Nach dem Berliner Tarife werden gefordert: für Oberkellner für die Woche 150 M., Obersaalkellner 125 M.,

SLUB
Wir führen Wissen.

1. Zimmerkellner 90 M., 2. Zimmerkellner 80 M., Restaurant- und Cafékellner 90 M. usw. Bei Angestellten ohne Sprachkenntnisse: für Oberkellner für die Woche 125 M., 1. Zimmerkellner 80 M., 2. Zimmerkellner 75 M., Saalkellner 60 M., Restaurant- und Cafékellner und Zapfer 80 M., Kellner unter 18 Jahren 50 M., Hoteldiener 75 bez. 60 M.

—d. Freiberg. In dankbarer Anerkennung der großen Verdienste, die sich Hr. Kammerrat Braun während seines langjährigen gemeinnützigen Wirkens als Mitglied der städtischen Kollegien, denen er 37 Jahre als Stadtverordneter und Stadtrat angehörte, wie auch um unser Feuerlöschwesen und die Entwicklung der Freiwilligen Turnerfeuerwehr erworben hat, haben Rat und Stadtverordnete einmütig beschlossen, Hrn. Kammerrat Stadtrat Moritz Braun das Ehrenbürgerrecht zu verleihen.

— Das Bergamt Freiberg konnte am 3. Januar auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken.

—d. Olbernhau. Ein um das Wohl unserer Stadt hochverdienter Mitbürger, Hr. Bankier Louis Anton Seyfert ist nach kurzer Krankheit im Alter von 80 Jahren gestorben. Im vorigen Jahre verkaufte er sein in hoher Blüte und großem Ansehen stehendes Bankgeschäft an die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt.

— Infolge des Kohlenmangels hat der Rat der Stadt beschlossen, die Gaslieferung von früh 8 bis nachmittags 4 Uhr zu sperren.

—d. Glauchau. Bei den hiesigen Schulen ist seit heute die durchgehende Unterrichtszeit infolge des Kohlenmangels eingeführt worden.

hl. Waldheim. Hier fand eine vom Gutsbesitzer Schneider aus Grünlichtenberg, einem Nachbarorte, einberufene Versammlung von Stadt- und Landbewohnern statt, deren Zweck es war, eine Vereinigung zu schaffen, in der Landwirte und Bürger Gelegenheit zur Anbahnung freundnachbarlicher und wirtschaftlicher Beziehung finden. Mit dem alten Gegensatz zwischen Stadt und Land soll endlich einmal aufgeräumt werden. Alle Anwesenden erklärten sich mit der Gründung dieser neuen Vereinigung, die den Namen „Waldheimer Börse" führen soll, einverstanden. An den wöchentlich einmal stattfindenden Zusammenkünften sollen auch Frauen teilnehmen können.

—d. Burkhardtsdorf. In jüngster Zeit sind der Gemeinde von Spendern, die nicht genannt sein wollen, Beträge von 10000 M. und 5000 M. für Wohltätigkeitszwecke zugewiesen worden.

w. Pirna. † Der Bürgermeister von Pirna, Stark, ist gestern einem Herzschlage erlegen. Der Verstorbene war gerade damit beschäftigt, für den zwei Tage vorher verstorbenen ersten besoldeten Stadtrat Thieme-Garmann einen Nachruf auszuarbeiten.

Aus dem Reiche.

sk. Wittenberg a. E., 5. Januar. Ein großer Diebstahl ist in der Nacht zum 2. Januar im Luthermuseum verübt worden. Es sind äußerst wertvolle Altertümer aus der Reformationszeit im Gesamtwerte von etwa 200000 M. gestohlen worden. Es befinden sich darunter alte Münz- und Medaillensammlungen der Reformationszeit und kostbare alte Drucke, dabei auch die September-Ausgabe des Neuen Testaments von 1522 in altem farbigen Originalband.

Aus dem Auslande.

Amiens, 4. Januar. Ein von Doulens kommender Personenzug ist vor dem Bahnhof vor Amiens entgleist. Einige Personen wurden getötet und mehrere Wagen zerstört.

Volkswirtschaftliches.

⊙ **Über die Marktlage im nordwestböhmischen Kohlenrevier** wird aus Teplitz-Schönau berichtet: Die Förderleistung der Schächte hat sich in der Berichtszeit trotz aller Bemühungen nicht gebessert. Die Kohlennot besteht in bedrohlichster Weise weiter. Um die Bergarbeiter, auf deren geringen Einzelleistungen das unbefriedigende Gesamtergebnis beruht, zur Erhöhung ihrer Tätigkeit zu veranlassen, wurden weitere Einkommensverbesserungen bewilligt: hoher Mindestlohn, einmalige Zuwendung, Bekleidungsbeitrag und allgemeine Erhöhung der Schichtlöhne. Diese ungewöhnliche Mehrbelastung der Gestehung hat zu einer außerordentlichen Erhöhung der Kohlenpreise geführt, die von der Regierung in den letzten Tagen je nach den Qualitäten in verschiedenem Ausmaße zugestanden werden mußte, weil die Werke ihre Unterbilanzen nachweisen konnten. Die Erhöhung ist also ausschließlich eine Folge der überspannten Löhne und nur unter der Annahme als Auskunftsmittel zu rechtfertigen, daß die Bergarbeiter ihre Pflicht erfüllen und der entsetzlichen Kohlennot durch ungedrosselte Arbeit ein Ende machen. In den äußeren Verhältnissen hat sich leider nichts geändert, namentlich war es nicht möglich, bei den geringen Ergebnissen den Kreis der Kohlenempfänger zu erweitern; der Elbeverkehr blieb eingestellt.

Amtliche Berliner Kurse vom 4. Januar. Hamburger Paketfahrt 82, Hansa Dampfschiff 169, Norddeutscher Lloyd 82, Vereinigte Elbeschiff. 71, Bank für Brauindustrie —, Deutsche Bank 200, Diskonto Kommandit 164½, Dresdner Bank 140⅛, Leipziger Kreditanstalt 140½, Deutsche Bierbrauerei 106, Badische Anilin 276½, Bergmann Elektrizität 131, Bismarckhütte 194¾, Bochumer Gußstahl 190¾, Cartonnagen Loschwitz 190, Chemische Heyden 211, Chemnitz Zimmermann 132½, Daimler Motoren 175½, Deutsch-Luxemburger 105, Deutsche Erdöl—, Deutsche Gußstahl 156½, Deutsche Ton und Stein 145¼, Deutsche Waffen 160, Donnersmarckhütte 232, Dresdner Gardinen 140, Dresdner Gasmotoren 123, Elb. Feldfarben 272, Gelsenkirchen Bergwerk 142, Th. Goldschmidt 165¼, Görlitzer Eisenbahn 180½, Harpener Bergwerk 164½, Hartmann Maschinen 168¼, Hasper Eisen 120, Höchster Farben 237½, A. Horch & Comp. 243, Hutschenreuther 190¼, J. A. John Aktien 138, Kahla Porzellan 255, Lauchhammer 155, Laurahütte 178½, Ludwig Löwe & Comp. 199½, Luckau & Steffen —, Maschinen Kappel 192, Nürnberger Herkules — Oberschlesische Eisenbahn 132¾, Oberschlesische Eisenindustrie 115¾, Phönix Bergwerk 191¾, Plauener Spitzen 110, Hermann Pöge 155¼, Rheinische Metall 164, Rockstroh & Schneider 127, Rosenthal Porzellan 295, Sachsenwerk 202, Sächsische Cartonnagen —, Sächsische Gußstahl 185, Sächs. Kamm. Vorzugsaktien 135 Sächsische Webstuhl —, Schubert & Salzer 194 Fr. Schulze jr. 202, Seck Mühlenbau 120¼, Wanderer Werke 260, Weser Aktien 124¾, A. Wunderlich & Co. 90, Zellstoffverein 145½.

Ortsfernsprechverkehr.

Zu Zeiten besonders starken Verkehrs im Ortsfernsprechbetrieb wird künftig ein Teil der Fernsprechanschlüsse für abgehende Gespräche **zeitweilig außer Betrieb** gesetzt werden. Die Abschaltung geschieht während der verkehrsreichsten Vormittagsstunden in der Weise, daß jeder Teilnehmer abwechselnd eine halbe Stunde lang das Amt anrufen kann, in der nächsten halben Stunde aber für **abgehende** Gespräche gesperrt wird. In den abgeschalteten Leitungen ertönt beim Abheben des Hörers dauernd das Besetztzeichen. Während der Abschaltung können die Sprechstellen wie gewöhnlich angerufen werden. Eine vorherige Benachrichtigung der Teilnehmer ist nicht angängig.

Die Verkehrsbeschränkung ist unumgänglich nötig wegen starker Steigerung des Sprechverkehrs, wegen Zusammendrängens des Hauptverkehrs auf wenige Vormittagsstunden infolge der veränderten Geschäftszeit und wegen der Schwierigkeiten bei der Beschaffung von neuen Apparaten und Ersatzteilen.

Für die an das neue Unteramt Striesen angeschlossenen Teilnehmer mit den Nummern 30000 und darüber kommt die Verkehrseinschränkung nicht in Frage.

Dresden-A., 4. Januar 1919. 149

Fernsprechamt.
Pilz.

Nährmittel-Verteilung.

§ 1. **Von den für die Stadt Dresden** auf die Zeit vom 22. Dezember 1918 bis 18. Januar 1919 **ausgegebenen Nährmittelkarten** wird beliefert:

Abschnitt II der gelben Nährmittelkarte A mit ¾ Pfund Zwieback oder Zwiebackbruch oder Einheitskeks,
Abschnitt I der roten Nährmittelkarte B mit ¾ Pfund geschrotenen Graupen,
Abschnitt I der grünen Nährmittelkarte C mit ½ Pfund geschrotenen Graupen,
Abschnitt I der blauen Nährmittelkarte D mit ½ Pfund Zwieback oder Zwiebackbruch oder Einheitskeks.

§ 2. Die Abschnitte sind in einem Kleinhandelsgeschäft **am 7. oder 8. Januar 1919** anzumelden und vom Geschäftsinhaber in der bisherigen Weise aufgerechnet und verpackt der zuständigen Meldestelle **am 9. oder 10. Januar 1919** abzugeben. **Nachmeldungen sind ausgeschlossen.**

§ 3. Als Meldestellen sind eingerichtet:
für Geschäftsinhaber in Dresden-Altstadt:
die Firma **Wachs u. Flößner,** Wallgäßchen 4,
für Geschäftsinhaber in Dresden-Neustadt:
die Firmen **Rossack u. Baldamus,** Kleine Packhofstraße 3,
Prasmann u. Co., Königsbrücker Str. 6.

§ 4. **Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem 14. Januar 1919 erfolgen.**

§ 5. Der Preis bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt 47 Pf. für 1 Pfund geschrotene Graupen. Für Zwieback, Zwiebackbruch und Einheitskeks sind die Preise den Paketen aufgedruckt.

§ 6. Zuwiderhandlungen werden auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 bestraft. Die Bestimmung in § 3 der Bekanntmachung vom 12. November 1918 bleibt in Kraft. 173

Dresden, am 4. Jan. 1919. **Der Rat zu Dresden.**

Verteilung von Kunsthonig.

§ 1. Auf Ausweis „235" der Lebensmittelkarte (22. Dezember 1918 bis 18. Januar 1919) wird

½ Pfund Kunsthonig

verteilt.

§ 2. Krankenhäuser und Kliniken erhalten beim Mehlbezirk für Kranke aus dem Zivilstande Bezugsscheine über je ½ Pfund Kunsthonig für jedes belegte Bett.

§ 3. Die Ausweise und Bezugscheine sind in einem Kleinhandelsgeschäft **am 7. oder 8. Januar 1919** anzumelden und vom Geschäftsinhaber in der bisherigen Weise aufgerechnet und verpackt der zuständigen Meldestelle **am 9. oder 10. Januar 1919** abzugeben. **Nachmeldungen sind ausgeschlossen.**

§ 4. Als Meldestellen sind eingerichtet:
a) für die Großbetriebe des Kleinhandels, die Mitglieder der Einkaufsgesellschaft Dresdner Kolonialwarenhändler m. b. H. in Dresden und die Mitglieder des Einkaufsvereins Dresdner Kolonialwaren- und Produktenhändler in Dresden
die wiederholt bekanntgegebenen Stellen,
b) im übrigen die Firmen:
Bruno A. Hoffmann, Wintergartenstraße 72,
Albert Kentner, Könneritzstraße 21,
Holm Jumpe, Josephinenstraße 2,
J. M. Schmidt & Co., Neumarkt 12,
Rich. Könitz Nachf., Röhrhofsgasse 14,
Verkaufsverband Norddeutscher Molkereien, Querallee 17.
Adolf Schreiber, Zirkusstraße 10,
Richard Thieme, Kasernenstraße 1,
F. Aug. Hertel, Ostra-Allee 23,
Julius Dämter, Alaunstr. 15,
Schmieder & Engler, Röthmitzer Str. 1,
Speiseöl-Importhaus „Olivia",
A. Naumann, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.

§ 5. **Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem 14. Januar 1919 erfolgen.**

§ 6. Der Preis bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt bei Paketware 80 Pf., ausgewogen 78 Pf. für das Pfund.

§ 7. Zuwiderhandlungen werden auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 bestraft. Die Bestimmungen in § 4 der Bekanntmachung vom 19. Oktober 1918 bleiben in Kraft. 174

Dresden, am 4. Januar 1919. **Der Rat zu Dresden.**

Juristischer Hilfsarbeiter (Assessor)

zu sofort igem Antritt gesucht.

Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen und Zeugnissen erbeten an 150

Stadtrat Falkenstein i. V.

An den evangelischen Volksschulen der Stadt Pirna sind **6 ständige Lehrerstellen** zu besetzen.

Gehalt 1700 M. bis 3500 M. und 300 M. bis 500 M. Wohnungsgeld. Vom Wohnungsgelde erhalten unverheiratete Lehrer nur ⅔, doch wird jetzt **allen** Lehrern dazu ein Zuschlag von 50 M. und bezw. wenn und so lange sie sich auf der untersten Stufe befinden, ein solcher von 100 M. gewährt.

Auswärtige ständige Dienstzeit wird in der Regel bis zu 3 Jahren voll, im übrigen zur Hälfte angerechnet.

Bewerbungsgesuche mit Unterlagen bis **20. Januar 1919** an den 151

Stadtrat zu Pirna.

Bekanntmachung.

Das auf den Namen der **Helene Schreiber** geb. Friede in Ginnheim bei Frankfurt a. M. von der Sparkasse Oberschlema ausgestellte Einlagebuch Nr. 1546 ist als abhanden gekommen angezeigt worden.

Der dermalige Inhaber des Buches wird aufgefordert, sich mit dem Buche zur Vermeidung des Verlustes seiner Ansprüche binnen drei Monaten bei der unterzeichneten Sparkassenverwaltung zu melden.

Oberschlema, am 2. Januar 1919. 152

Die Sparkassenverwaltung.
Vogelgesang.

Augenarzt Dr. Rupprecht
Hauptstrasse 34 13
nimmt seine Tätigkeit wieder auf. Sprechstunde: 3½—5 Uhr.

Hausbesitzer!

Gewaltige Wahlarbeit ist zu leisten!

4—500 Stimmzettelverteiler werden am Wahltage benötigt!

4—600 Wahlhelfer, Kontrolleure usw. usw. müssen zur Bewältigung der Wahlschlacht in den Dienst unserer Sache gestellt werden!

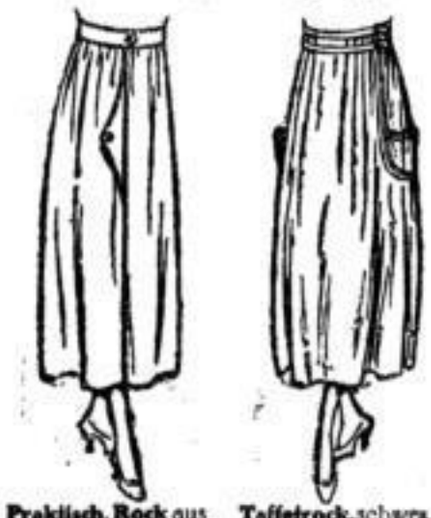
Keine Frage: Wer hilft mit? — sondern **alle Hausbesitzer müssen sich der Wahlbewegung mit zur Verfügung stellen!**

Kein Zögern, kein Zurückhalten, kein Abhalten! Jeder Hausbesitzer melde sich und seine Angehörigen sofort in der Geschäftsstelle Marienstraße 36 zur Mitarbeit!

Außerdem aber sorge jeder Hausbesitzer persönlich dafür, daß an den Wahltagen 1., er und seine Frau, 2., seine Angehörigen über 20 Jahre, 3., seine Hypothekengläubiger und Geschäftsfreunde, 4., seine Mieter sämtlich frühzeitig zur Wahlurne schreiten! 101

Allgemeiner Hausbesitzerverein.

Mühlberg
Kostüm-Röcke
Große Auswahl
aus Seide, Halbwolle, rein. Wolle, glatt, gestr. u. kar.



Praktisch. Rock aus gutem Wollstoff, moderne eingereihte Form, bes. preiswert Mk. 88.—

Taffetrock, schwarz, reizend, m. Taschen gearbeitet, sehr flott und fesch . . . . . Mk. 125.—

Mühlberg
121

Wegen seines **Reichtums an löslichen Kalksalzen** bildet nach ärztlichen Gutachten die tägliche Zufuhr von 3 × 2 Esslöffeln

Hubertus-Brunnen
ein gutes **Vorbeugungsmittel** gegen Infektions-Krankheiten.
H. Ficinus Wwe.,
Mineralwasser-Grosshandlung,
Dresden-A.,
Johannesstrasse 23.
Tel. 13216 und 13232.
Prospekte durch die **Calciumquellen u. Hubertusbad Thale G. m. b. H.,** Berlin W 9, Linkstrasse 32.
Tel.-Amt Lützow 5194.
122